

zivilschutz magazin

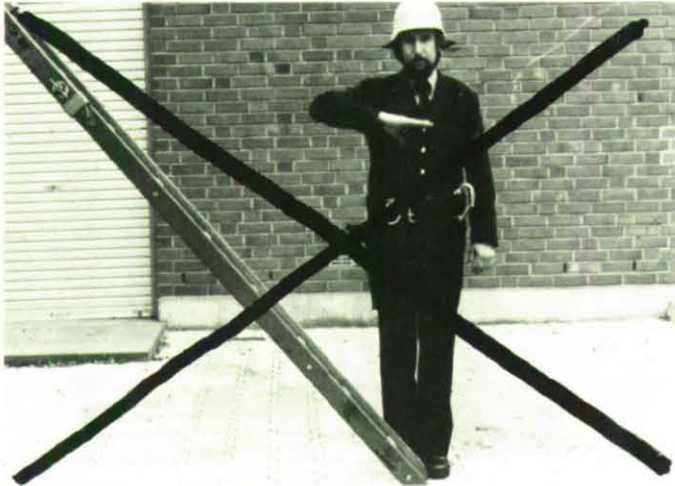


Paul Claes

Safety first – im Brandschutzdienst

Das Minimagazin

Die jeweilige Paragraphenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Die Feuerwehrleitern sind so aufzustellen und nur so zu belasten, daß ihre Standsicherheit nicht beeinträchtigt und die Tragfähigkeit nicht überschritten wird (§ 20).

Bei Anlegeleitern ist auf den richtigen Anstellwinkel (68 bis 75°) zu achten . . . (UVV „Leitern und Tritte“, E zu § 21).



Es ist darauf zu achten, daß die Leiterfüße nicht auf ungeeignete Unterlagen, wie Kisten, Stein stapel oder Steine, Tische und ähnliches, oder lose Unterlagen, z. B. Teppiche, aufgesetzt werden. (UVV „Leitern und Tritte“, E zu § 21).



Auf Leitern, die an oder auf Verkehrswegen aufgestellt sind, ist auffällig hinzuweisen . . . Je nach Verkehrslage wird die Aufstellung von Warnposten als Sicherheitsmaßnahme vorzusehen sein . . . (UVV „Leitern und Tritte“, § 22).

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

September
9/82

Helpen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Der Inhalt dieses Heftes besteht aus 100 Prozent Altpapier; führen Sie dieses Druckergebnis – nach Entfernen des Umschlages – der Altpapiersammlung zu.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Waltraud Nettersheim
Günter Sers

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Mit Fuchsschwanz, Schlangenbohrer und Klauenbeil“ 6

Sonderlehrgänge für den Bau von Notunterkünften an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.

„Unsere Feuerwehren können sich wahrlich sehen lassen“ 11

Über 6000 Aktive und 20000 Besucher beim 10. Hessischen Feuerwehrtag in Bad Soden.

„Der Schutzraum im Schutzraum“ 14

Schutzraumsystem stellt das Quadrat ins Quadrat.

„Klein, aber kompakt“ 16

Leitstellenfahrzeug „Modell Velbert“.

„SPD, F.D.P. und CDU unterstreichen den Wert des Schutzes der Bevölkerung“ 17

Bremische Bürgerschaft diskutierte über den Schutzraumbau.

„BVS-Bundesschule begeht 30jähriges Bestehen“ 19

„Friedensmäßige Tätigkeiten und Nutzung von Anlagen des Warndienstes“ 44

„Friedensarbeit beginnt an der Basis“ 45

IKRK-Präsident Hay zu Besuch in der Bundesrepublik.

„Ausbau ambulanter sozialer Dienste eine wichtige Aufgabe“ 47

ASB sprach mit Anke Fuchs, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

„Leistungsbericht 1981“ 49

Dank des großen Einsatzes der Helfer eine weitere Aufwärtsentwicklung der JUH.

„Rund um die Uhr im Einsatz“ 51

2 800 Malteser stellten beim Katholikentag den Sanitätsdienst und die Behindertenbetreuung sicher.

„Keine Personalreduzierung bei Freiwilligen Feuerwehren – Kein Verzicht auf freiwillige, ehrenamtliche Hilfe“ 53

„Rettungsschwimmer aus acht Nationen beim 1. Europapokal-Wettbewerb“ 57

Sportstadt Warendorf stand eine Woche im Zeichen der Wasserrettung.



Umschau

Das Zivilschutz-Magazin – umweltfreundlich und recyclinggerecht

In diesem Heft finden unsere Leser erstmals, auf der vorstehenden Seite 1 im sogenannten „Impressum“, das „Umweltzeichen“, das Markenzeichen für besonders umweltfreundliche Erzeugnisse. Es wurde 1977 auf Betreiben des Bundesministers des Innern zusammen mit den Umweltministern der Länder eingeführt und besteht aus dem Umweltemblem der Vereinten Nationen mit der Umschrift, die die für den Umweltschutz positive Eigenschaft des Produkts bezeichnet. Das Zivilschutz-Magazin hat der „Jury Umweltzeichen“ bzw. der RAL, dem Deutschen Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V., die „umweltfreundliche“ Beschaffenheit nachgewiesen.

Das Prädikat „recyclinggerecht“ bezieht sich auf Papier und Druckfarbe unserer Zeitschrift. Hinsichtlich des Papiers, das sich dem Leser durch seine graue Farbe zu erkennen gibt, hatten wir in Heft 1/82 bereits auf die Gründe hingewiesen, die für die Verwendung sprechen. Das ist außer einer gewissen Kostenersparnis vor allem die geringere Belastung der Umwelt sowohl bei der Herstellung als auch bei der Beseitigung dieses Papiers. Es mußte nun noch eine neue Druckfarbe gefunden werden, die „de-inkbar“ ist, das heißt, durch ein bestimmtes Verfahren bei der Wiederaufbereitung des Papiers zu 80 Prozent entfernt werden kann. Das jetzt vorliegende Druckerzeugnis entspricht dem „Recycling“-Gebot heutigen Umweltschutzes. Mit dem Fachausdruck Recycling, für den leider kein passendes deutsches Wort in Gebrauch genommen worden ist, wird die Möglichkeit der Wiederverwertung beschrieben, die nach der Idealvorstellung eines ständigen Kreislaufs von Rohstoffen und Energie bei vielen „kurzlebigen“ Verbrauchsgütern besteht.

Bei unserer Entscheidung für das Recycling-Papier haben wir uns auch von der Überlegung leiten lassen, daß den

öffentlichen Auftraggebern die Rolle des Vorreiters zusteht. Durch beispielhafte Verwendung umweltfreundlicher Erzeugnisse, die in immer größerem Umfang auf den Markt kommen, kann das Bewußtsein für die Schäden bedenkenloser Ausbeutung der Ressourcen gestärkt werden. Die Qualitätseinbuße erscheint dabei angesichts der Folgekosten für die Beseitigung von Umweltschäden vergleichsweise gering.

Der Hinweis neben dem Umweltzeichen, das Heft „nach Entfernen des Umschlags“ der Altpapiersammlung zuzuführen, soll von unseren Lesern natürlich nicht mißverstanden werden. Er bezieht sich auf den Zeitpunkt nach der Lektüre, denn nach wie vor gilt die Erkenntnis des Schülers von Goethes „Faust“ in der recyclinggerecht abgewandelten Form: „Was man schwarz auf grau besitzt, kann man getrost nach Hause tragen“.

ADAC: Viele Auto-Feuerlöscher defekt

Zahlreiche Autofahrer haben Feuerlöscher im Fahrzeug, die im Notfall nichts nützen. Der ADAC hat bei 51 Autofahrern die Auto-Feuerlöscher ausprobiert. Ergebnis: Nur 22 der getesteten Geräte funktionierten einwandfrei, der Rest versagte. Hauptdefekte der „Blindgänger“ waren beschädigte Sprühventile und unbrauchbar gewordenes Sprühpulver.

Als Gründe für die hohe Ausfallquote sehen Spezialisten mangelnde Sorgfalt der Autofahrer an und die falsche Lagerung der Löscher. So hatten bei der ADAC-Stichprobe 31 Autofahrer den Löscher nicht sorgfältig befestigt, sondern lose entweder im Kofferraum, unter den Sitzen oder im Fußraum herumliegen. Dadurch wird der Löscher aber während der Fahrt herumgeschleudert, so daß das empfindliche Sprühventil beschädigt werden kann.

Zahlreiche Autofahrer übersehen auch die erforderliche Inspektions-Intervalle. Nur wenn ein Feuerlöscher nämlich regelmäßig alle zwei Jahre überprüft wird, kann sichergestellt werden, daß das Löschpulver nicht verklumpt bzw. bei Halonlöschern das Gas nicht ausströmt ist.

Um sich im Notfall auch wirklich auf einen Feuerlöscher verlassen zu können, sollte man die folgenden Tips beachten:

- Unbedingt einen Zwei-Kilo-Löscher kaufen; diese Menge ist mindestens notwendig, um einen Pkw-Brand einzudämmen

- Den Löscher so befestigen, wie es in der Montage-Anleitung vorgeschrieben ist

- Hinweis des Montageortes auf dem Armaturenbrett anbringen, damit auch Beifahrer oder Helfer den Löscher finden

- Bereits vorher sorgfältig die Handhabung der Löschhilfe studieren, im Ernstfall bleibt fürs Durchlesen der Gebrauchsanweisung keine Zeit

- Die richtige Löschtechnik erlernen

- Nach dem Einsatz den Löscher wieder auffüllen lassen, auch dann, wenn er nur zum Teil geleert wurde.

Für den Autoeinsatz sind sowohl Pulver- als auch Halongas-Löscher geeignet. Der ADAC rät jedoch dazu, einen Halonlöscher zu verwenden, da das Gas beim Löschen die Sicht nicht behindert, auch durch die feinsten Ritzen (Kühlergrill) dringt und auf Brandwunden keine Rückstände hinterläßt.

Rheinland-Pfalz: Neun weitere Rettungshubschrauber-Landestellen

Der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Kurt Böckmann, gab am 14. Juli 1982 beim St. Johannis-Krankenhaus in Landstuhl stellvertretend für acht weitere Landestellen den neuen Rettungshubschrauber-Landeplatz für den Betrieb frei. Die übrigen Neuanlagen befinden sich bei der Paracelsus-Klinik Bad Ems, dem Maria-Hilf-Krankenhaus Daun, dem Städtischen Krankenhaus Frankenthal, dem St. Franziskus-Krankenhaus Linz, dem Krankenhaus Paulinenstift Nastätten, dem Kreiskrankenhaus Rockenhausen, dem Brüder-Krankenhaus Trier und dem Stadtkrankenhaus Worms. Das Land Rheinland-Pfalz hat 80 Prozent der insgesamt 375 000 DM Investitionskosten aufgebracht. Drei der Plätze – Trier, Worms, Frankenthal – können im Tag- und Nachtflug benutzt werden. Die Kosten beliefen sich je Platz auf 65 000 DM, während die übrigen Landeplätze für Tagesflüge je 30 000 DM kosten.

Innenminister Böckmann wies in seiner Ansprache darauf hin, daß mit diesen neuen Landeplätzen das Netz der Rettungshubschrauber-Landeplätze bei Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz weiter verdichtet werden konnte. Insgesamt verfügen nunmehr 48 Krankenhäuser im Lande über voll ausgebaute Landestellen, davon ein Viertel für Tag- und Nachtbetrieb sowie Schlechtwettereinsätze.



1973 wurden in Rheinland-Pfalz die ersten Untersuchungen über die Schaffung von Landstellen für Rettungshubschrauber bei Krankenhäusern eingeleitet, betonte Minister Böckmann und unterstrich, daß niemand die große Entwicklung im folgenden Jahrzehnt voraussehen konnte. Heute stelle der Hubschrauber neben dem Rettungswagen zur Heranbringung von Ärzten an die Einsatzorte eine gute Alternative dar. Mit den in Ludwigshafen, Koblenz und Wittlich stationierten Rettungshubschraubern, aber auch den benachbarten Stationen in Frankfurt, Siegen und Saarbrücken sei das Land Rheinland-Pfalz für Hubschrauber-Rettungseinsätze flächenmäßig voll abgedeckt und liege damit bei allen Bundesländern auf einem der vorderen Plätze.

Nach anfänglichen finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten sowie medizinischen Bedenken sei heute der Rettungshubschrauber als Rettungsmittel allgemein anerkannt, erklärte Innenminister Böckmann; dies würden nicht zuletzt auch die gestiegenen Einsatzzahlen für alle Arten von Notfallsituationen unterstreichen. Der Minister wies ferner darauf hin, daß mit Inkrafttreten des Rettungsdienstgesetzes im Jahre 1975 in der Organisation des Rettungsdienstes wesentliche Verbesserungen erreicht werden konnten. Das Land Rheinland-Pfalz wurde in 18 Rettungsdienstbereiche eingeteilt mit Leitstellen, welche die Koordinierung aller Einsätze übernehmen. Auch die technische Ausstattung wurde erheblich verbessert, an 13 Krankenhäusern gibt es Notarztwagen; dieses Netz soll auf 30 erweitert werden, was zusätzlich unterstreiche, daß der bodengebundene und der Luftrettungsdienst keine Konkurrenz, son-

dern notwendige Ergänzung seien. Auch zur finanziellen Seite des Rettungsdienstes leiste das Land Rheinland-Pfalz seinen Beitrag. In den vergangenen Jahren waren es jeweils jährlich 10 Millionen DM von den 50 Millionen DM Gesamtkosten.

Abschließend konnte Innenminister Böckmann feststellen, daß das Luftrettungssystem in Rheinland-Pfalz nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch im Ausland Anerkennung gefunden habe. Dies zeige sich besonders an dem großen Interesse, das an dem „Luftrettungsatlas“ für Rheinland-Pfalz bestehe, in dem Landkartendarstellungen und Luftbilder aller Landstellen enthalten seien und der den Beteiligten für den jeweiligen Einsatz eine schnelle Übersicht vermittele.

TÜV: Auf dem Rücksitz nur wenige angeschnallt

Auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland kämen jährlich etwa 500 Personen weniger ums Leben, wenn die Pkw-Mitfahrer auch auf den Rücksitzen sich konsequent angurten würden. So lautet das Ergebnis einer Untersuchung des Technischen Überwachungsvereins Rheinland (TÜV), die im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums durchgeführt wurde.

Doch nicht nur die Zahl der tödlich Verletzten würde sinken, auch weniger Schwerverletzte wären zu verzeichnen. Denn: Nicht angeschnallte Fondspassagiere müssen mit zwei- bis zweieinhalb-fach schwereren Verletzungen vor allem am Kopf und in der Brustgegend rechnen als angeschnallte Rücksitzfahrer.

Auch für den Fahrer und den vorn sitzenden Beifahrer erhöht sich das Risiko, weil nicht angegurtete Rücksitzfahrer bei einer Kollision mit großer Wucht nach vorn geschleudert werden können. Zur Zeit schnallt sich lediglich eine sehr kleine Minderheit von einigen wenigen Prozent auf dem Rücksitz an.

Bundesregierung dankt THW-Helfern

In einem Schreiben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung an den Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz dankte die Bundesregierung den „Bediensteten und Mitarbeitern des Technischen Hilfswerks“ für ihren „außerordentlichen Einsatz“ anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Bonn.

Die Ortsverbände Bonn-Beuel, Brühl und Köln-West aus dem THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen hatten vor allem die schwierige Aufgabe zu bewältigen, für die große Zahl deutscher und ausländischer Journalisten Pressertribünen und Kamarastände zu errichten. Beim Aufbau der Tribünen im Bundeshaus, Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt, auf Schloß Augustusburg in Brühl, Schloß Gymnich und dem Flughafen Köln-Bonn hatten die THW-Helfer jedes Mal darauf zu achten, daß Fotografen und Kameralente freie Sicht und gute Arbeitsmöglichkeiten hatten. Diese Aufgabe wurde von den beteiligten Ortsverbänden zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst.

Das Bundespresseamt hob daher auch in seinem Dankeschreiben besonders hervor, daß der gute Ablauf des Reagan-Besuchs aus der Sicht der internationalen Berichterstatter nicht zuletzt auf die Leistung des Technischen Hilfswerks zurückzuführen war.

Innenminister Dr. Schnoor fordert zur Abgabe von Fundmunition auf

Ihre Explosivkraft ist zeitlich nahezu unbegrenzt, die Sicherungseinrichtungen sind dagegen verrotten: Kampfmittel aus den beiden Weltkriegen haben auch nach Jahrzehnten nichts von ihrer tödlichen Gefahr verloren. Der Minen-Unfall in Bedburg-Hau, bei dem vier Kinder getötet und eines schwer verletzt wurden, hat das in erschreckender Weise gezeigt. Dennoch befinden sich noch immer erhebliche Mengen Kampfmittel mit brennendem Sprengstoff im Besitz von Sammlern.

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor nimmt das erneut zum Anlaß, auf das hohe Unfallrisiko hinzuweisen, das durch den Besitz solcher Fundmunition besteht. So waren an neun von 17 Unfällen mit Fundmunition, die sich in den letzten vier Jahren ereigneten, Sammler beteiligt. Selbst für die Fachleute des Kampfmittelräumdienstes birgt diese Munition große Gefahren. Trotz aller Vorsicht und Sicherheitsmaßnahmen waren bei den 17 Unfällen fünf Mitarbeiter betroffen.

Minister Dr. Schnoor appelliert an die Bevölkerung, zur eigenen und zur Sicherheit anderer den Besitz von Munition der zuständigen Ordnungsbehörde zu melden. Das gilt für Sammler, die sich über die Gefahren ihrer – nach der Kampfmittelverordnung – verbotenen Sammlerstücke in vielen Fällen noch nicht bewußt sind, aber auch für jene, die sich aus Einsicht von den tödlichen Kriegsrelikten trennen und sie heimlich im Gelände ablegen.

Hamburgs Feuerwehrchefs begingen Doppeljubiläum

Doppeljubiläum bei der Hamburger Feuerwehr: Oberbranddirektor Manfred Gebhardt und sein Stellvertreter, Lt. Branddirektor Maximilian Puchner, begingen ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Zu einer Feier in der Fahrzeughalle der Hauptfeuerwehr am Berliner Tor fanden sich zahlreiche Gratulanten ein, an der Spitze Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczyk.

Der Innensenator lobte die gute Zusammenarbeit der beiden Feuerwehrchefs, die aus ganz unterschiedlichen Gegenden stammen. Manfred Gebhardt ist Berliner, Maximilian Puchner kommt aus Aschaffenburg. Pawelczyk: „Diese beiden landsmannschaftlichen Gegensätze bilden ein hervorragendes Gespann, das für Hamburgs Sicherheit Hervorragendes geleistet hat. Der Bayer und der Berliner müssen sich gesucht und auch in Hamburg schließlich gefunden haben.“

Manfred Gebhardt: „Hier in Hamburg haben wir ein gutes Konzept der Zusammenarbeit zwischen Berufsfeuerwehr und den freiwilligen Organisationen, insbesondere der Freiwilligen Feuerwehr, erarbeitet.“ Auch der Landesbereichsführer der Hamburger Freiwilligen Feuerwehren, Hermann Stahlbuhk, wies auf die beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr hin: „Nicht umsonst kommen oft auswärtige Besucher nach Hamburg, um diese bisher noch weltweit einmalige Zusammenarbeit zwischen berufsmäßi-



gen und freiwilligen Helfern zu studieren.“

Daß die Zusammenarbeit klappt, sah man an den zahlreichen Gästen aus den verschiedensten Kreisen sowie an den Abordnungen der Hilfsorganisationen. THW-Landesbeauftragter Trautvetter

hielt die Laudatio für die Hilfsorganisationen.

Unser Foto: Die Jubilare gratulieren einander, Oberbranddirektor Gebhardt (links) und Lt. Branddirektor Puchner. Bildmitte: Hamburgs Innensenator Pawelczyk.

46. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde

Die Deutsche Gesellschaft für Unfallheilkunde e.V., die in diesem Jahr ihr 60jähriges Bestehen begeht, veranstaltet in der Zeit vom 28. November bis 1. Dezember 1982 im Internationalen Congress-Centrum in Berlin ihre 46. Jahrestagung.

Als wissenschaftliches Programm sind folgende Themen vorgesehen:

- Experimentelle Unfallchirurgie
- Pathophysiologie und -mechanik der Verletzung
- Brandverletzungen
- Becken- und Beckenorganverletzungen

- Elektrischer Unfall
- Thrombose und Embolie in der Unfallheilkunde
- Der Sachverständige
- Allergieprobleme in der Unfallheilkunde
- Wiederherstellungschirurgie der Hand
- Fortschritte auf dem Gebiet der Forschung und Praxis der Körperersatzstücke und Hilfsmittel
- Wiederherstellungschirurgie der Spät komplikationen und
- Zustände nach Frakturen.

Fundsachen

Falsche Notärztin in die Obhut der „Kollegen“: In ein Krankenhaus mußte eine 19jährige (!) Frau eingewiesen werden, die sich am frühen Samstagmorgen Polizeibeamten als Notärztin vorstellte. Sie gab an, seit fast zwei Monaten ununterbrochen im Einsatz gewesen zu sein.

Die Polizisten waren durch einen Anruf alarmiert worden, einer Notärztin sei der Arztkoffer mitsamt Instrumenten und Arzneimitteln gestohlen worden.

(aus Bonner Generalanzeiger)

Eine Rettungswagen-Besatzung im Einsatz; ein Notfallpatient wird versorgt.

Fragt der eine Rettungssanitäter: „Hast Du 'ne Vene gefunden?“

Antwort: „Nein, aber den Geldbeutel für die Fünf-Mark-Eigenbeteiligung!“

(aus brandschutz/Deutsche Feuerwehr-Zeitung)

Ein frei in der Küche in einer Berliner Wohnung umherhoppelnder Hase bewies, wie teuer Haustiere zu stehen kommen, als er das Kabel eines Küchengeräts durchnagte und durch einen Kurzschluß ein Feuer verursachte. Die Mieter der Wohnung, die während der „Tatzeit“ nicht zu Hause waren, müssen nun eine Rechnung für den Sachschaden in Höhe von 20000 DM begleichen.

(aus „Fire International, Redhill/Surrey, England)

Gesetzentwurf zum „gesundheitlichen Zivilschutz“ wird weiterverfolgt

Der sicherheitspolitische Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion, Jürgen W. Möllemann, hat im Bundestag zwei Fragen nach dem Sachstand in der Erarbeitung eines sogenannten „Gesundheits-sicherstellungsgesetzes“ eingebracht. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Claus Grobecker, hat die Fragen im Namen der Bundesregierung beantwortet.

Frage: Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, den Entwurf eines „Gesetzes zur Ergänzung von Regelungen über das Gesundheitswesen im Zivilschutz“ in dieser Legislaturperiode in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen und wie ist hierfür der gegenwärtige Sachstand?

Antwort: Im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit wird weiterhin an einem Gesetzes-Entwurf gearbeitet. Da jedoch der gesundheitliche Katastrophenschutz der Länder noch nicht hinreichend geregelt ist, wird es schwer sein, die dann noch fehlenden Regelungen zum gesundheitlichen Zivilschutz schon vorab und damit in dieser Legislaturperiode kabinettreif zu machen. Die hier angesprochenen Schwierigkeiten werden sich auch bei der parlamentarischen Beratung des entsprechenden Oppositions-Entwurfs zeigen. Dessen ungeachtet wird die Diskussion zwischen den Ressorts und mit den Ländern über in Betracht kommende Regelungen intensiv fortgesetzt.

Frage: Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß bei Katastrophen im Frieden und auch bei der größten denkbaren Katastrophe, dem Verteidigungsfall, dem Menschen ärztliche Hilfe nicht verweigert werden darf, daß es immer Zonen geben wird, in denen eine vorbereitete gesundheitliche Versorgung einer großen Anzahl von Menschen Hilfe zum Überleben und zur Selbsthilfe bedeutet und daß jeder mögliche Schutz durch den Staat gewährleistet werden muß, wozu auch Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung gehören, die nicht einfach aus ideologischen Gründen unterlassen werden dürfen?

Antwort: Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß ärztliche Hilfe nicht verweigert werden darf, gleichgültig, wer Hilfe bedarf und aus welchem Grund eine Verletzung erfolgt ist. Es ist staatliche Aufgabe, Überlebensschutz im Verteidigungsfall zu gewähren. Maßnahmen der gesundheitlichen Versorgung unter Kriegseinwirkungen können jedoch nicht

losgelöst von der Berücksichtigung katastrophenmedizinischer Belange im Gesundheitswesen und von sonstigen Regelungen und Maßnahmen der zivilen Verteidigung gesehen werden.

Innenminister Prof. Herzog verabschiedete Dr. Nebinger in den Ruhestand

Den langjährigen Leiter der Abteilung VI im baden-württembergischen Innenministerium (Katastrophenschutz und Feuerwehrwesen, zivile Verteidigung), Ministerialdirigent Dr. Rolf Nebinger, hat Innenminister Roman Herzog jetzt in Stuttgart in den Ruhestand verabschiedet. In seiner Würdigung hob der Innenminister die besonderen Verdienste Dr. Nebingers auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens und des Katastrophenschutzes sowie sein engagiertes Wirken für die zivile Verteidigung und die zivilmilitärische Zusammenarbeit hervor.

Auf Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten hat der Bundespräsident Herrn Dr. Rolf Nebinger das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Innenminister Herzog überreichte die Auszeichnung im Rahmen einer kleinen Feierstunde und überbrachte die Glückwünsche der Landesregierung.

Dr. Rolf Nebinger, geboren am 1. Juli 1917 in Stuttgart, trat nach Ablegung der Zweiten juristischen Staatsprüfung im Dezember 1950 in den Dienst der staatlichen Innenverwaltung ein. Bevor Dr. Nebinger im Juli 1960 zum Innenministerium Baden-Württemberg kam, war er bei verschiedenen Landesbehörden, so unter anderem beim damaligen Innenministerium Württemberg-Baden, beim Regierungspräsidium Nordwürttemberg, beim Landratsamt Ludwigsburg und bei der Württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt tätig. Seit 1964 leitete er die Abteilung „Katastrophenschutz und Feuer-



wesens, zivile Verteidigung“ im Innenministerium.

Maßgeblichen Einfluß nahm Dr. Nebinger auf die Änderung des Feuerwehrgesetzes und auf das Katastrophenschutzgesetz des Landes, das im Jahre 1979 in Kraft trat. Innenminister Herzog unterstrich vor allem die Verdienste Dr. Nebingers bei der Planung und Leitung der ersten großen Stabsrahmenübung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg mit dem Übungsziel der Bewältigung einer kerntechnischen Katastrophe. Der hohe Entwicklungsstand der Verwaltungsbereiche Katastrophenschutz, Feuerwehrwesen und zivile Verteidigung sei nicht zuletzt dem Engagement des langjährigen Abteilungsleiters zu danken. Besonderen Wert habe Dr. Nebinger vor allem auf eine enge Zusammenarbeit mit den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und den humanitären privaten Hilfsorganisationen gelegt. Die führende Rolle Baden-Württembergs im Bereich der zivilen Verteidigung sei wesentlich von ihm mitgestaltet worden.

Innenminister Herzog sprach dem scheidenden Ministerialdirigenten den Dank des Landes und seinen persönlichen Dank aus. Sein unermüdlicher Einsatz habe die verdiente Anerkennung durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gefunden.

Deutsch-dänische Übung auf der Ostsee



Zur gemeinsamen Bekämpfung von Ölverschmutzungen auf See fand am Mittwoch, 15. September 1982, eine deutsch-dänische Übung statt. An der Aktion auf der Ostsee waren je zwei deutsche und dänische Ölbekämpfungsschiffe beteiligt.

Im Katastrophenfall ein Dach über dem Kopf

Mit Fuchsschwanz, Schlangenbohrer und Klauenbeil

Sonderlehrgänge für den Bau von Notunterkünften an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya – Theoretische und praktische Ausbildung in Holzbearbeitung für Helfer der Fachdienste des Katastrophenschutzes

„Verschaffen Sie sich ein Erfolgserlebnis, bauen Sie mit Holz“, so oder ähnlich könnte für die Holzbearbeitung geworben werden, denn viele Holzarten haben die vorteilhafte Eigenschaft, aufgrund ihrer geringen Härte leicht bearbeitbar zu sein. Damit ist Holz ein äußerst vielseitig anzuwendender Baustoff. Führt man sich vor Augen, welch riesengroße Brückenbauwerke damit schon erstellt wurden, so wird klar, daß bei entsprechenden Fachkenntnissen auch der Anwendungsbereich erstaunlich groß ist.

Auch die Helfer im Katastrophenschutz nutzen diese Möglichkeiten. Eine schnelle Hilfe im Katastrophenfall fordert, zumindest zeitweilig, immer die Improvisation und Beschränkung auf vorhandene Geräte und Materialien. Holz kann im Extremfall an der Schadensstelle durch Fällen von Bäumen gewonnen werden. Aber selbst wenn es von Sägewerken zugeführt wird, bleibt doch dem Helfer die Aufgabe, es baugerecht zu bearbeiten.

Dieser Notwendigkeit wird Rechnung getragen, indem die THW-Helfer des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes schon während ihrer Grundausbildung eine kurze Einführung in die Kunst der Holzbearbeitung erhalten. Diese Ausbildung bleibt jedoch beschränkt auf die Fertigkeiten, die zur Herrichtung von Bauholz, z. B. für Brückenbau und Abstützungen, nötig sind. Weitergehende Bauaufgaben, wie Treibbladen, Überdachungen, Notunterkünfte und andere, zum Teil auch außerhalb einer Katastrophe nutzbare Konstruktionen, erfordern auch eine weitergehende Ausbildung.

Holz im Wandel der Zeit

Holz war neben Stein und Knochen vermutlich der älteste Rohstoff zur Herstellung von Handwerkszeugen, Waffen, Geräten und Kultgegenständen. Funde aus prähistorischer Zeit sind wegen mangelnder Haltbarkeit des Holzes selten. Immerhin gibt es aus der nordischen Bronzezeit Funde, die das Aufkommen der Holzdrehsleirei und der Böttcherarbeit zur Hallstattzeit beweisen. Seit der jüngeren Steinzeit wurde Holz in zunehmendem Maße zum Bau von Befestigungen, Häusern, Möbeln, Wagen und anderen Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens verwendet.



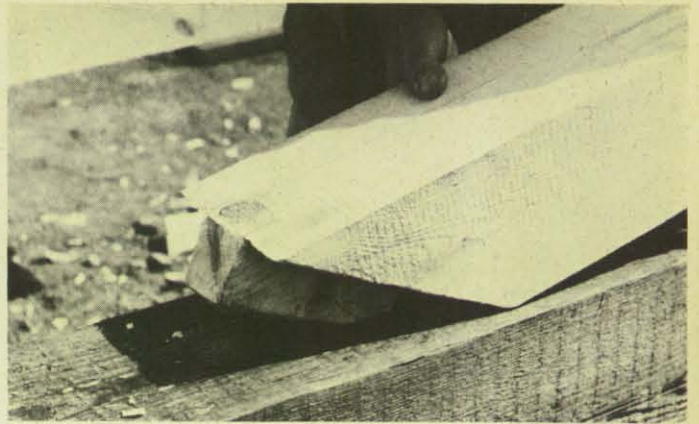
Ehe die praktische Arbeit beginnt, wird das Anreißern und Anfertigen einer Holzverbindung an der Zeichnung besprochen.



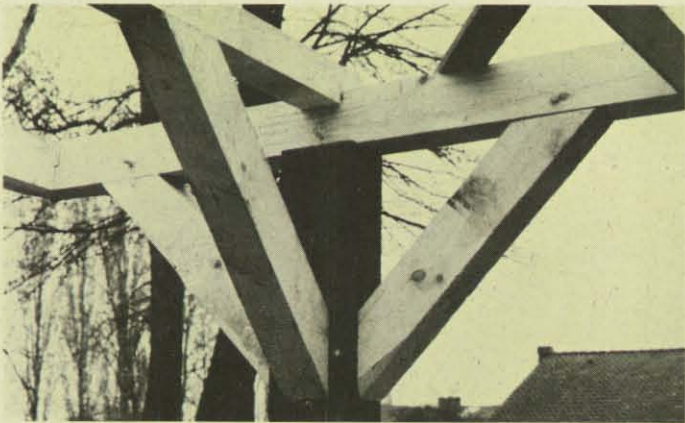
Die Zangenverbindung aus hartem afrikanischem Bongossiholz wird im Erdbereich mit Bolzen gesichert.



Die Tragkonstruktion für das Walmdach wird aufgestellt und sorgfältig angepaßt.



Genauigkeit ist wichtig bei den Stemm- und Sägearbeiten für die Brunnenüberdachung. – Bild rechts: Immer wieder wird der Sitz des Zapfens überprüft. Paßt er nicht, muß nachgearbeitet werden.



Ein Teil der Konstruktion ist fertig. Für die Aussteifungen wird der relativ einfache Anschluß mit Zapfen ausgeführt. – Bild rechts: Beim Stemmen des Zapfloches muß der Helfer darauf achten, daß das Stemmmeisen immer mit der Holzfaser geführt wird.



Die ersten Sparren werden angenagelt: Jetzt zeigt es sich, ob die Vorarbeiten präzise ausgeführt wurden. – Bild rechts: Zügig geht die Arbeit voran. Helfer mit Vorkenntnissen in der Holzbearbeitung übernehmen die schwierigsten Aufgaben.



Das Einschlagen der Holznägel erfordert viel Genauigkeit. Dekoratives Aussehen der Verbindung belohnt den Lehrgangsteilnehmer. – Bild rechts: Beim Ausputzen mit der Stoßaxt beginnt man an der Ferse und putzt „mit der Faser“ in Richtung Stirn, so daß die Holzfasern abgeschnitten werden und abbrechen können, ohne zu zerreißen.

Daneben diente Holz auch zur Gewinnung von Pottasche und als Brennstoff. In der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts entstand schließlich infolge des hohen Verbrauchs von Holzkohle in Mitteleuropa ein empfindlicher Holz-mangel, der Anlaß bot zur Suche nach neuen Energieträgern als Ersatz für Holz. Seit dieser Zeit wurden auch erste nichteinheimische Hölzer (z. B. Lärche) angepflanzt.

Unterkünfte für die Bevölkerung

Unterkünfte – das Dach über dem Kopf – spielen im Leben des Menschen eine außerordentlich wichtige Rolle. Nicht nur weil sie selbst in den Augen gering entwickelter Zivilisationen erst ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen, sondern auch weil Unterkünfte wegen der klimatischen Verhältnisse in fast allen Teilen der Welt zur Erhaltung gesunden Lebens notwendig sind. Von Kriegen und Katastrophen größeren Ausmaßes wird jedoch oft gerade dieser Lebensraum des Menschen in Mitleidenschaft gezogen. Wer von den älteren Bürgern erinnert sich nicht an die behelfsmäßig hergerichteten Häuser der Kriegs- und Nachkriegszeit?

Die Zivilbevölkerung hat in Krisenzeiten einen Anspruch auf Unterkünfte bzw. Notunterkünfte. Nicht umsonst gibt es in den Armeen Pioniertruppen, die Notunterkünfte errichten. Bei den Fachdiensten des Katastrophenschutzes der Bundesrepublik Deutschland hat der Bergungs-, Instandsetzungs- und Betreuungsdienst die Aufgabe, Notunterkünfte für die Bevölkerung zu erstellen.

Wie sie als Holzkonstruktion gebaut und hergerichtet werden, erlernen die Helfer in Lehrgängen der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.

Der Lehrgang „Holzbearbeitung“ dauert eine Woche und beinhaltet folgende Themen:

- Gewinnung und Aufbereitung von Bauholz,
- Herstellen von Holzkonstruktionen und Holzverbindungen für Notunterkünfte sowie Bau von Verankerungen,
- Handhabung von Holzbearbeitungswerkzeugen einschließlich Motorsäge,
- praktische Übungen an verschiedenen Objekten,
- Kontrolle und Beurteilung der Objekte.

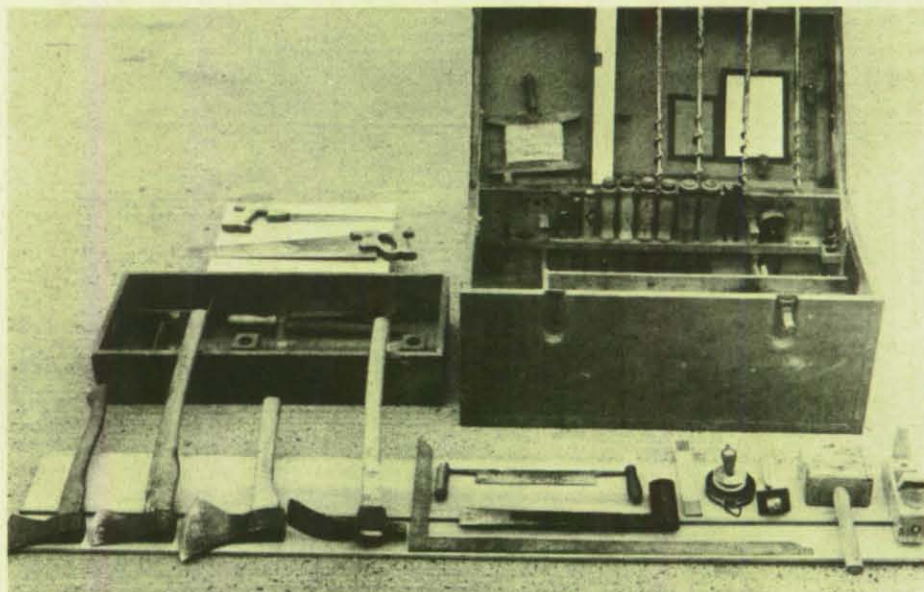
Den Abschluß des Lehrgangs bildet die Wissensüberprüfung mit einer schriftlichen Ausarbeitung von Fachfragen. Der Lehrgangsteilnehmer nimmt ein gezieltes Maß an Erkenntnissen für die weitere Ausbildung mit nach Hause.



Arbeiten mit der Bügelsäge: Ablängen von besonders hartem afrikanischem Bongossiholz.



Das Werk ist vollendet! Die Walmdachkonstruktion für einen Schachtbrunnen forderte von den Helfern all ihr Können.



Gutes Handwerkszeug ist die erste Voraussetzung für die Holzbearbeitung. Den Lehrgangsteilnehmern steht hierfür ein sogenannter „Satz Zimmermann“ zur Verfügung.

Theoretische Ausbildung

Jedem etwas geschickten Bastler gelingt es auch ohne gründliche Fachkenntnisse, eine einigermaßen haltbare Holzkonstruktion herzustellen. Aber wenn die Holzbawerke größer werden und die Ansprüche an Tragfähigkeit und Haltbarkeit aus Sicherheitsgründen unbedingt erfüllt sein müssen, geht es nicht ohne eine den Anforderungen angemessenes Fachwissen.

So werden den Lehrgangsteilnehmern im theoretischen Unterricht zunächst Kenntnisse über Arten, Wachstum, Bestandteile, Fehler und Krankheiten des Holzes vermittelt. Wer mit Holz baut, muß seine Festigkeit beurteilen können. Mit Hilfe von Tabellen und Formeln aus den Unterrichten „Belastungsarten, Tragfähigkeiten und Widerstandsmomente“ wird dem Teilnehmer dies ermöglicht. Als direkte Vorbereitung für die praktischen Übungen wird im Unterricht auch über Schnitt- und Güteklassen nach DIN, Bolzen- und Nagelverbindungen sowie Holzverbindungen allgemein gesprochen.

Praktische Ausbildung

Der größte Teil der Ausbildungszeit ist der praktischen Arbeit mit dem Werkzeug vorbehalten. Es wird in Kleingruppen unter Anleitung mehrerer Lehrer gearbeitet, um die zur Verfügung stehende Zeit möglichst intensiv auszunutzen.

Natürlich kann man am genauesten und wirtschaftlichsten Holz mit modernen Hochleistungsmaschinen bearbeiten, und es erfordert ein großes Umdenken, wenn der Lehrgangsteilnehmer sich auf die Anwendung von Werkzeugen beschränken soll, die vorwiegend mit Menschenkraft bedient werden. Die Hilfe in einem Katastrophenfall macht aber die Beschränkung auf transportable und leicht bedienbare Werkzeuge notwendig, bei denen die Energieerzeugung, falls es sich um kleinere Maschinen handelt, vor Ort erfolgen kann.

Der Teilnehmer des Lehrgangs „Holzbearbeitung“ wird daher zwangsweise, falls er nicht einschlägige Vorkenntnisse mitbringt, lernen müssen, sowohl mit mechanischen Holzbearbeitungsmaschinen – wie Kettensäge, Bohrmaschine – als auch mit Handwerkzeugen – wie Säge, Stechbeitel, Stemmeisen – umzugehen. Jeder Helfer erhält die Aufgabe, eine komplette Holzverbindung herzustellen, und mancher wundert sich nach der Vollendung darüber, wie gut ihm sein Werk gelungen ist. Schneide- und Sägetechniken mit verschiedenen Holzarten, einfache Überblattung und die verschiedenen Formen des Versatzes werden den Teilnehmern durch berufserfahrene Lehrkräfte der Schule aufgezeigt.



Der letzte Nagel im Fenster gibt sicheren Halt. Nur noch das Glas fehlt.



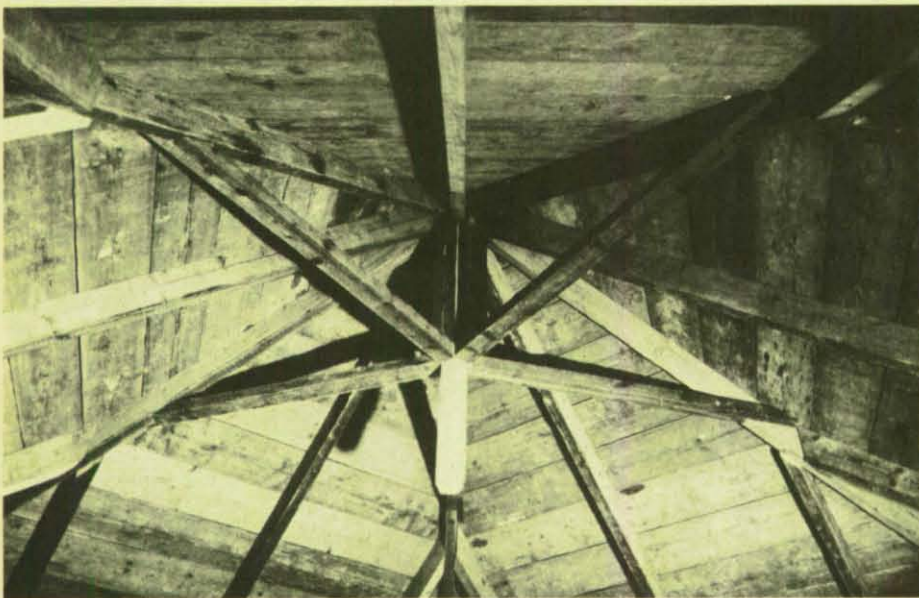
Fachgerecht wird die Fensterrahmenkonstruktion zusammengefügt. Die Helfer arbeiten dabei Hand in Hand.



Viele allgemeine Holzverbindungen wurden beim Bau der Behelfsunterkunft im Fünfeck verwirklicht. Mehrere Lehrgänge „Holzbearbeitung“ waren an der Fertigstellung beteiligt.



Eine saubere Arbeit. Jeweils eine Gruppe übernimmt die Fertigstellung eines Bauteils.



Die Dachkonstruktion der Unterkunft von innen gesehen. Viel handwerkliches Geschick ist nötig, um das Dach im Fünfeck zu erstellen.



Zum Lehrprogramm gehört auch der Aufbau eines Schnurgerüsts; hier wird der Dielen- oder Bretterkranz in die Waagrechte gebracht.

Auf der Station „Vorbereitungsarbeiten für den Bau von Notunterkünften (Vermessungs- und Absteckungsarbeiten)“ wird gelehrt, wie ein Schnurgerüst erstellt wird. Es besteht aus einem an Holzpfeilen (Rund-, Kantholz) befestigten Dielenkranz, der die Bauflucht im Abstand von 1,20 m bis 1,80 m umschließt und den Umriß des Bauvorhabens sichtbar macht. Die hochkant angebrachten Bretter werden an den Oberkanten so eingeschnitten, daß die Bauflucht durch Auflegen von Schnüren oder feinen Drähten jederzeit dargestellt werden kann.

Die Verbindung von Hölzern mit Zapfen und Holznägeln wird auch heute noch angewandt, wenn es auf Haltbarkeit und dekoratives Aussehen der Verbindung ankommt, insbesondere im Fachwerkbau. Auch diese etwas aufwendige Arbeit gehört mit zum Ausbildungsprogramm.

Gelungene Übungsobjekte

Als Übungsobjekt wurde mit mehreren Lehrgängen „Holzbearbeitung“ eine Unterkunft im Fünfeck erstellt. Fünf Wände in Rahmenkonstruktionen sind im unteren und oberen Eckbereich mit Stahlaschen und Bolzen verbunden. Der Bau der Dachkonstruktion forderte durch die Wahl des Fünfecks von den Lehrgangsteilnehmern viel handwerkliches Geschick.

Fenster, Tür und Innenausstattung mit Tischen und Sitzgelegenheiten ergänzen die Unterkunft, die ca. 35 qm Grundfläche hat. Die einzelnen Teile der verschiedenen Konstruktionen wurden mit dem Handwerkszeug „Satz Zimmermann“ hergestellt.

Die Krönung für die Teilnehmer eines Lehrgangs war es, eine Brunnenüberdachung zu erstellen. Zwei Säulen mit Fuß- und Kopfstreben tragen die wuchtige Walm-dachkonstruktion. Sauberes Aufreißen von Bauteilen und Übertragen von Schmiegen sowie saubere Schnitte zeigen ein vollendetes Werk.

Ausbildung notwendig

Der Bau von Notunterkünften ist eine Aufgabe, die bei Katastrophen immer wieder erfüllt werden muß. Es darf in diesem Zusammenhang an die vielen Einsätze der deutschen Hilfsorganisationen im Ausland erinnert werden. Als Beispiel seien einige Sätze aus einem Bericht des Zivilschutz-Magazins 4/81 über das Erdbeben in Süditalien zitiert: „Hoffnung auf ein neues Dach über dem Kopf. Zehntausende waren ein halbes Jahr nach der verheerenden Katastrophe im süditalienischen Erdbebengebiet noch immer nur behelfsmäßig untergebracht. Aus primitivsten Mitteln errichteten sich die Obdachlosen Notunterkünfte. – Deutsche Hilfe überall dankbar begrüßt.“

Paul Claes

10. Hessischer Feuerwehrtag

„Unsere Feuerwehren können sich wahrlich sehen lassen“

Über 6000 Aktive und 20000 Besucher in Bad Soden am Taunus

Die Stadt Bad Soden am Taunus, reizvoll am Südhang des waldreichen Taunus gelegen, war Gastgeber des 10. Hessischen Feuerwehrtages. Die schöne Kurstadt bot mit ihren modernen und großzügigen Tagungsstätten und Sportanlagen den idealen Rahmen für die Durchführung der einzelnen Veranstaltungen. Drei Tage lang – vom 3. bis 5. September – stand die Stadt im Zeichen der Feuerwehr. Das Programm reichte von Einsatzübungen über Fahrzeug- und Geräteschau bis zu verschiedenen Ausstellungen.

Darstellung der Feuerwehr

Mit dem 10. Feuerwehrtag konnten die hessischen Feuerwehren ein kleines Jubiläum feiern. Seit 1969 ist diese Großveranstaltung ein fester Bestandteil im Leben und in der Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren. Ziel des alle zwei Jahre stattfindenden Feuerwehrtages ist es, der Öffentlichkeit die Arbeit der Feuerwehren des Landes darzustellen und für die Mitarbeit in den Wehren zu werben.

Eröffnung mit Festakt

„Wir sind sehr stolz, daß Bad Soden diesen 10. Hessischen Feuerwehrtag ausrichten kann, und wir hoffen, daß wir Ihnen einen angemessenen Rahmen für diese Großveranstaltung bieten, eine Veranstaltung, die fester Bestandteil im Leben und in der Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren ist. Deshalb wünsche ich Ihnen, daß der Feuerwehrtag auch in Zukunft eine lebendige Veranstaltung bleibt“, begrüßte Bürgermeister Dr. Hodann bei der Eröffnung 300 Gäste aus Politik und Verwaltung sowie die Führungskräfte der Feuerwehren aus den 21 Land- und sechs Stadtkreisen Hessens. Auch der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, wollte unter den Gästen.

Partnerschaft ist tragendes Element

Der hessische Innenminister Ekkehard Gries führte zum Thema „Brandschutz in Hessen“ aus: „Unsre Feuerwehren können sich wahrlich sehen lassen. Sie gehö-



Die Vorstellung eines Löschzuges Wasserversorgung, bestehend aus einem Einsatzleitfahrzeug, zwei Löschgruppenfahrzeugen und einem Schlauchwagen mit insgesamt 25 Mann Besatzung, demonstrierte die Mitarbeit der Feuerwehr im Katastrophenschutz.

ren zu den besten und leistungsfähigsten Europas. Auch die verschiedenen internationalen Leistungsvergleichswettkämpfe haben dies immer wieder bestätigt.

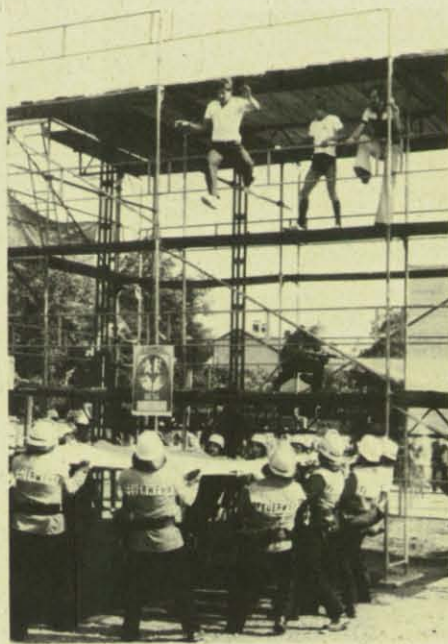
Diese Gewißheit der stetigen Einsatzbereitschaft ist für uns alle – und für mich als den für das Brandschutzwesen in Hessen zuständigen und verantwortlichen Ressortminister – außerordentlich beruhigend. Sie kann und darf aber nicht die Träger des Brandschutzes – Gemeinden, Kreise und

das Land – dazu verführen, alle Sorgen den Feuerwehren allein zu überlassen.

Besonders die notwendige Ausrüstung mit Feuerwehrhäusern, Fahrzeugen und technischem Gerät, aber auch mit der persönlichen Ausrüstung für den Feuerwehrmann ist zwar an erster Stelle eine Aufgabe der Kommunen, hier sind aber auch die Kreise und besonders das Land aufgerufen – zumal in einer Zeit, in der Investitionen einen besonderen Stellenwert haben – mit Zuwendungen die Gemeinden zu unterstützen.“

Minister Gries erinnerte daran, daß das Land Hessen in diesem Jahr bereits 25 Millionen DM für die Feuerwehren aufgewendet habe. Für Investitionen im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes würden in Hessen 1982 voraussichtlich mehr als 100 Millionen DM ausgeben.

„Die Partnerschaft – auch wenn es um Geld geht – der Gemeinden, Kreise und des Landes gemeinsam mit unseren Feuerwehren ist wohl das tragende Element unseres Brandschutzes in Hessen. Wenn wir unsere Veranstaltungen an diesem Wochenende hier in Bad Soden am Taunus aus diesem Blickwinkel sehen – und das sollten wir eigentlich tun – wird deutlich, daß ein solcher Feuerwehrtag einfach notwendig ist, um die Bevölkerung aus der oft anzutreffenden Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit der Feuerwehren, den Belangen des Brandschutzes – ja gegenüber ihrer eigenen Sicherheit – wachzurütteln“, schloß Minister Gries seine Begrüßungsworte.



Bei der gemeinsamen Übung zweier Löschzüge wurde der Einsatz des von 16 Feuerwehrmännern gehaltenen Sprungtuches zur Menschenrettung eindrucksvoll vorgeführt.

Anspruchsdenken abbauen

Der Vorsitzende des Hessischen Feuerwehrverbandes, Kreisbrandinspektor Wilfried Köbler, sprach ein Problem an, das die Feuerwehr mehr und mehr berührt: „Mit einer gewissen Sorge erfüllt uns die Tatsache, daß in unserer Gesellschaft Leistungsbereitschaft zunehmend durch Anspruchsdenken ersetzt wird . . .

Wir haben es uns in den vergangenen Jahren eines wachsenden Wohlstandes bequem und leicht gemacht, alles, was uns nicht unmittelbar betroffen hat, auf andere und wenn irgend möglich, auf den Staat oder andere Einrichtungen der Daseinsversorgung abzuwälzen.

Dagegen sollte gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten das Bewußtsein dafür wachsen, daß Anspruchsdenken zu mehr Eigenverantwortung des Bürgers Not tut. Die Feuerwehren, als eine der ältesten gewachsenen Bürgerinitiativen, haben auch durch ihre Jugendorganisation versucht, im praktischen Einsatz diesem Zeitgeist entgegenzutreten und durch tatkräftiges Handeln, wie ich finde, auch hierfür den Beweis erbracht . . .

Es gibt keine schönere Aufgabe, als anderen zu helfen. Auch in unserer heutigen Zeit kann und darf auf die dem Nächsten dienende humanitäre Arbeit nicht verzichtet werden. Gar zu häufig entsteht in unserer Wohlstandsgesellschaft bei vielen Bürgern der Eindruck, daß sie aufgrund ihrer guten finanziellen Lage auch unabhängig und auf den Nächsten oder den Nachbarn nicht angewiesen seien. Es sollte jedoch bedacht werden, daß man mit Geld nicht alles kaufen oder bezahlen kann.

Zusammengehörigkeitsgefühl, Nachbarschaftshilfe und Selbsthilfe sind Begriffe, die immer ihre Bedeutung behalten werden. Die Freiwillige Feuerwehr als eine der ältesten Bürgerinitiativen ist ein guter Beweis für die Verwirklichung und Durchführung dieser Begriffe.“

Über 100000 Aktive

In einer anschließenden Pressekonferenz gaben die Vertreter von Land, Kreis, Stadt und den Feuerwehren einen Überblick über das Feuerwehrwesen in Hessen. So gibt es landesweit 2628 Freiwillige Feuerwehren – davon 96 Stützpunktwehren – mit 125000 Aktiven, sechs Berufsfeuerwehren mit 1600 und 112 Werkfeuerwehren mit 3070 Feuerwehrmännern sowie 1504 Jugendfeuerwehren mit über 30000 Mitgliedern.

Für den Brand- und Katastrophenschutz sowie den Rettungsdienst stehen in den Landkreisen insgesamt 22 Zentrale Leitstellen zur Verfügung. Daneben sind für den Katastrophenfall und andere besonde-



Im Kreise der zahlreichen Zuschauer war der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve (Bildmitte), aufmerksamer Beobachter der Vorführungen.

re Einsatzfälle mobile Leitstellen mit einsatztaktisch abgestimmter Ausstattung vorhanden. Die Zentralen Leitstellen stehen in ständiger Verbindung mit sieben Leitfunkstellen des Landes Hessen. Diese Leitfunkstellen sind örtliche und zugleich übergeordnete Einsatzleitzentralen, die innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches die Funkleitung und Funküberwachung aus-

üben. Auch der Einsatz der beiden in Hessen stationierten Katastrophenschutz-Hubschrauber „Christoph 2“ und „Christoph 7“ wird von diesen Stellen geleitet.

Für den Bereich des Katastrophenschutzes werden in Hessen einschließlich der Fahrzeuge des Brandschutzdienstes insgesamt ca. 1400 Fahrzeuge unterhalten,



Eine umfangreiche Präsentation der verschiedenen Fahrzeuge und Geräte gab dem Besucher einen interessanten Einblick in die Technik der Feuerwehr.

die in vier Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten gewartet und instandgesetzt werden. Die in Fritzlar, Leihgestern und Wehrheim befindlichen Zentralwerkstätten verfügen über je einen Kraftfahrzeug-, Atemschutz- und Fernmeldebereich, während die Zentralwerkstatt Hochstadt ausschließlich auf Kraftfahrzeugbetreuung spezialisiert ist.

Leistungsfähiger Warndienst

Zum Bereich des Zivilschutzes zählt auch der Warndienst, für den in Hessen das Warnamt VI in Usingen zuständig ist. Um für die eine Warnung erforderlichen Informationen dem Warnamt zukommen zu lassen, verfügt der Warndienst in Hessen über 89 unbemannte Warndienst-Meßstellen sowie drei Warndienst-Leitmeßstellen. Ergänzt wird dieses Netz durch 44 Beobachtungs- und ABC-Meßstellen. Eine Warnung der Bevölkerung kann durch 6306 Elektro- und 44 Hochleistungssirenen sowie durch den Rundfunk erfolgen. Die Elektrosirenen stehen auch den Feuerwehren für Alarmierungszwecke zur Verfügung.

Praktische Vorfürungen

Einen Einblick in den Aufbau der einzelnen Einheiten und die Möglichkeiten der Schadensbekämpfung bot die Feuerwehr am Eröffnungstag mit einer in drei Abschnitten gegliederten Vorführungsreihe. Im ersten Teil wurden drei „typische“ Feuerwehren aus unterschiedlich großen Orten mit ihren verschiedenen Fahrzeugen und ihren Besatzungen vorgestellt. Den nächsten Abschnitt bildeten technische Einsatzübungen. Anschaulich wurde eine Menschenrettung unter Einsatz der Drehleiter demonstriert, eine Person aus einem Autowrack befreit und Einsätze bei Chemieunfällen und Flüssigkeitsbränden sowie im Strahlenschutz gezeigt. Die Vorstellungen und Demonstrationen wurden zum besseren Verständnis per Lautsprecher ausführlich kommentiert.

Bereits im Einsatz bewährt

Der dritte Teil der Vorführungsreihe war der Mitwirkung der Feuerwehr im Katastrophenschutz gewidmet, er sollte die Stärke, Gliederung und Ausstattung des Brandschutzdienstes darstellen. Einleitend wurde die 1. Erkundungs- und Lotsengruppe des Main-Taunus-Kreises, bestehend aus neun Feuerwehrmännern mit einem Kommandofahrzeug und zwei Krafträdern, vorgestellt. Dabei wurde besonders betont, daß sich diese Einheit im Einsatz bereits gut bewährt hat.

Es folgte die Vorstellung eines Löschzuges Rettung (LZ-R), bestehend aus 25 Feuerwehrmännern mit einem Einsatzleitfahrzeug, zwei Löschgruppenfahrzeugen und einem Rüstwagen. Dieser Löschzug hat im Rahmen des Katastrophenschutzes die Aufgabe, Menschen und Tiere zu retten, die Brandbekämpfung auch unter schwierigen Voraussetzungen durchzuführen sowie diese Aufgaben mit technischem Gerät aus dem Rüstwagen zu unterstützen.

Der im folgenden vorgestellte Löschzug Wasserversorgung (LZ-W) verfügt über die gleiche Personalstärke und Fahrzeugausstattung wie der Löschzug Rettung, führt jedoch statt des Rüstwagens einen Schlauchwagen mit. Der Löschzug Wasserversorgung hat die Aufgabe, Menschen und Tiere zu retten, die Brandbekämpfung durchzuführen und insbesondere die Löschwasserversorgung auch über lange Wegestrecken sicherzustellen.

Eine gemeinsame, großangelegte Einsatzübung der beiden Löschzüge bildete den Abschluß der Veranstaltung. Im Rahmen dieser Übung übernahm der Löschzug Wasserversorgung die Brandbekämpfung eines – mit Rauchmitteln dargestellten – Flächenbrandes und bereitete so dem Löschzug Rettung den Weg zu einem durch ein Stahlrohrgerüst dargestellten Wohnhaus. Die dort in den oberen Geschossen Eingeschlossenen konnten dann durch Vornahme des Sprungtuches und mit einem Innenangriff „gerettet“ werden.

Das DRK übernahm die weitere Behandlung der „Verletzten“.

Neue Fahrzeuge übergeben

Die beiden folgenden Tage waren angefüllt mit Wettbewerben der Freiwilligen Feuerwehren und der Jugendfeuerwehren. Ständige Ausstellungen und eine umfangreiche Fahrzeug- und Geräteschau sowie verschiedene Platzkonzerte rundeten das Programm ab.

Zur weiteren Stärkung des Brandschutzes in Hessen konnte Innenminister Gries am Samstag 13 neue Fahrzeuge an elf hessische Feuerwehren übergeben. Die je sechs Rüst- und Schlauchwagen und ein Tanklöschfahrzeug haben einen Gesamtwert von 1,8 Millionen DM.

Eine bemerkenswerte Darstellung

Ein Festzug mit über 6000 Feuerwehrmännern und eine anschließende Großkundgebung schlossen die Veranstaltungen zum 10. Hessischen Feuerwehrtag ab. Den über 20000 Besuchern, die über das Wochenende nach Bad Soden am Taunus gekommen waren, hatte sich die Feuerwehr in ihrer ganzen Vielfalt präsentieren können und auf diese Weise eine bemerkenswerte Darstellung ihres Leistungsvermögens und ihres Einsatzes im Dienste des Gemeinwohls gegeben.



Ein neues Tanklöschfahrzeug 24/50 im Wert von fast 300000 DM konnte Innenminister Ekkehard Gries an Bürgermeister Dr. Hodann zur Verstärkung der Bad Sodener Feuerwehr übergeben.

Friedrich Martin

Eine interessante planerische Lösung

Der „Schutzraum im Schutzraum“

Schutzraumsystem stellt das Quadrat ins Quadrat

Die politischen Ereignisse der letzten Zeit, die damit zumindest scheinbar verbundene Zunahme der Bedrohung des Friedens in der Welt haben eine größer werdende Zahl von Menschen dazu gebracht, sich auch intensiver mit den Problemen der Waffwirkungen und Schutzmöglichkeiten dagegen zu befassen. Friedenssicherung, vorrangig und intensiv betrieben, kann leider keinen dauerhaften Frieden garantieren; die Möglichkeit bewaffneter Auseinandersetzungen kann nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden. Die Bedrohung ist latent vorhanden, und immer mehr Menschen stellen Überlegungen an, wie man diese Bedrohung für sich persönlich vermindern könnte. Da angesichts der heutigen Waffentechnik und der sich über große Flächen erstreckenden Folgewirkungen, z.B. des radioaktiven Niederschlags, ein Ausweichen – Evakuierung oder Flucht – nicht möglich ist, bleibt der Schutzraumbau in all seinen Erscheinungsformen die beste Möglichkeit des wirksamen Schutzes.

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn das Interesse am Schutzraumbau in der letzten Zeit ständig zunimmt; dies gilt für Bauherren, für planende Architekten, prüfende Behörden und bauausführende Firmen. Die Zahl derjenigen Unternehmen, die Fertigschutzräume herstellen und sich mit der Lieferung von Schutzraumeinrichtungen und -ausstattungen befassen, hat sprunghaft zugenommen.

Zu den beiden bisher bekannten Formen des Schutzraumbaus – den verschiedenen Fertigschutzräumen und der individuellen Einplanung von Schutzräumen in Neubauten und bestehenden Gebäuden – kommen neuerdings „Schutzbausysteme“ hinzu. Hierbei handelt es sich um fertig geplante Schutzbauten verschiedener Größen, die ohne Veränderung der Planung entweder in Neubaupläne integriert oder – noch problemloser – als Außenschutzräume neben vorhandenen Gebäuden errichtet werden. Im allgemeinen bedient man sich hierbei vorgefertigter Plattenwände und Plattendecken verschiedener Anbieter als „verlorener Schalung“; die erforderliche Bewehrung wird zusätzlich eingelegt, die Zwischenräume werden in Ort beton gegossen.

Ein derartiger System-Schutzraum mit einer ungewöhnlichen, aber interessanten

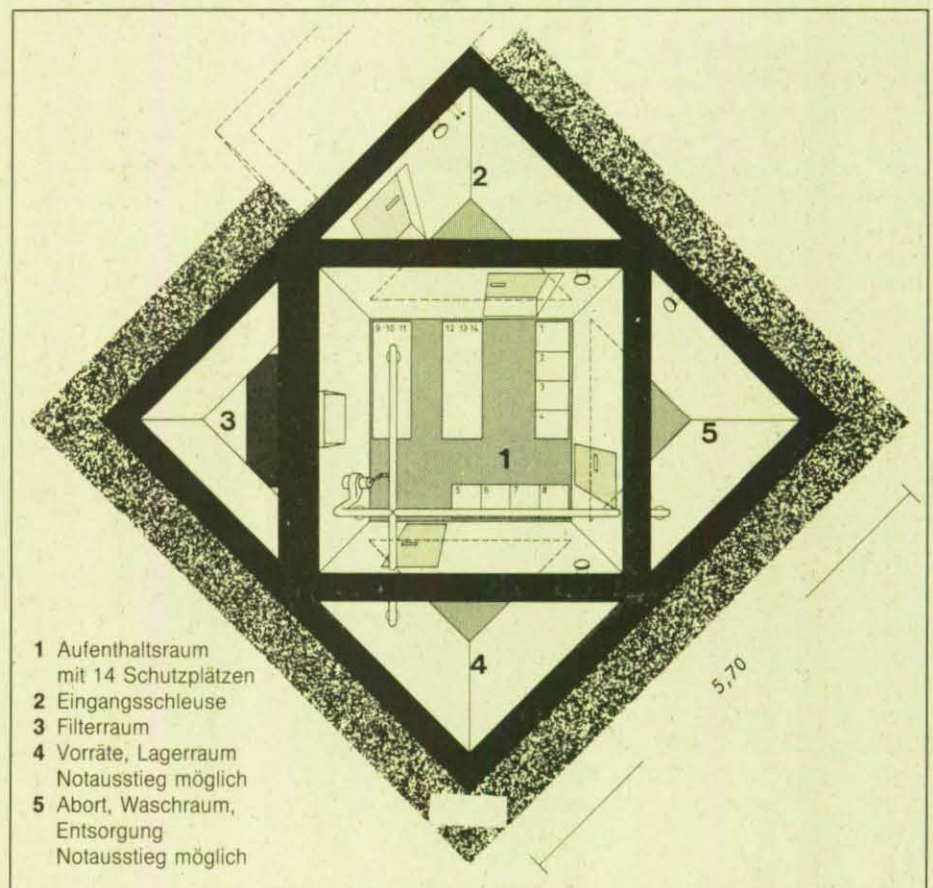
Grundrißgestaltung wird nachstehend vorgestellt. In eine quadratische Außenhülle aus Stahlbeton wird der eigentliche Schutzraum-Aufenthaltsraum, wiederum ein Quadrat aus Stahlbeton, so angeordnet, daß die jeweiligen Ecken auf die Mitte der umgebenden Seitenwände stoßen. Auf diese Weise erhält man sozusagen einen „Schutzraum im Schutzraum“.

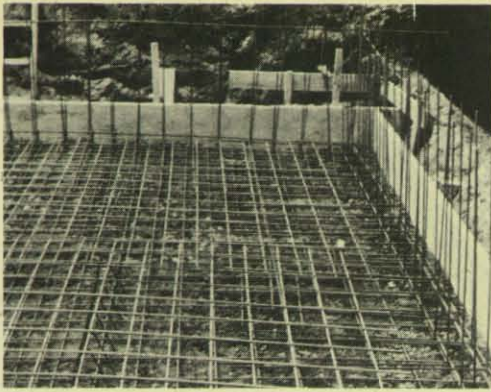
Es bleiben gleich große Flächen in Form gleichschenkliger Dreiecke übrig, von dem eines als Eingangsschleuse, ein zweites als Filterraum, das dritte als Toilette und Waschraum benutzt wird, während das vierte Dreieck als zusätzlicher Lagerraum Verwendung finden kann. Die Stabilität der Gesamtanordnung liegt, da alle Wände mindestens 30 cm stark sind und mit 3 cm²/m Mindestbewehrung versehen sind, deutlich über den Forderungen des Grundschatzes. Das gilt auch für die 40 cm starke Decke, die – bedingt durch die ge-

ringen Spannweiten – belastbarer ist als es die Vorschrift verlangt.

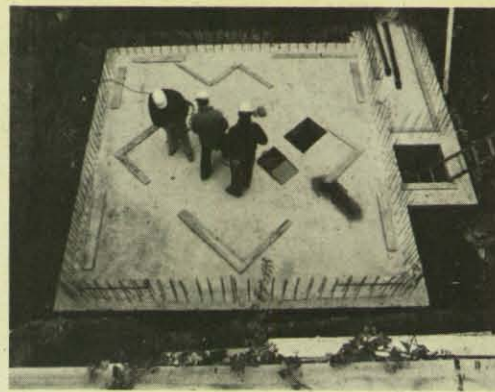
Insgesamt entspricht das Schutzraumsystem den „Bautechnischen Grundsätzen für Hausschutzräume des Grundschatzes“, schützt also zumindest gegen die herabfallenden Trümmern zusammenstürzender Gebäude, die Strahlung radioaktiver Niederschläge, gegen äußere Wärmeeinwirkungen und gegen biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe. Durch die besondere Grundrißgestaltung liegt der Schutz gegen mechanische Wirkungen über den Mindestanforderungen. Der erforderliche Daueraufenthalt von mindestens 14 Tagen kann durch die Nutzung des zusätzlichen Lagerraums noch überschritten werden. Für das Schutzraumsystem können sowohl Bundeszuschüsse beantragt als auch erhöhte steuerliche Abschreibungen in Anspruch genommen werden.

Zeichnerische Darstellung des Schutzraumsystems: das innere Quadrat ist der Aufenthaltsraum, umgeben von Schleuse, Filterraum mit der verstärkten Wand, Lagerraum und Aborraum. Die Betonhülle des äußeren Quadrats schließt den Schutzraum ab. Die Konstruktion ist übrigens patentrechtlich geschützt.

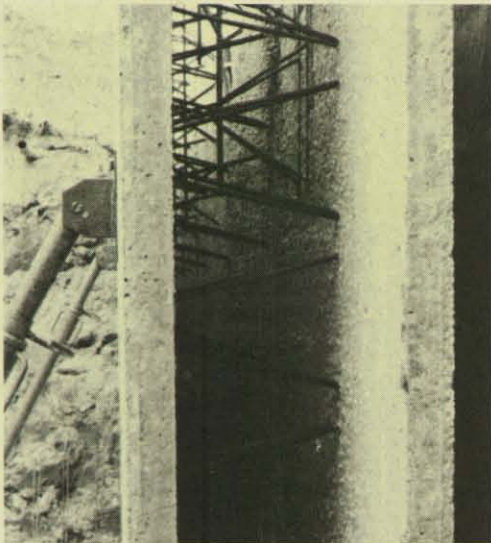




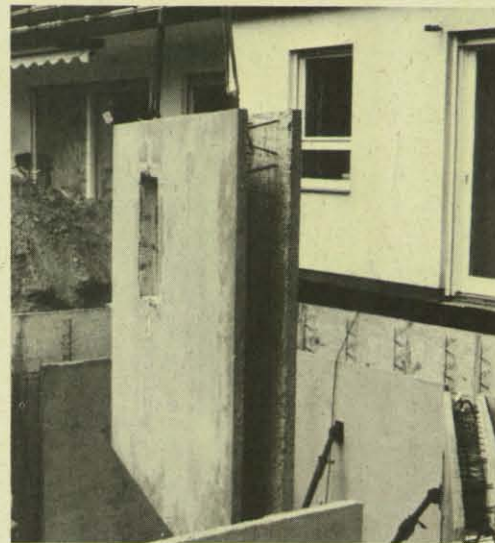
Blick auf die Bewehrung der Fundamentplatte. Der kraftschlüssige Verbund mit den aufgehenden Wänden wird durch die Anschlußbewehrung sichergestellt.



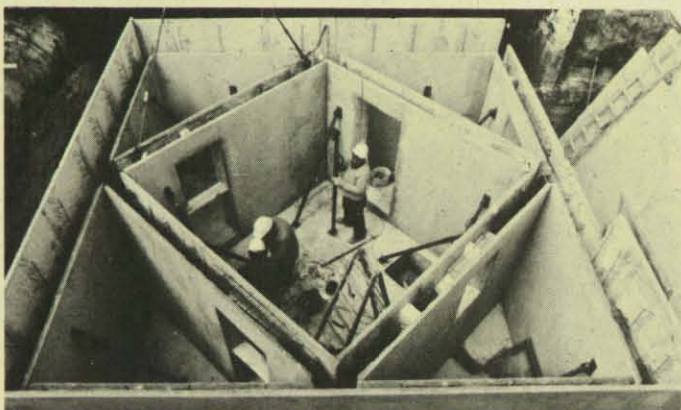
Die fertig betonierete Bodenplatte. Die Anschlußseisen an den Wänden sind deutlich sichtbar. In der Mitte ist der eigentliche Aufenthaltsraum gekennzeichnet.



Ein Wandelement: Die vorgefertigten Plattenwände werden durch Bewehrungsseisen im richtigen Abstand gehalten. Die tragende Bewehrung wird zusätzlich eingebracht, anschließend wird mit Ortbeton ausgegossen.



Die vorgefertigte Wand zwischen Aufenthaltsraum und Filterraum wird eingebracht. Im Gegensatz zu den anderen, 30 cm starken Wänden, ist diese Wand mindestens 40 cm stark, damit der Schutzfaktor 100 gegen Rückstrahlung gewährleistet ist.



Die vorgefertigte Plattendecke – ein quadratisches und vier dreieckige Teile – wurde eingebracht, die Anschlußbewehrung zur biegesteifen Verbindung zwischen Decke und Wänden ist eingelegt.

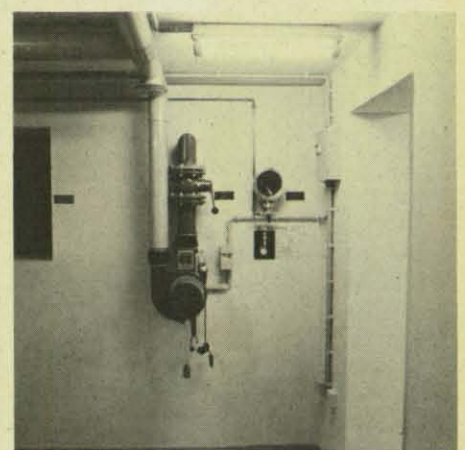
Links: Sämtliche Wandelemente sind eingebracht, die endgültige Gestalt des Schutzraums ist deutlich zu erkennen, ebenso die aussteifende Wirkung der versetzt angeordneten Wände.



Decke und Wände des Schutzraums werden in einem Zug mit Beton ausgegossen. Als letztes wird die konstruktive Oberbewehrung der Decke eingelegt.



Die Zarge der gasdichten und feuerhemmenden Schleusentür wird sofort mit einbetoniert, dadurch ist die Gasdichtigkeit des gesamten Schutzraums gewährleistet.



Das Lüftungsgerät, hier ein LW 3,75/0,75, das bis zu 25 Personen dauerhaft mit Frischluft versorgen kann; links daneben die mit einer gasdichten Klappe verschlossene Öffnung zum Filterraum, die noch mit Betonformsteinen zugesetzt werden muß.

Vorgestellt:

Leitstellenfahrzeug „Modell Velbert“

Klein, aber kompakt

Was die Tüftler vom Ordnungsamt alles in ein kleineres Fahrzeug gepackt haben – Für den Katastrophenschutz und die allgemeine Gefahrenabwehr konzipiert

In der jüngsten Vergangenheit wurden verschiedentlich mobile Leitstellen vorgestellt, die Zeugnis davon ablegen, wie verantwortungsbewußt die betreffenden Dienststellen die Aufgaben der Katastrophenschutz wahrnehmen. Hier soll eine Einheit vorgestellt werden, die in Velbert (Rheinland) für die allgemeine Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz entwickelt wurde.

Wegen der Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten eignet sich diese Einrichtung besonders für die Städte, die in Nordrhein-Westfalen als „Große kreisangehörige Städte“ nach dem II. Funktionalreformgesetz Katastrophenschutzbehörde für den friedensmäßigen Katastrophenschutz geworden sind und diese Aufgaben auch wahrnehmen.

In Velbert gehören die Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes organisatorisch als Sachgebiet zum Ordnungsamt. Innerhalb dieses Sachgebietes werden auch Aufgaben der allgemeinen Gefahrenabwehr – wie Öl- und Giftunfälle, Kampfmittelbeseitigung usw. – durchgeführt.

Bei den Überlegungen zur Beschaffung ist die Stadt davon ausgegangen, daß die Grenze zwischen Großschadensereignis und Katastrophenfall unter Umständen fließend ist.

Folgende Zielvorstellungen lagen zugrunde:

1. Die zu schaffende Einrichtung muß in etwa die gleiche nachrichtentechnische Ausstattung haben wie eine stationäre Leitstelle, d. h. sie muß über ausreichende Verbindungen zu den vor- und nachgeordneten Führungsebenen und den Leitstellen von Feuerwehr und Polizei verfügen,
2. sie muß die Erörterung einer Lage ermöglichen,
3. es müssen ausreichende Mittel der Informationsverarbeitung vorhanden sein,
4. die Stromversorgung muß netzunabhängig sein,
5. das Fahrzeug muß klimatisiert, d. h. auch bei winterlichem Wetter einsatzfähig sein und



Das Leitstellenfahrzeug „Modell Velbert“.

6. erschien wichtig, daß durch Abstimmung der Ausstattung eine reibungslose Integration in andere bestehende Einrichtungen oder Kommunikationssysteme möglich ist.

Das gut vorbereitete Planungskonzept konnte in relativ kurzer Zeit mit viel Eigenleistung in die Praxis umgesetzt werden. Da das Fahrzeug überwiegend bei der allgemeinen Gefahrenabwehr eingesetzt wird, wurde auf die Beschaffung eines größeren Fahrzeuges verzichtet. Für den Einsatz im Katastrophenfall oder bei größeren Schadensereignissen kann zusätzliches Gerät auf einem Anhänger mitgeführt werden, falls dies erforderlich ist.

Der Innenraum zeigt, daß der Platz bis in den kleinsten Winkel ausgenutzt ist. In der Eckruhenbank (mit vier Sitzplätzen) ist diverses Gerät untergebracht, u. a. Kartenmaterial, Zeichengerät sowie eine klappbare Magnettafel, die bei Bedarf im Fahrzeug aufgehängt werden kann. Die Stromversorgung geschieht über zwei Stromkreise (220 und 12 Volt). Es sind ausreichend Steckdosen für Ladegeräte der Handfunkgeräte und Funkmeldeempfänger vorhanden.

In den Einbauschränken oberhalb der Funkplätze sind Schreibmaterialien, Telefonbuch, Katastrophenschutzplan mit den Sonderabwehrplänen usw. untergebracht. Bei dem fest montierten Tisch vor der Eckbank kann durch Hochklappen der Tischplatte die Arbeitsfläche vergrößert werden.

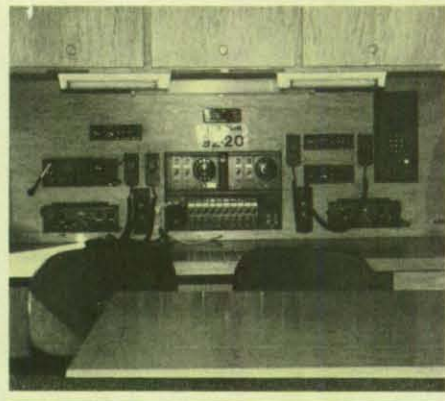
Zur schnelleren Informationsverarbeitung steht ein Mini-Computer mit Drucker und Cassetteninterface zur Verfügung. Die gespeicherten Cassetten enthalten die wichtigsten Daten zur Schadensbekämpfung. Diese Daten können z. B. bei Öl- und Giftunfällen schnell abgerufen werden.

Funk- und Fernsprechausrüstung:

1 FuG 8 b

1 FuG 7 b mit Überleiteinrichtung

1 FuG 9 c mit Überleiteinrichtung



Blick auf die Funkplätze im Innenraum des Fahrzeugs.

1 Feldvermittlung 10 Anschl. mit 2 Amtszu-sätzen

1 Digitaluhr mit Date-Time-Group

1 Autoradio mit Verkehrsfunkdecoder und Cassetten-teil

1 SEM 205 für den Verkehrsbereich Bauamt

1 Alarmgeberfeld für die Alarmierung über Meldeempfänger zum Nachführen von zusätzli-chen Kräften oder des Stabes HVB im Katastrophenfall

1 Handfunksprechgerät FuG 13 a

7 Handfunksprechgeräte FuG 10 a

1 Tonbandgerät zum Aufzeichnen vom an-kommenden und abgehenden Funk- und Ferngesprächen über autom. Sprach-steuerung

1 150-Watt-Verstärkeranlage für Durchsa--gen über Mikrofon oder Bandgerät

1 Stromerzeuger 2 kVA mit 12-Volt-Lade-gleichrichter.

Das Problem der Entkoppelung der einzel-nen Antennen konnte weitestgehend gelöst werden. Für den stationären Einsatz sind außen an der Rückwand des Fahr-zeugs zwei Schiebemasten angebracht für den Funkbetrieb im 2- und 4-m-Band. Die Antennen sind auf „extern“ und „intern“ umschaltbar.

Wie schon erwähnt, erfolgt die Stromver-sorgung über zwei Stromkreise. Um einen unterbrechungsfreien Funkverkehr zu ge-währleisten, speist ein von der Wagenbat-terie unabhängiger 260-Ah-Akku die Funk-geräte. Ein Puffergerät sorgt für einen opti-malen Ladezustand. Während der Fahrt wird diese Batterie über ein zusätzliches Relais von der verstärkten Lichtmaschine mit Ladestrom versorgt.

Mit diesem selbst entwickelten Fahrzeug verfügt die Ordnungsbehörde Velbert über eine mobile Leitstelle, die mit relativ gerin-gen Mitteln beschafft und eingerichtet wur-de. Seit der Indienststellung im Dezember 1981 hat sich das Fahrzeug bei verschie-denen Einsätzen bereits sehr bewährt.

SPD, F.D.P. und CDU unterstreichen den Wert des Schutzes der Bevölkerung

Unabhängiger Abgeordneter hatte die Einstellung der Instandsetzung vorhandener Bunker beantragt – Vorwurf der „psychologischen Kriegsvorbereitung“ einmütig zurückgewiesen

Über den Sinn und die Bedeutung des Schutzraumbaus diskutierte ausführlich die Bremische Bürgerschaft, das Parlament des kleinsten Bundeslandes. Dabei lehnten SPD, F.D.P. und CDU einmütig einen Antrag des unabhängigen Abgeordneten Peter Willers ab, der ehemals der „Bremer Grünen Liste“ (BGL) angehörte. Lediglich die drei BGL-Parlamentarier unterstützten ihren ehemaligen Parteifreund.

„Sinnlose Verschleuderung von Steuermitteln“

Der Abgeordnete Peter Willers hatte beantragt: „Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen: Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, die mit Bundesmitteln betriebene Instandsetzung und Umrüstung bremischer Bunker auf die sogenannte Strahlensicherheit einzustellen, weil diese Maßnahmen im Ernstfall keinen tatsächlichen Schutz gewährleisten, sondern dadurch bei der Bevölkerung lediglich ein falsches Gefühl der Sicherheit hervorgerufen werden soll. Der Senat wird ferner aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß die so frei gewordenen Mittel zweckgebunden der Fortführung der Friedensforschung zur Verfügung gestellt werden.“ In seiner Antragsbegründung sagte Willers unter anderem: „Ich behaupte, daß diese Maßnahmen eine sinnlose Verschleuderung von Steuermitteln sind, niemals den behaupteten Zweck erfüllen können, sondern letztlich Ausgaben zur psychologischen Kriegsvorbereitung darstellen.“

„Absurde Unterstellung“

Als erster Redner entgegnete Ernst von Schönfeldt (F.D.P.): „Im Rahmen der Zivilschutzdiskussion begegnen wir immer wieder zwei Hauptargumenten, die auch Herr Willers hier in etwa vorgetragen hat und die gegen den Bevölkerungsschutz vorgebracht werden: Entweder gegen einen Atomkrieg gibt es überhaupt keinen Schutz, oder Schutzvorbereitungen ma-

chen einen Atomkrieg nur wahrscheinlicher. Zu dem zuletzt Genannten halte ich es einfach für absurd, daß die Bundesrepublik durch Ausbau von Bunkern und Zivilschutzeinrichtungen in den Verdacht geraten kann, daß sie sich dadurch auf einen Angriffskrieg gegen den Warschauer Pakt oder wen auch immer vorbereitet.“

Ernst von Schönfeldt meinte weiter: „Ich halte es für absurd, der Schweiz und Schweden zu unterstellen, die für 70 Prozent ihrer Bevölkerung zwischenzeitlich Schutzräume geschaffen haben, daß diese beiden Länder damit einen Angriffskrieg gegen irgendein anderes Land vorbereiten.“ Jede Vorsorge vor Katastrophen mache nicht die Katastrophe wahrscheinlicher, erklärte der F.D.P.-Abgeordnete: „Das ist doch eine ganz kurz gestrickte und eine ganz unwahrscheinliche Argumentation. Was allerdings politisch bedacht werden muß bei der Frage, ob man überhaupt Zivilschutz, Bevölkerungsschutz betreibt, ist, ob man einem potentiellen Gegner klar machen kann, daß er es als Indiz dafür versteht, daß wir uns darauf vorbereiten, einer etwaigen Bedrohung gegenüber ernsthaft Widerstand zu leisten. Ich halte das Moment einer möglichen Bedrohung der Zivilbevölkerung in Form der Erpressung für sehr wahrscheinlich, wenn dieser Zivilbevölkerung sehenden Auges gewollt jede Schutzmöglichkeit vorenthalten wird.“

„Wir sind verpflichtet, etwas zu tun“

Von Schönfeldt schloß seine Rede mit der Feststellung: „Glaubwürdige Abschreckung kann nicht funktionieren, wenn nicht klar ist, daß die Bereitschaft zur Verteidigung besteht. Ich halte das Argument, gegen einen Atomkrieg gebe es keinen Schutz, für wesentlich schwieriger. Damit will ich mich noch auseinandersetzen. Ich räume ein, daß es zwei Extreme gibt, für die Schutzvorbereitungen in der Tat belanglos sind. Dazwischen dürfte es aber ein breites Spektrum geben, ein breites Spektrum auch möglicher Kriegshandlungen, in dem das Überleben vieler Menschen davon ab-

hängen kann, daß Schutzräume und Schutzmaßnahmen vorbereitet sind. Das eine Extrem, für das Schutzmaßnahmen in der Tat überflüssig sind, ist der Frieden für alle Zeiten. Das zweite Extrem ist die totale Zerstörung unseres Landes durch nukleare Waffen und Sprengsätze. Das vorhandene Potential in Ost und West reicht dafür aus. Aber wer kann denn mit Sicherheit sagen, wer kann es verantworten, daß nur diese Prämisse richtig ist, daß der Einsatz von Atomwaffen so betrieben wird, daß eine totale Zerstörung, eine totale Verseuchung unseres Landes die Folge ist? Sind wir nicht gerade verpflichtet, moralisch, politisch, ethisch zu fragen, wie und mit welchen Mitteln Schutzvorkehrungen für die Zivilbevölkerung geschaffen werden können für den Fall, daß unsere Entspannungsbemühungen nicht zu dem Erfolg führen, den wir uns erhoffen? Sofern nur die geringste Chance besteht, meinestwegen eine theoretische Chance des Überlebens für unsere Angehörigen, für unsere Kinder und für uns selbst, dann sind wir verpflichtet, etwas zu tun.“

„Katastrophen sind nie ganz auszuschließen“

Anschließend sprach der SPD-Abgeordnete Wilfried Töpfer: „Wir wissen, daß auch ein technisch noch so perfekter Zivilschutz gegen die ökonomische, soziale und medizinische Tatsache einer atomaren Katastrophe nichts ausrichten kann. Die Sozialdemokraten forcieren die Friedenspolitik und betreiben eine aktive Kriegsverhinderungspolitik. Jeder Fortschritt in der Entspannungspolitik ist mehr wert als 10000, 20000, 50000 oder 100000 Schutzraumplätze oder Plätze in Bunkern. Überdies möchte ich davor warnen, die Bevölkerung durch besondere Bunkerprogramme in Kriegshysterie zu versetzen. Damit könnte man im Ausland Mißtrauen gegen die Bonner Friedenspolitik erwecken. Ich möchte noch einmal betonen, daß nach unserer Auffassung diese Friedenspolitik nun einmal der beste Schutz der Zivilbevölkerung vor kriegerischen Katastrophen ist. Gleichwohl räume ich ein, daß nach wie vor Mittel für private oder öffentliche Schutzräume, aber auch für solche Bunker, die im Antrag

von Peter Willers genannt sind, zur Verfügung gestellt werden.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß auch neutrale Länder wie Schweden und die Schweiz so verfahren. Die wollen mit Sicherheit auch keinen Krieg. Sie machen das auch wie wir, weil zivile oder friedensmäßige Katastrophen nie ganz auszuschließen sind. Auch sind bei allen Bemühungen um Fortschritte in der Entspannungspolitik kriegerische Auseinandersetzungen konventioneller Art ebenfalls nicht auszuschließen. In solchen Fällen bieten derartige Bauten durchaus Schutz, wenngleich ich hier wiederum ebenfalls einräumen muß, daß die in der Bundesrepublik oder in Bremen und Bremerhaven befindlichen Schutzräume bei weitem nicht ausreichen, die gesamte Bevölkerung wirksam zu schützen. Für rund drei Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist nämlich nur Schutzraum vorhanden."

Bremen hätte, so Töpfer, in der Zahl der hergerichteten Schutzräume sogar die Spitzenpositionen. Rund 100000 Schutzplätze in Bremen und Bremerhaven bedeuteten, daß zumindest 20 Prozent der Bevölkerung des kleinsten Bundeslandes Schutz finden würden. Der SPD-Politiker weiter wörtlich: „Jeder von uns weiß, daß ist viel zu wenig, aber auch bei einem teuren und technisch perfekten Zivilschutz würde in einem konventionellen Krieg oder begrenzten Atomkrieg mehr zerstört, als politisch verteidigt werden kann. Deshalb müssen wir uns alle in unserer Politik für existentielle Fragen der Verhinderung kriegerischer und atomarer Katastrophen einsetzen."

Schutzvorkehrungen – aber anders als bisher

Der Abgeordnete Axel Adamietz (BGL) vertrat die Auffassung: „Das erste Stichwort ist die Frage: Gibt es im Fall einer atomaren Katastrophe überhaupt Schutz? Hat es überhaupt einen Sinn, Schutzvorkehrungen zu treffen? Da will ich ganz deutlich sagen, daß wir nicht meinen, daß der Mensch in einer Situation, in der er sich selbst versucht, den Garaus zu machen, nur die Hände in den Schoß legen sollte. Wir meinen, daß in keiner Phase der menschlichen Entwicklung der Überlebenswille der Menschen aufgegeben werden sollte. Wir sind auch nicht der Meinung, daß eine atomare Auseinandersetzung das Ende allen Lebens bedeuten wird. Es kann auch Zwischenformen dieser Katastrophe geben. Es werden also Menschen überleben. Wir müssen also Schutzräume schaffen, Schutzvorkehrungen treffen und Katastrophenschutzpläne aufstellen. Doch anders als das bisher getan wird."

Die Verpflichtung des Staates

Der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Egon Kauffmann: „Ich muß die Debatte heute noch einmal am Grundgesetz aufhängen. Es wird immer wieder vergessen, daß unser Grundgesetz im Artikel 2, Absatz 2, klar und deutlich ausdrückt, daß der Staat die Verpflichtung hat, das Leben und die Gesundheit seiner Bürger zu schützen. Dann verstehe ich gar nicht, daß irgend jemand Zweifel haben könnte, daß dieser Auftrag nicht auszuführen ist. Er ist auszuführen."

Egon Kauffmann wies ferner darauf hin: „Ich darf daran erinnern, daß wir bei den Veranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz schon vor langen Jahren gefragt wurden: Was tut ihr Politiker? Wir müssen etwas tun." Eines sei noch gar nicht angesprochen worden, meinte der CDU-Politiker, da würden die Schweiz und Schweden erwähnt. Aber: „Erwähnen Sie einmal die DDR, erwähnen Sie einmal die Sowjetunion. Die haben Zivilschutz, die

garantieren ihren Bürgern einen hohen Grad an Sicherheit, wenn es zu einer Konfrontation kommt."

„Da es den totalen Schutz nicht geben kann", fuhr Kaufmann fort, „das sehen auch alle ein, muß man das machen, was man für vernünftig hält. Man hat also ein Konzept dafür entwickelt. Zu Beginn habe ich gesagt, daß ich zu der Generation gehöre, die noch erlebt hat, welchen Schutz ein Kellerraum bieten kann. Wer am eigenen Leib einiges erfahren hat, der spottet nicht über Aktentaschen, der spottet auch nicht über Alufolien, sondern das sind ganz bestimmte Überlebenschancen, die man bekommen hat. Wer mehr über den Zivilschutz wissen will, muß sich entsprechende Publikationen ansehen, die der Bundesverband für den Selbstschutz herausgibt, muß einmal überregionale Zeitungen und Fachzeitschriften lesen, muß sich einmal den Film ‚War Game‘ ansehen, und wenn er das alles getan hat, wird er ganz sicherlich zu der Überzeugung kommen, diese Debatte war nicht nutzlos."

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Lübeck**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – 1. 2. 1983 –
2. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Ravensburg**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – 1. 2. 1983 –
3. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Düsseldorf**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – 1. 4. 1983 –
4. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Viersen**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – 1. 4. 1983 –
5. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Rottweil**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – 1. 4. 1983 –
6. **Fachbearbeiter-/in bei der BVS-Dienststelle Karlsruhe**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – 1. 12. 1982 –
7. **Fachbearbeiter-/in bei der BVS-Dienststelle Münster**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – 1. 4. 1983 –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum **25. Oktober 1982** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 1

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

Selbstschutz in Praxis und Theorie

BVS-Bundesschule begeht 30jähriges Bestehen

Das heutige Lehr- und Informationsangebot – Fortsetzung aus Heft 5/82

Das Veranstaltungsangebot der BVS-Bundesschule orientiert sich an der besonderen Aufgabenstellung des BVS auf der Grundlage des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. August 1968. Die Veranstaltungsplanung bildet deshalb zwei Schwerpunkte:

- Ausbildung und
- Öffentlichkeitsarbeit.

Ausbildung

Vom Grundsatz her werden die Mitarbeiter entsprechend ihrer späteren Funktion fachspezifisch ausgebildet, wobei die meisten Mitarbeiter zunächst ganz bestimmte fachliche Voraussetzungen erfüllen müssen, bevor sie zu den entsprechenden Fachlehrgängen der Bundesschule zugelassen werden. Nach der Dienstvorschrift Nr. 1 – Ausbildung von Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz – ist die Reihenfolge der Lehrgänge in Ausbildungsabschnitten festgelegt. Dabei wird auf verschiedenen Ebenen die Ausbildung durchgeführt, und zwar

- Selbstschutz-Ausbildung durch BVS-Dienststellen
- BVS-Fachausbildung durch BVS-Schulen.

Besondere Priorität erhält die Ausbildung der Fachlehrer, wobei eine Unterscheidung in der zukünftigen Aufgabenstellung der Mitarbeiter vorgenommen wird. Für jeden spezifischen Fachbereich, wie z. B. Brandschutz oder Bergungs- und Sanitätsdienst, wird zunächst der Grundstock durch die Teilnahme am entsprechenden Grundlagenlehrgang an einer der BVS-Schulen gelegt. Dieser schafft die Grundlage für die Teilnahme am Aufbau- und Abschlußlehrgang der Bundesschule.

Die Qualifikation zur selbständigen Durchführung von Lehrgängen erlangt derjenige Auszubildende, der mit Erfolg durch Überprüfung seines Wissens den Befähigungsnachweis erbracht hat. In stufenartiger Ausbildung werden somit an der Bundesschule

- „Fachlehrer für Brandschutz“
 - „Fachlehrer für Bergungs- und Sanitätsdienst“
 - „Fachlehrer für ABC-Schutz“
- ausgebildet.

Für die Zielgruppe der Dienststellenleiter, Beauftragte, Fach- und Sachbearbeiter der Dienststellen werden darüber hinaus Fachlehrgänge durchgeführt, wo-

bei überwiegend theoretisches Wissen vermittelt wird. Der Teilnehmer soll im Rahmen dieser Ausbildung auf die selbständige Erledigung fachlicher und sachlicher Dienstgeschäfte vorbereitet werden.

In ähnlicher Weise ist die Ausbildung für die Zielgruppe der

- „Fachbearbeiterin für Frauenarbeit“
 - „Fachbearbeiter Schutzraumbau“ und
 - „Schutzbauberater“
- konzipiert.

Neben der eigentlichen Fachausbildung finden an der Bundesschule Fortbildungslehrgänge für Fachlehrer und Beauftragte statt mit dem Ziel, in gewissen Zeitabständen das erlernte Wissen zu festigen und in fachlicher Hinsicht zu aktualisieren.

Öffentlichkeitsarbeit

In enger Anlehnung an die Schulung von Kräften für den Bereich der Ausbildung wird die Einweisung in die Methoden der Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen. Neben der Vermittlung von Fachwissen erlernen die Mitarbeiter die methodische und didaktische Vorbereitung von Vorträgen und führen Vortrags- und Diskussionsübungen durch. Gleichfalls schließt diese Rednerausbildung mit dem Erlangen des Befähigungsnachweises ab.

Für die Mitarbeiter wird ab 1983 eine neue Grundkonzeption der Öffentlichkeitsarbeit probeweise anlaufen.

In unregelmäßigen Abständen finden für die beiden Bereiche Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere aufgrund aktueller Anlässe wie Erprobungen, Einführungen von neuen Ausbildungskonzeptionen und dergleichen statt.

Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der Bundesschule, Informationstagen für besonders festgelegte Personengruppen durchzuführen. Durch ein besonders qualifiziertes Informationsangebot soll der Teilnehmerkreis die Überzeugung gewinnen, daß die militärische Verteidigung ohne einen wirksamen Ausbau der zivilen Verteidigung – insbesondere des Zivilschutzes und des Selbstschutzes – ihre Aufgaben nicht erfüllen kann.

Die jährliche Gesamtplanung der Bundesschule ist so ausgerichtet, daß über 110 Veranstaltungen durchgeführt werden, an denen ca. 1500 Personen teilnehmen.



Zur fachspezifischen Ausbildung – hier im Bergungsdienst – an der BVS-Bundesschule gehört auch der praktische Umgang mit dem Bergungs-Mehrzweckgerät für Säge-, Trenn- und Bohrarbeiten.

Berichte aus Hamburg

Hamburg-Nord. Die Wandsbeker „bunte welle“ ist bekannt für ein besonders abwechslungsreiches Programm mit Spiel, Sport, Spaß und viel Information.

Es gehört auch zur Tradition, daß sich Vereinigungen und Organisationen aus dem Bezirk Hamburg-Wandsbek darstellen. Am Sonnabend, dem 28. August 1982, waren neben vielen anderen Organisationen auch der ASB, die Feuerwehr und der BVS mit seinem Info-Stand vertreten. Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord hatten reichlich zu tun, um den Wünschen der Bevölkerung nach Informationsmaterial zu entsprechen. Für Diskussion und Beratungen standen der ehrenamtliche Helfer K.-H. Schuhmacher und BVS-Dienststellenleiter K. Bochert zur Verfügung.

Zum Abschluß der Veranstaltung sprach der 1. Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, vor ca. 12000 Zuhörern über die derzeitige Situation in Hamburg. Inge-

Auch Hamburgs Innensenator Pawelczyk besuchte den Informationsstand des BVS. Unser Bild zeigt den Innensenator im Gespräch mit BVS-Dienststellenleiter Bochert.



samt haben rund 25000 Personen die vielfältigen und abwechslungsreichen

Aktionen der „bunten welle“ in Wandsbek verfolgt.

Niedersachsen

Quer durch Niedersachsen

Hanstedt. Oberamtsrat Dieter Albers, Samtgemeinde Hanstedt, wurde für seine Verdienste um den Selbstschutz mit der BVS-Ehrendadel ausgezeichnet. In seiner Laudatio betonte BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Schaper, Lüneburg, die beträchtlichen Fortschritte, die in der Samtgemeinde im Selbstschutz erreicht wurden, seien im besonderen Maße dem persönlichen Engagement Albers zu verdanken. Hanstedt ist bisher die einzige Gemeinde im Landkreis Harburg, die ihre Selbstschutzberater vollzählig bestellt und ausgebildet hat.

Meppen. Die BVS-Dienststelle Osna-brück hatte die Ausstellung „Schutz und Wehr“ im Rathaus der Stadt Meppen aufgebaut. Obwohl die Bilderschau insbesondere für die Delegiertentagung des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen gedacht war, konnten sich die BVS-Mitarbeiter an den übrigen Tagen über Mangel an Interessenten nicht beklagen.

Die Stadt Meppen hatte zusätzlich die Oberstufen der Gymnasien sowie Real-

und berufsbildenden Schulen eingeladen. Viele Schülergruppen besuchten die Ausstellung und informierten sich über den Selbstschutz.

Barsinghausen. Im Rahmen der „Deisterschau Barsinghausen '82“ führte die BVS-Dienststelle Hannover einen Sicherheitswettbewerb durch. Es beteiligten sich die Freiwillige Feuerwehr, der

ASB, die JUH, das DRK und die Polizei Barsinghausen.

Mit gutem Beispiel für die Bürger seiner Stadt ging Stadtdirektor Künnmann als erster an den Start und erreichte die höchste Punktzahl in der Gesamtbewertung. Nach Abschluß des Wettbewerbs überreichte Künnmann, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, den Siegern die Ehrenpreise.

Stadtdirektor Künnmann (Bildmitte) überreicht der 1. Siegerin des Sicherheitswettbewerbs einen Ehren-teller.



Wilhelmshaven. Die Stadt Wilhelmshaven veranstaltete in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle eine Selbstschutzwoche. In zahlreichen Veranstaltungen wurde die Bevölkerung auf die Problematik des Selbstschutzes hingewiesen. Zur Eröffnungsveranstaltung, die im Stadtstudio stattfand, konnte Oberstadtdirektor Dr. Eickmeier, zugleich Schirmherr, zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung begrüßen. „Es war immer schon lebensgefährlich zu leben, und Unglücke und Katastrophen haben die Menschen zu allen Zeiten bedroht“, betonte Dr. Eickmeier in seiner Ansprache. „Doch schon immer hat es Menschen gegeben, die versucht haben, durch Hilfeleistung das Ausmaß einer Katastrophe so gering wie möglich zu halten“, führte er weiter aus.

Diese Worte spiegelten den Gesamteindruck der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ wider, die gleichzeitig eröffnet wurde. Im Rahmen der Selbstschutzwoche bildete die Bilderschau ein ständiges Diskussionsforum. Zahlreiche Schülergruppen, die in den Vormittagsstunden die Ausstellung besuchten, nahmen die Thematik zum Anlaß, sich mit dem Zivilschutz kritisch auseinanderzusetzen.

Die Nachmittage standen ganz im Zeichen der Informationsstände mit praktischen Vorführungen aus dem Bereich des Selbstschutz-Grundlehrgangs. Auch hier hat sich wieder gezeigt, daß die Bürger durchaus bereit sind, sich über den Selbstschutz zu informieren.

Unter dem Motto „Tag der Sirensignale“ wurden an einem Vormittag im Stadtgebiet und in den angrenzenden Gemeinden die Sirenen ausgelöst. Gleichzeitig waren auf allen Wochenmärkten Informationsstände aufgebaut, an denen BVS-Mitarbeiter und Bedienstete der Stadt entsprechende Informationen gaben.

In den Abendstunden wurden Informationsvorträge gehalten. Besonderen Anklang fand ein Vortrag vor Amtsleitern. In der sehr lebhaft geführten Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Aufbau eines wirksamen Behördenselbstschutzes unbedingt erforderlich sei.

Höhepunkt und Abschluß der Veranstaltungswoche war ein „Tag der Katastrophenschutz-Organisationen“ mit einer Fahrzeug- und Geräteschau. Im Rahmen dieser Wochenendveranstaltung wurden zwei Sicherheitswettbewerbe durchgeführt, an denen trotz des regnerischen Wetters viele Personen teilnahmen.

Bassum. In Zusammenarbeit mit der Stadt Bassum, dem Warnamt II und der BVS-Dienststelle Nienburg wurde ein „Tag der offenen Tür“ im Warnamt II durchgeführt, an dem sich auch DRK,

DLRG, Feuerwehr, THW und Polizei mit einer Fahrzeug- und Geräteschau beteiligten. Der BVS führte einen Sicherheitswettbewerb durch und hatte einen Informationsstand aufgebaut.

Auch für die kleinen Besucher war gesorgt. Während die Eltern sich den verschiedenen Programmteilen zuwendeten, wurden die Jüngsten in die Obhut der Bassumer Pfadfinder gegeben und durch Spiele unterhalten.

Beim BVS-Sicherheitswettbewerb stellten rund 40 Besucher ihr Können und Wissen unter Beweis. Stv. Stadtdirektor Hein nahm zum Ausklang der Veranstaltung die Siegerehrung vor. Die zehn Besten des Wettbewerbs erhielten wertvolle Ehren- und Sachpreise.

Garbsen. Als Abschluß einer Selbstschutzwoche fand am 12. Juni 1982 in Garbsen ein Sicherheitswettbewerb statt, an dem sich auch das Deutsche Rote Kreuz, die Freiwillige Feuerwehr und die Polizei beteiligten. 20 Teilnehmer testeten an neun Stationen ihr Können in der Selbst- und Nächstenhilfe.



Bürgermeister Priebe überreicht der Siegerin Iris Nord den BVS-Ehrenteller und einen wertvollen Sachpreis der Stadt Garbsen.

Die Stadt Garbsen stiftete zu den drei Ehrenpreisen des BVS noch zusätzlich für jeden Teilnehmer einen wertvollen Sachpreis. In einer kleinen Abschlußveranstaltung überreichte Bürgermeister Priebe als Schirmherr den Teilnehmern die Präsente.

Hildesheim. Die BVS-Dienststelle Hildesheim führte in verschiedenen Gemeinden und Städten 15 Straßenaktionen, zum Teil mit praktischen Demonstrationen, durch. Ziel dieser Maßnahmen war es, der Bevölkerung den Selbstschutzgedanken nahezubringen und die Bürger zu eigenen Vorsorgemaßnahmen zu veranlassen.

Fintel. Die Samtgemeinde Fintel veranstaltete in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Cuxhaven, der Polizei, der Freiwilligen Feuerwehr, dem DRK, dem

THW und der DLRG in der Woche vom 13. bis 19. Juni 1982 eine Selbstschutzwoche. Zur Samtgemeinde gehören fünf Einzelgemeinden mit überwiegend landwirtschaftlicher Prägung. Als Informationsmittelpunkt wurde die BVS-Ausstellung „Zivilschutz“ im zentral gelegenen Rathaus in Lauenbrück aufgebaut. Ergänzt wurde die Bilderschau durch Informationsstände an markanten Punkten innerhalb der fünf Mitgliedsgemeinden.

Am Sonntag, dem 13. Juni, eröffnete Landrat Hans-Cord Graf von Bothmer im Lauenbrücker Rathaus die Selbstschutzwoche. Der Landrat hoffte, daß die Veranstaltung auch andere Gemeinden anregen werde, eine Selbstschutzwoche im eigenen Bereich durchzuführen. Samtgemeindedirektor Engel kennzeichnete den Selbstschutz als Selbst- und Nächstenhilfe der Bevölkerung neben den behördlichen Vorsorgemaßnahmen. Auf diese Selbsthilfe kann unter keinen Umständen verzichtet werden. Die gesetzliche Aufgabe der Gemeinde, die Bevölkerung über die im Falle einer Katastrophe oder im Verteidigungsfall erforderlichen Maßnahmen zu informieren, auszubilden und zu materieller Vorsorge anzuhalten, sei von einer kleinen Gemeindeverwaltung allein nicht zu bewältigen. Daher sei die Mitwirkung zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter unerlässlich. Diese gelte es jetzt zu gewinnen. BVS-Dienststellenleiter Horst Hauser führte u. a. aus, der BVS wolle durch Information und praktische Ausbildung dazu beitragen, das Helfen zu lernen.

Ein wichtiger Programmpunkt in dieser Woche waren auch die Besuche der BVS-Mitarbeiter in den Schulen. Sie informierten die Schüler der Abschlußklassen der Hauptschulen Fintel und Lauenbrück über die Notwendigkeit des Selbstschutzes. Daneben führte BVS-Dienststellenleiter Hauser ein Informationsseminar für alle Ratsherren der fünf Mitgliedsgemeinden durch.

Höhepunkt der Veranstaltungswoche aber war ein Sicherheitswettbewerb am Sonntag, zu dem die Bevölkerung eingeladen worden war. Hier wurde dem Bürger Gelegenheit gegeben, sein Wissen auf dem Gebiete der Selbst- und Nächstenhilfe zu testen.

Nienburg. Die BVS-Dienststelle Nienburg führte in der Ferienzeit 33 Straßenaktionen in den Landkreisen Diepholz, Nienburg und Schaumburg durch. Die Informationsstände waren u. a. in Fußgängerzonen aufgebaut. Die Vorführung des Films „Schutzbündnis“ sowie praktische Demonstrationen aus dem Bereich der Selbst- und Nächstenhilfe zogen immer wieder Besucher an, die sich besonders für das Ausbildungsprogramm des BVS interessierten.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Beckum. Die Stadt Beckum führte in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Münster eine Selbstschutzwoche durch, die mit einem Sicherheitswettbewerb für Fußgänger abschloß. Für diesen Wettbewerb stiftete ein Reisebüro als 1. Preis eine 14tägige Flugreise nach Mallorca, die ein 19jähriger Gymnasiast gewann. Es folgten weitere wertvolle Preise, wie ein Rundflug über das Münsterland, Einkaufsgutscheine sowie Haushaltsgeräte, Feuerlöscher und vieles andere mehr.

Bei der Abschlußveranstaltung mit Siegerehrung, die die Schirmherren, Bürgermeister Schnell und Stadtdirektor Bückmann, vornahmen, wurde die gute Zusammenarbeit zwischen der BVS-Dienststelle Münster, der Stadtverwaltung Beckum sowie den beteiligten Organisationen und Verwaltungsstellen bei der Durchführung der Selbstschutzwoche besonders hervorgehoben.

Als Zeichen des Dankes überreichte Bürgermeister Schnell, stellvertretend für alle Mitarbeiter, dem Leiter der BVS-Dienststelle Münster ein großformatiges Bild der Stadt.

Düsseldorf. In enger Zusammenarbeit mit dem Zivilschutzamt der Stadt und der BVS-Dienststelle Düsseldorf wurden die Mitglieder des „Truckerclubs“ – ein Zusammenschluß von Fernfahrern – zur Teilnahme an Selbstschutz-Grundlehrgängen gewonnen. An einem ersten Lehrgang beteiligten sich 18 Fernfahrer. Sie sprachen sich abschließend für eine Wissensvertiefung in weiterführenden Selbstschutzlehrgängen aus.

Wuppertal. In einem Faltblatt, das in einer Auflage von 60000 Stück in Schulen, Firmen, Vereinen, Verbänden sowie städtischen Verwaltungsstellen und Informationszentralen vom Amt für Zivilschutz verteilt wurde, fordern Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor in einem Vorwort die Bevölkerung auf, sich über Selbstschutzfragen vom BVS informieren zu lassen. Sie weisen darauf hin, daß die von offiziellen Stellen und privaten Institutionen getroffenen Vorsorgemaßnahmen im Falle einer Katastrophe nicht ausreichen. Jeder einzelne sei zur Selbst- und Mithilfe aufgerufen.

Neben einer Information über die Mitarbeit im Katastrophenschutz der Stadt

gibt das Amt für Zivilschutz auch einige Verhaltensregeln bei Katastrophen und größeren Unglücksfällen, verweist auf Telefonnummern, die in kritischen Situationen wichtig sein könnten, und führt die Sirensignale auf. Auch Möglichkeiten der privaten Vorsorge, wie sie der BVS jedem Bürger empfiehlt, werden aufgezeigt.

Ohne großen Aufwand und mit geringen Kosten ist hier dem Wuppertaler Bürger eine kurze und doch sehr aussagekräftige Schrift übergeben worden. Anfragen beim Amt für Zivilschutz und der BVS-Dienststelle sowie vermehrte Teilnehmerzahlen in den Selbstschutz-Grundlehrgängen zeigen das Interesse der Bevölkerung am Selbstschutz.

Delbrück/Salzkotten. „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“, unter diesem Motto standen Ausstellungen in den Sparkassen von Delbrück und Salzkotten. In beiden Städten übernahmen die Bürgermeister die Schirmherrschaft.

Sowohl Bürgermeister Stefan Knies (Delbrück) als auch Bürgermeister Franz Cramer (Salzkotten) begrüßten in ihren Ansprachen die Bemühungen des BVS, auch mit ungewöhnlichen Aktivitäten auf die Notwendigkeit von Selbstschutzmaßnahmen hinzuweisen und sagten dem BVS ihre Unterstützung zu.

Viersen. Die BVS-Dienststelle Viersen zeigte im 1. Halbjahr 1982 siebenmal die Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ in Schalterhallen von Banken und Sparkassen. Rund 18550 Bürger informierten sich über den Zivilschutz in der Bundesrepublik. Fragen zum privaten Schutzraumbau und zur Lebensmittelbevorratung hatten Vorrang bei den meisten Besuchern.

Recklinghausen. Die Freizeitgemeinschaft „Hohe Mark“ wurde bei ihrem vierten „Treffpunkt Oer '82“ mit einem Informationsstand der BVS-Dienststelle Recklinghausen unterstützt. Besonderes Interesse fand die Computerberatung über einen 14tägigen Lebensmittelvorrat. Das Ablöschen brennender Bekleidung mit Hilfe einer Decke und die Bekämpfung eines Ölbrandes lockten immer wieder Zuschauer an.

Gladbeck/Marl. Die BVS-Dienststelle Recklinghausen führte in den Finanzämtern der Städte Gladbeck und Marl

Fachlehrgänge für den Sanitätsdienst im Behördenselbstschutz durch. Die Angestellten und Beamten beschäftigten sich drei Tage lang nicht mit Steuerbescheiden und Formularen, sondern vertieften ihre Kenntnisse und Fertigkeiten in der Soforthilfe. Die Anwendung des Materials und das Zusammenwirken von Trupp und Staffel standen auf dem Programm. Dabei ging es in erster Linie darum, die Bediensteten so auszubilden, daß sie im Unglücksfall sofort helfen können bis organisierte Hilfe eintrifft.

Wuppertal. Dr. Penner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, stattete am 26. Juli 1982 der BVS-Dienststelle seiner Heimatstadt Wuppertal einen Besuch ab. Obwohl ihm durch seine Tätigkeit im Innenausschuß des Deutschen Bundestages die Thematik Zivile Verteidigung sowie Zivilschutz vertraut ist, wollte Dr. Penner die Arbeit des BVS auf Dienststellenebene kennenlernen.



Auch die Fahrzeuge des BVS wurden besichtigt (von links): BVS-Dienststellenleiter Ehrlich, Staatssekretär Dr. W. Penner, BVS-Fachbearbeiter Thierbach und BVS-Landesstellenleiter Eykmann.

Neben angeregten Gesprächen mit Mitarbeitern der Dienststelle sowie BVS-Landesstellenleiter Eykmann ließ sich der Staatssekretär auch die Fahrzeuge der Dienststelle sowie Ausbildungs- und Lehrgerät vorführen. Er zeigte sich beeindruckt, daß trotz den in der Aufgabenstellung des Verbandes begründeten Schwierigkeiten die Ausbildungs- sowie Öffentlichkeitsarbeit der Dienststelle mit ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern recht erfolgreich durchgeführt wird. Es verwunderte ihn zu hören, daß im Gegensatz zur Zeit vor 10 bis 15 Jahren heute vor allem die Jugend die Selbstschutzfrage nüchtern und realistisch sieht.

Ibbenbüren. In enger Zusammenarbeit mit der Stadt Ibbenbüren hatte die BVS-Dienststelle Coesfeld anlässlich eines Stadtfestes vier Selbstschutztage und



Viele Gäste fanden sich zur Eröffnung der BVS-Ausstellung ein.

einen Sicherheitswettbewerb durchgeführt, an denen sich auch das DRK, die Freiwillige Feuerwehr und das THW beteiligten. Dabei wurde den Bürgern die Notwendigkeit des Selbst- und Katastrophenschutzes aufgezeigt.

Bürgermeister Remke eröffnete im Rathaus die BVS-Ausstellung „Schützen – Retten – Helfen“. Zahlreiche Gäste folgten mit großem Interesse dem Einführungsreferat und diskutierten lebhaft die vom Vertreter des BVS aufgeworfenen Fragen über den Sinn rechtzeitiger Vorsorgemaßnahmen. Den Abschluß der Führung durch die Ausstellung bildete eine praktische Demonstration, an der sich auch Bürgermeister Remke beteiligte.

Insbesondere die während der Selbstschutztage vom BVS eingerichteten Informationsstände, die durch Filmvorführung und Demonstrationen ergänzt wurden, fanden reges Interesse bei den Besuchern des Stadtfestes.

Um den Sicherheitswettbewerb noch attraktiver zu gestalten, stellte die Stadt Ibbenbüren zusätzlich zu den Preisen des BVS Präsente zur Verfügung. Allerdings: Nur wenige Bürger wagten sich auf das Pflaster des Kirchplatzes, um dort ihr Können unter Beweis zu stellen. Von 14 Teilnehmern ging ein 15jähriger als strahlender Sieger mit dem 1. Preis nach Hause.

Wesel. Mitglieder der Zivilverteidigungsausschüsse aus sechs Städten und Gemeinden des BVS-Dienststellenbereichs Wesel nahmen zum ersten Male an einem eintägigen Informationsseminar „Zivilschutz“ in Sonsbeck teil. Der Themenplan reichte von den Rechtsgrundlagen des Zivilschutzes über die Wirkung moderner Waffen bis zum Selbstschutz in der Praxis sowie der Bedeutung des Schutzraumbaus. Alle Themen fanden bei den Ausschußmitgliedern großes Interesse.

Nach Abschluß der Veranstaltung waren Referenten wie Teilnehmer überzeugt, neue Ansprechpartner in Sachen Selbstschutz in den Städten und Gemeinden gefunden zu haben.

Münster. 16 Behördenleiter aus dem Bereich der BVS-Dienststelle Münster



Interessiert verfolgen die Seminarteilnehmer das Ablöschen eines Ölbrandes.

informierten sich in einem Seminar über geeignete Intensivierungsmöglichkeiten des Selbstschutzes in Behörden. Zunächst gab BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann eine Übersicht über die Aufgaben und Ziele des Verbandes und stellte das Informations- und Ausbildungsangebot vor.

Eine lebhafte Diskussion setzte nach dem Referat des Bundestagsabgeordneten Hermann Kroll-Schlüter ein. Dabei wurde deutlich, daß gerade in der Gesetzgebung zum Zivilschutz Ergänzungen notwendig sind und vor allem eine haushaltsmäßig verbesserte Situation herbeigeführt werden muß.

BVS-Mitarbeiter Albert Wohldka legte in seinem Referat „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“ überzeugend dar, daß ein sinnvoller Schutz immer möglich ist, wenn die Vorsorge und Eigenhilfe der Bürger im Selbstschutz in Wohnstätten durch einen funktionierenden Selbstschutz in Behörden ergänzt wird.

Die Notwendigkeit der Förderung des Selbstschutzes in den Städten und Gemeinden und auch die Förderung des Selbstschutzes in Behörden zeigte abschließend BVS-Dienststellenleiter Hermann Klesper am Beispiel der Stadt Münster auf.

In einer Aussprache wurde von den Teilnehmern deutlich hervorgehoben, daß diese Art der Zivilschutzinformationen eigentlich in allen Behörden zu kurz kommt. Einige Behördenleiter haben inzwischen mit der BVS-Dienststelle die Durchführung von Ausbildungsveranstaltungen für ihre Bediensteten vereinbart.

Beckum. Vom 7. bis 12. Juni 1982 führte die Stadt Beckum mit Unterstützung des BVS eine Selbstschutzwoche durch. Ganz im Zeichen der Frau stand im Rahmen dieser Aktion der 11. Juni. Ziel des Tages war es, möglichst vielen Frauen den Gedanken des Selbstschutzes näherzubringen und sie für eine Mitarbeit zu gewinnen. Der BVS stellte in Veranstaltungen das Selbstschutz-Ausbildungsangebot vor und erläuterte die Themen der weiterführenden Lehrgänge.

Über die „Mitverantwortung und Mitwirkung der Frauen im Selbstschutz“ referierte Anita Lindlar, Leiterin des Fachgebietes „Frauenarbeit“ bei der BVS-Landesstelle NRW.

Arnsberg. Unter der Schirmherrschaft von Landrat Rolf Füllgräbe veranstaltete die BVS-Dienststelle Arnsberg in Zusammenarbeit mit der Polizei, der Feuerwehr, dem DRK, dem MHD, dem THW und der DLRG einen Sicherheitswettbewerb. Zahlreiche Bürger nutzten die Möglichkeit, ihre Kenntnisse in der Soforthilfe zu überprüfen. Die zehn Stationen, von denen drei vom BVS betreut wurden, waren ständig von einer großen Anzahl Zuschauern umringt.

In der Abschlußveranstaltung betonte Landrat Füllgräbe u. a., eventuelle Lücken in der Beherrschung von Hilfsmaßnahmen könnten durch den Besuch von entsprechenden Lehrgängen ausgefüllt werden.

Siegen. Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Siegen ließ sich in ihrer letzten Sitzung durch ein Referat von BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann über „Die wirtschaftliche Bedeutung des Zivilschutzes“ informieren. Um dieses Thema sachkundig diskutieren zu können, waren Bundestagsabgeordneter Paul Breuer, Oberstleutnant Stolzenberg von Verteidigungskommando sowie Dr. Schultze, Chefarzt des Kreiskrankenhauses Siegen, eingeladen worden. Dr. Schultze ist der Initiator des in Fachkreisen bekannten „Siegener Modells“, das die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Katastrophenfällen zum Gegenstand hat.

Das Referat bot genügend Stoff für eine längere Diskussion, die Dr. Schleifenbaum, Präsident der IHK Siegen, folgendermaßen zusammenfaßte: „Zum ausreichenden Schutz der Zivilbevölkerung im Katastrophen- oder Verteidigungsfall sollten Vorkehrungen getroffen werden, die über das derzeitige Niveau weit hinausreichen müssen. In den Aufwendungen für einen verbesserten Schutz der Bevölkerung könnten wesentliche Momente für eine anhaltende Wirtschaftsbelebung liegen; andererseits ist eine Realisierung der Planungen und Vorgaben aufgrund der derzeitigen Situation der öffentlichen Haushalte jedoch nicht möglich.“

Essen. Die Attraktion der Essen-Borbecker Verkehrssicherheitstage und der Selbstschutzwoche in Mülheim war eine Aktion des BVS. Mit allen Hilfsorganisationen im Wechsel wurde an zwei alten Autos das Retten von Menschen realistisch gezeigt. Gut geschminkte Verletz-

tendarsteller sollten von Passanten aus verunglückten Fahrzeugen geborgen werden. Über Megaphon wurden die Zuschauer aufgefordert zu helfen. Nur wenige Bürger waren dazu in der Lage. Das war für die BVS-Mitarbeiter Anlaß, auf das Ausbildungsangebot des Verbandes hinzuweisen.

Dülmen. Die von der BVS-Dienststelle Coesfeld gemeinsam mit der Stadt Dülmen durchgeführte Selbstschutzwoche, die unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Schlieker stand, brachte nach Ansicht aller beteiligten Organisationen den erhofften Erfolg.



Die Vertreter der Ratsfraktionen zeigten sich besonders an der Errechnung eines Lebensmittelvorrats interessiert.

Dülmens Bürgerschaft zeigte sich an der Selbstdarstellung des BVS und der Hilfsorganisation sehr interessiert. Die während der Selbstschutzwoche in verschiedenen öffentlichen Gebäuden eingerichteten vier Ausstellungen des BVS wurden gut besucht. Viele Bürger beteiligten sich auch aktiv an den praktischen Übungen. Den Abschluß der Veranstaltungswoche bildete ein Sicherheitswettbewerb.

Mönchengladbach. Die Stadt Mönchengladbach und die BVS-Dienststelle wollen gemeinsam eine Informationsaktion starten. Ein Schritt dazu ist die Verteilung von 10000 Broschüren des BVS über Vorsorge und Eigenhilfe der Bürger in einem Notfall. Ein Großteil dieser Schriften wird über die Klassen 10 bis 13 der Schulen in die Familien gebracht. Außerdem sollen in allen Stadtteilen BVS-Informationsstände aufgestellt werden.

Darüber hinaus soll auch die Ausbildung von Mitarbeitern der Stadtverwaltung vorangetrieben werden. Für einen Bereich von jeweils rund 5000 Einwohner der Stadt soll schließlich ein Selbstschutzberater bestellt werden.

Dortmund. Willi Lindemann wurde nach 17jähriger BVS-Tätigkeit durch Dienststellenleiter Erhard Stammberger in den Ruhestand verabschiedet. 1965 kam Lindemann zunächst als hauptamtlicher

Gerätewart und Hilfsausbilder zur damaligen BLSV-Kreisstelle Aachen, wurde dann BVS-Ausbilder und 1975 Leiter der Fahrbahnen Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Dortmund.

Herford. In einer von der Katastrophenabwehrleitung des Kreises Herford veranstalteten Informationstagung, die in der Kreisfeuerwehrzentrale in Hiddenhausen stattfand, war ein Referat über die Einbeziehung der Beratungsstellen des Selbstschutzes in den friedensmäßigen Katastrophenschutz ein wichtiges Thema. BVS-Dienststellenleiter Günther Homburg legte den derzeitigen Stand auf diesem Sektor in den Gemeinden des Kreises Herford dar und schilderte die Bemühungen des BVS, im Zusammenwirken mit den Gemeinden diesem Komplex mehr Gestalt zu geben.

Oberkreisdirektor Dr. Ragati führte aus, die Erfüllung der Aufgaben im Selbstschutz sei ein wichtiger Beitrag der Gemeinden zur Selbsthilfe der Bevölkerung; die vorhandenen guten Ansätze würden aber das geforderte Ziel noch nicht in allen Gemeinden abdecken. Hier müßte, neben der Bereitschaft der Bevölkerung, sich durch den BVS im Selbstschutz unterrichten zu lassen – was im Kreis Herford mit beachtlichen Zahlen zu belegen sei –, auch der Wille des Bürgers zu einer verantwortungsbewußten und tätigen Mitarbeit stärker geweckt werden. Nur so sei dem Bürger, durch sein eigenes Mitwirken, ein funktionsstarker Selbstschutz anzubieten.

Warendorf. Die BVS-Dienststelle Münster hatte einen Informationsstand und den Filmwagen drei Tage in Warendorf im Einsatz. Eine Tageszeitung berichtete unter der Überschrift „Sicherheit in Tüten“, und es folgte dann ein sachlicher Bericht über die Arbeit des BVS und den Sinn und Zweck des Selbstschutzes. Auch die Notwendigkeit der Vorsorge und Eigenhilfe der Bürger im Alltag und Katastrophenfall wurde dargestellt.

Daß es dann tatsächlich bald zu einer Katastrophe gekommen wäre, stand am nächsten Tag unter der Schlagzeile: „Fast-Katastrophe über Emsseegebiet – Düsenjäger kollidierten im Luftraum“ in der Zeitung. Hier lagen theoretische Gefahrendarstellung und Wirklichkeit eng beieinander.

„Noch einmal gutgegangen“, war der Kommentar vieler Bürger, die sich möglicherweise überlegen werden, ob sie nicht doch an einer Selbstschutzausbildung teilnehmen sollen.

Düren. Die Selbstschutz-Einheiten des Fernmeldeamtes Düren übten auf dem Truppenübungsplatz Vogelsang. Die Einsatzkräfte fanden Unterstützung beim Roten Kreuz, dessen Spezialisten die „Verletzten“ schminkten, bei dem belgischen Kommandanten des Truppenübungsplatzes, der unbürokratisch einen Termin möglich machte und einen Tankwagen bereitstellte, sowie beim Leiter der BVS-Dienststelle Düren, Edgar Jansen, der die Kontakte knüpfte und schließlich die Übung in den Mittelpunkt einer Veranstaltung stellte. Zahlreiche Amts- und Mandatsträger aus den Kreisen Düren und Euskirchen waren kritische Beobachter der Übung.

Gelsenkirchen. 35 Auszubildende einer namhaften Firma nahmen nach Abschluß ihrer Lehrzeit an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teil. Zusätzlich führte die BVS-Dienststelle Gelsenkirchen zwei Fachlehrgänge „Brandschutz“ durch, wobei besonderer Wert auf die Handhabung von Feuerlöschern gelegt wurde.



„Der Selbstschutz ist heute notwendiger denn je und sollte nicht zwischen normalen Zeiten und Verteidigungsfall unterschieden werden“, stellte Stadtdirektor Heinrich Jochum, Mülheim/Ruhr, bei der Eröffnung der Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Schützen, Retten, Helfen“ im City-Center fest (von links): Stadtdirektor Heinrich Jochum, Werbeleiter City-Center Rüdiger Jochum, Bezirksvertreter Klaus Hartnacke, Abteilungsleiter „Zivil- und Katastrophenschutz“ Karl Koenen, Selbstschutz-Sachbearbeiter Rudolf Budde, Autor Siegfried Wachsmann und BVS-Dienststellenleiter Friedrich Schillo.



Im Rittersaal des Schlosses Broich wurde die Selbstschutzwoche Mülheim/Ruhr eröffnet (von links): BVS-Dienststellenleiter Schillo, Bürgermeister Weber und BVS-Landesstellenleiter Eykmann.

Hessenspiegel

Wiesbaden. Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, Wilfried Köbler, überreichte BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube das vom Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes verliehene Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber.

In seiner Laudatio stellte Köbler die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen dem Landesfeuerwehrverband, den örtlichen Wehren und der BVS-Landesstelle



Wilfried Köbler, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes, gratuliert BVS-Landesstellenleiter Straube zu der hohen Auszeichnung.

heraus und betonte, Straube habe sich bereits während seiner Tätigkeit als BVS-Dienststellenleiter in Darmstadt über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg stets für eine unbürokratische und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Wehren eingesetzt. Diese Zusammenarbeit werde heute landesweit praktiziert. Die gegenseitige Unterstützung, insbesondere bei der Durchführung örtlicher Veranstaltungen, sowie die Zusammenarbeit in der Ausbildung habe, so Köbler, die Verbundenheit verstärkt und eine fruchtbare Arbeit ermöglicht.

Korbach. In Anwesenheit von Landrat Dr. Reccius und Mitarbeitern der Kreisverwaltung des Kreises Waldeck-Frankenberg überreichte BVS-Landesstellenleiter Straube im Landratsamt Korbach Oberamtsrat Marowsky die BVS-Ehrennadel.

Marowsky, Leiter des Amtes für Zivilschutz, unterstützt den BVS seit 1963 in

vorbildlicher Weise. Er hat nicht nur den Aufbau des Behördenselbstschutzes im Landratsamt und die Intensivierung des Selbstschutzes in Korbach maßgeblich gefördert, sondern auch dafür Sorge getragen, daß in allen Gemeinden des Kreises Selbstschutz-Sachbearbeiter und Selbstschutz-Berater bestellt und ausgebildet wurden. Straube betonte, Marowsky würde bei der Wahrnehmung seiner dienstlichen Aufgaben stets von einem sehr persönlichen Engagement getragen.



BVS-Landesstellenleiter Straube, Oberamtsrat Marowsky, Landrat Dr. Reccius, BVS-Dienststellenleiter Weiss (von links).

Landrat Dr. Reccius hob hervor, mit der Ehrung seines Mitarbeiters habe der gesamte Kreis eine Ehrung erfahren. Aus seiner Sicht sei es unverantwortlich, daß der Zivil- und Selbstschutz im politischen Raum heute noch nicht die erforderliche Wertung erhalte. Wir, so Dr. Reccius, die wir Verantwortung tragen, müssen dem Bürger gegenüber immer wieder deutlich machen, wie wichtig Schutz- und Vorsorgemaßnahmen sind.

Marowsky bedankte sich für die Ehrung und stellte heraus, er habe von seinen Vorgesetzten für seine Tätigkeit immer eine großzügige Unterstützung erfahren.

Wiesbaden. BVS-Landesstellenleiter Straube überreichte Hannelore Donecker für 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst eine Dankurkunde. Frau Donecker begann 1965 im damaligen BLSV als Hilfssachbearbeiterin in der Öffentlichkeitsarbeit und wechselte später in den Bereich der Verwaltung über. Straube und die Mitarbeiter der Landesstelle dankten Hannelore Donecker für die stets gute Zusammenarbeit.

Wiesbaden. BVS-Fachgebietsleiter Ulrich Helmholz wurde in den Ruhestand

verabschiedet. Seine hauptamtliche Tätigkeit im BLSV/BVS begann Helmholz 1960 als Leiter der Fahrbaren Schule der Landesstelle Rheinland/Pfalz. Im Jahre 1963 wurde ihm dann die Leitung des damaligen Hauptsachgebiets „Ausbildung“ im Saarland übertragen. Von 1964 bis 1968 war er als Bezirksstellenleiter in Rheinland-Pfalz, anschließend bis 1973 in der Bundeshauptstelle des Verbandes in Köln tätig.

Im April 1973 wurde Helmholz als Bereichsbeauftragter nach Darmstadt ver-



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Straube (rechts) nimmt Ulrich Helmholz die Dankurkunde entgegen.

setzt. Von 1975 bis zum Tage des Ausscheidens aus dem Berufsleben leitete er das Fachgebiet „Öffentlichkeitsarbeit“ der BVS-Landesstelle Hessen. Landesstellenleiter Straube dankte Helmholz für die vielen Jahre der freundschaftlichen Zusammenarbeit.

In einer kleinen Feier verabschiedeten sich die Kollegen der Landesstelle und wünschten dem Scheidenden viele schöne Jahre als „Ruheständler“.

Frankfurt. Nach zehnjähriger Tätigkeit im BVS wurde Lydia Wiesberg von Landesstellenleiter Straube verabschiedet. Frau Wiesberg war zunächst bei der BVS-Dienststelle Offenbach als Bürohilfskraft beschäftigt und wurde später zur Dienststelle Frankfurt versetzt.

Ebenfalls in den Ruhestand verabschiedet wurde Edith Grützbach. Sie war fast fünfzehn Jahre hauptamtlich bei der BVS-Landesstelle als Bürohilfskraft in der Verwaltung und später im Fachgebiet „Ausbildung“ tätig. Aufgrund ihres aufgeschlossenen und freundlichen Wesens war sie bei Vorgesetzten und Kollegen sehr geschätzt. Landesstellenleiter Straube überreichte Edith Grützbach die Dankurkunde und wünschte ihr viele schöne Jahre im Kreise der Familie.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Neustadt a. d. Weinstraße. Im Rahmen des Behördenselbstschutzes besteht bei der Oberfinanzdirektion Koblenz, Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung Neustadt an der Weinstraße, u. a. eine Brandschutzgruppe. Um die Einsatzbereitschaft der Helfer und der Geräte zu prüfen, wurde am 15. Juni 1982 eine Brandschutzübung durchgeführt.



Schnell und fachgerecht wird die Saugleitung zu Wasser gebracht.

Sechs Minuten nach der Alarmierung waren die Einsatzkräfte zur Stelle. Anschließend wurde zum Übungsort in der Nähe eines fließenden Gewässers im Neustadter Ortsteil Lacken-Speyerdorf

abgerückt. Hier brachte der Wasser- und Schlauchtrupp die TS 8/8 in Stellung. Nachdem die Saugleitung zu Wasser gebracht worden war und inzwischen B-Schlauch, Druckbegrenzungsventil, Verteiler und C-Schläuche mit Strahlrohr verlegt waren, konnte der Angriffstruppführer „1. Rohr – Wassermarsch“ anordnen.

Die Übung verlief zur allgemeinen Zufriedenheit sehr gut.

Speyer. Die CDU-Ratsfraktion brachte in einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Speyer folgende Anfrage und einen Antrag zur Behandlung in der nächsten Ratssitzung ein:

Bei der Planung der Sporthallen für die Berufsbildenden Schulen ist ein Schutzraum für den Hauptverwaltungsbeamten und seine Zentrale vorgesehen. Dies und die Feststellung des Zivil- und Katastrophenschutzes, daß in der Bundesrepublik drei Prozent der Bevölkerung, in der Schweiz dagegen 90 Prozent der Bevölkerung mit Schutzräumen versorgt ist, veranlaßt uns zu folgender Anfrage:

1. Wie viele private Schutzräume sind in Speyer errichtet, beziehungsweise geplant?
2. Findet eine Beratung für die privaten Bauherren in bezug auf Schutzraumbauten statt?
3. Wird die Stadt – außer bei den oben genannten Sporthallen – auch bei künfti-

gen Neubauten (zum Beispiel Tiefgaragen) Schutzraumbauten einplanen?

Darüber hinaus bitten wir zu prüfen,

1. ob und in welchen öffentlichen Gebäuden und mit welchem Aufwand nachträglich Schutzräume errichtet werden können,
2. in welchen Bereichen des Stadtgebietes von der Bausubstanz her nachträglich keine Schutzräume eingebaut werden können und deshalb gemeinsame Schutzraumbauten notwendig werden.

In der Begründung heißt es: Der Zivil- und Katastrophenschutz bleibt ohne die genannten Schutzraumbauten unvollständig. Wir sehen eine entsprechende Planung als langfristige Aufgabe an, die bei entsprechender Bundesgesetzgebung in die Tat umgesetzt werden kann. Der Bund wird sich auch solchen Überlegungen nicht länger verschließen können. Eine Planung der Stadt würde uns rechtzeitiges Handeln ermöglichen.

Wittlich. Die BVS-Dienststelle Trier führte an einem Samstagvormittag in der Fußgängerzone der Kreisstadt Wittlich eine Straßenaktion, verbunden mit dem Einsatz des Filmwagens, durch. An den Informationsständen konnten sich die Bürger über Fragen des Selbstschutzes informieren. Praktische Vorführungen, z. B. das Bergen eines Verletzten aus einem Pkw; Schocklagerung, Atemkontrolle, Seitenlage und Beatmung, ergänzten die Veranstaltung.

Saarland

Saarland-Rundschau

Schwalbach. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Fleck wurde in der Kreissparkasse in Schwalbach-Griesborn die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ durch 1. Beigeordneten Guido Graf eröffnet. Neben der Ortsvorsteherin von Schwalbach, Frau Pohl, konnte Graf auch Ortsvorsteher Becker, Hülzweiler, die Vorsitzenden der drei im Gemeinderat vertretenen Parteien mit ihren Gemeinde- und Ortsratsmitgliedern, die Leiter der Kreissparkassen-Zweigstellen, Irsch und Mattil, sowie Vertreter aus Behörden, Schulen und Verbänden begrüßen.

Graf bedankte sich besonders bei BVS-Bbeauftragtem Ziegler, der sich unermüdlich für den Selbstschutzgedanken ein-

setzt, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Ausbildungsangebot des BVS in Zukunft verstärkt vom Bürger genutzt werde. BVS-Dienststellenleiter Manstein erinnerte in seinem Referat daran, daß die Menschen bereits in frühester Zeit sich um entsprechenden Schutz vor Katastrophen und Kriege bemüht hätten und stets bestrebt waren, nicht unvorberichtet „in den Tag zu leben“.

Schmelz: Im Rahmen des Modellversuches zur Intensivierung des Selbstschutzes in Schmelz hatte Bürgermeister Steffen die Bewohner des Ortsteiles Dorf zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Trotz des sommerlichen Wetters war eine ansehnliche Zahl interessierter Bürger, an ihrer Spitze Orts-

vorsteher Walter Bauer mit seinen Ortsratsmitgliedern, der Einladung gefolgt.

BVS-Dienststellenleiter Manstein verdeutlichte den Teilnehmern die Notwendigkeit von Vorsorge- und Selbstschutzmaßnahmen der Bevölkerung. Den Abschluß der Veranstaltung bildete eine lebhaft diskutierte Diskussion. Von der Lebensmittelbevorratung bis hin zum Schutzraumbau reichte der Fragenkatalog, der bis in die späten Abendstunden beantwortet wurde.

Saarbrücken. Als Helfervertreter bei der BVS-Landesstelle Saarland wurden am 20. Juli 1982 gewählt: Helfervertreter: Günter Wolter (Saarbrücken); Stellvertreter: Marianne Gregorius (Neunkirchen).

Südwest aktuell

Freiburg. Der Gemeinderat von Ballrechten-Dottingen hat einen „Katastrophenschutz-Ausschuß“ gebildet und mit Planungsaufgaben zur Intensivierung des Selbstschutzes in der Gemeinde beauftragt. Neben der planerischen Arbeit beabsichtigt der Ausschuß die Herausgabe von Merkblättern über das gesamte Spektrum des Selbstschutzes. Unterstützt wird er dabei durch die BVS-Dienststelle Freiburg.

Kerking. Fragen des Selbst- und Katastrophenschutzes sowie der zivilen Verteidigung standen an einem Sonntagvormittag beim traditionellen Frühschoppen der Kerkinger Feuerwehr im Mittelpunkt. Der Selbstschutzbeauftragte im Ostalbkreis, Gerhard Banzhaf, Aalen, referierte zu diesem umfangreichen Komplex. Banzhaf sprach u. a. über die Thematik des Schutzraumbaus, verwies auf den Selbstschutz und gab wertvolle Tips und Anregungen, wie der Selbstschutz zu einem allgemeinen Thema werden könnte.

Freiburg. Um 14.30 Uhr heulten bei der Oberfinanzdirektion Freiburg die Sirenen: Übungsalarm! Eine der vorgeschriebenen Selbstschutz-Übungen wurde durchgeführt. Die Leitung hatte Behördenselbstschutzleiter Dr. Kreuzsch, Beobachter waren Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Freiburg und der Feuerwehr. Die Übung verlief reibungslos, die Gäste konnten sich vom guten Ausbildungsstand der Einsatzkräfte überzeugen.

Eberbach. Der neugestaltete Brunnen am Leopoldplatz in Eberbach und die zugleich als Schutzraum für 2000 Personen eingerichtete Tiefgarage wurden offiziell durch die Stadt übernommen. Dabei war auch die BVS-Dienststelle

Mannheim: An einem Informationsstand berieten BVS-Mitarbeiter die Bürger über Fragen des Zivil- und Selbstschutzes und zeigten die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus auf.

Freiburg. Die Mitglieder des Landtages Günter Schremp (Innenausschuß) und Günter Erlewein (Finanzausschuß) luden Vertreter der Freiburger Katastrophenschutz-Organisationen, der Behörden und des BVS zu einem Informationsgespräch in die Freiburger Gerichtslaube ein.

Ziel der Einladung war es, die Sorgen und Wünsche des Katastrophenschutzes „vor Ort“ zu erfahren. Bürgermeister Kiefer eröffnete das Gespräch, das offen geführt wurde und aufzeigte, daß neben einer finanziellen Verbesserung auch ein aktiver Selbstschutz der Bürger mit freiwilliger Nachbarschaftshilfe nötig ist, um die Situation im Zivil- und Katastrophenschutz zu verbessern.

Freiburg. Im Rahmen einer kleinen Festversammlung würdigte Bürgermeister Sven von Ungern-Sternberg die Teilnehmer des ersten von der CDU-Frauenvereinigung organisierten Selbstschutzlehrgangs und überreichte die Teilnahmebescheinigungen. Er betonte dabei vor allem den „beruhigenden Effekt“ solcher Lehrgänge, da jeder Gefahr leichter begegnet werden könne, wenn man über sie Bescheid wisse und über ein entsprechendes Verhaltensrepertoire verfüge.

Die Vorsitzende des CDU-Frauenkreises, Charlotte Bauer, hob hervor, Selbstschutz sei nicht nur eine familien-spezifische Aufgabe, sondern müsse auch als politisches Bekenntnis gewertet werden. Wer eine militärische Verteidigung bejahe und fordere, der sei den Bundeswehrsoldaten gegenüber auch verpflichtet, alles zum Schutz der Familie mögliche zu tun, wenn die Strategie

der Abschreckung glaubhaft bleiben sollte. Deshalb werden diesem ersten weiteren Lehrgänge und Übungen folgen.

Mannheim. Mit einer Ausstellung und Filmvorführungen beteiligte sich die BVS-Dienststelle Mannheim am Markt des Rhein-Neckar-Raumes. Der Erfolg dieser Aktion zeigte sich in über 1700 Einzelberatungen, davon rund 50 Bauberatungen. Schutzmöglichkeiten in Hoch- und Mehrfamilienhäusern waren Schwerpunkte eines Gesprächs mit Vertretern der Presse.

Nachrufe

Mit großer Anteilnahme nehmen wir Abschied von

Eduard Korger

ehemaliger ehrenamtlicher BVS-Dienststellenleiter in Heidenheim.

Wir trauern um einen guten Kameraden und werden sein Andenken in Ehren halten.

Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Ulm.

Am 29. Mai 1982 verstarb im 67. Lebensjahr überraschend der ehrenamtliche BVS-Helfer

Karl Jehle

Es war durch die Erfahrungen seines arbeitsreichen Lebens, durch seine Kenntnisse, seine Einsatzbereitschaft und seine Zuverlässigkeit ein wertvoller, geschätzter Mitarbeiter.

Durch sein ausgeglichenes Wesen, seinen Humor und seine Hilfsbereitschaft war der Verstorbene uns ein liebenswerter Freund.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Helfer und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Ulm.

Bayern heute

Amberg. Die BVS-Dienststelle Weiden und das Warnamt IX, Ansbach, veranstalteten im Landratsamt Amberg einen Lehrgang für das Warnstellenpersonal der Gemeinden und Betriebe. Vertreten

waren die Gemeinden Schmidmühlen, Freudenberg, die Stadt Sulzbach-Rosenberg, Ursensollen, Vilseck, Hahnbach, Illschwang, Neukirchen, Auerbach, Ensdorf, Kastl, Schnaitenbach, Königstein, Hirschau, die Schweppermann-Kaserné, das Kreiskrankenhaus Sulz-

bach-Rosenberg, die Polizeiinspektion Auerbach und Sulzbach-Rosenberg sowie das Postamt Sulzbach-Rosenberg. Auf die Lehrgangsteilnehmer warteten umfangreiche Themen, die vom Selbstschutz in Behörden und Betrieben über die Wirkung atomarer Waffen und



Die Referenten der Veranstaltung (von links): BVS-Mitarbeiter Weinberger, stv. Warnamtsleiter Frank und BVS-Mitarbeiter Forster.

Schutzmöglichkeiten bis hin zur Bewertung der Durchsage zur Warnlage reichten.

Gerbrunn. Zu ihrem zehnjährigen Bestehen veranstaltete die Reservistenkameradschaft Gerbrunn auf dem Sportplatz eine Informationsschau mit Festbetrieb. Die Bundeswehr, die US-Partnerschaftskompanie und die BVS-Dienststelle Würzburg stellten gemeinsam das Rahmenprogramm. Der Filmwagen des BVS lockte viele Zuschauer an, die auch die Möglichkeiten hatten, das Bergen eines Verletzten aus einem Fahrzeug sowie das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke zu üben.

Würzburg. Nach fast 25jähriger hauptamtlicher Tätigkeit beim BLSV/BVS wurde BVS-Fachbearbeiter Richard Merkle in den Ruhestand verabschiedet. BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker überreichte die Dankurkunde und würdigte die Arbeit Merkles, der 1958 als ehrenamtlicher Sachbearbeiter bei der Dienststelle Würzburg angefangen hatte. 1959 erfolgte seine hauptamtliche Anstellung bei der ehemaligen Landesschule Tutzing. 1961 kam der Scheidende zur Dienststelle Würzburg zurück, wo er zunächst als Geräteverwalter, dann als Ausbildungsleiter und später als Fachbearbeiter tätig war.

Auch Würzburgs Oberbürgermeister Dr. Klaus Zeitler dankte Merkle für seine geleisteten Dienste. Als besondere Anerkennung für seinen Einsatz überreichte er ihm den Abdruck des Stadtsiegels in Bronze und einen wertvollen Bildband.

Kitzingen. Die Werbegemeinschaft „City-aktiv“ der Stadt Kitzingen veranstaltete ihr „3. Maiblütenfest“. Auf besondere Einladung wirkten der BVS, das BRK und THW mit. Neben Bürgerschießen im Rathauskeller, Straßenmodenschau, Flohmarkt, Auto- und Zweiradschau war der BVS mit praktischen Vorführungen und einem Informationsstand vertreten.

Haßfurt. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Handwerker startete die BVS-Dienststelle Würzburg am 12. Juni 1982 einen Sicherheitswettbewerb in

Haßfurt. 2. Bürgermeister Willi von der Saal eröffnete auf dem Marktplatz die Veranstaltung, an der sich BRK, Freiwillige Feuerwehr, Polizei, THW, Verkehrswacht und Wasserwacht beteiligten.

33 Teilnehmer bewiesen an sieben Stationen ihre Kenntnisse in der Selbst- und Nächstenhilfe. Die älteste Teilnehmerin (mit 87 Jahren!) erreichte beachtliche 53 Punkte von 70 möglichen. Im Verlauf der Veranstaltung zeigte das THW das Abseilen eines „Verletzten“ aus dem 2. Stock des Rathauses.

Prominentester Gast war Staatssekretär Albert Meyer, Bayerisches Finanzministerium, der sich an allen Ständen über die Arbeit der Organisationen informierte.

Würzburg. In einer kleinen Feierstunde überreichte BVS-Fachgebietsleiter Edgar Denke Totnan Mahler, BVS-Helfervertreter, eine Urkunde für 25 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit im Verband. Mahler begann seine Tätigkeit als Ausbilder, war dann von 1963 bis 1968 ehrenamtlicher Kreisstellenleiter und wurde 1968 BVS-Fachlehrer.

Einigen tausend Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Würzburg vermittelte er in Informationsveranstaltungen und Lehrgängen Grundkenntnisse des Selbstschutzes. Für seinen Idealismus und seine Einsatzbereitschaft erhielt Mahler vor Jahren die BVS-Ehrennadel und wurde mit der Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Tutzing. Für das über die Grenzen seiner Gemeinde hinausgehende Engagement zur Förderung des Selbstschutzes hat Tutzings Bürgermeister Dr. Alfred Leclair aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker die Ehrennadel des BVS erhalten.

Dr. Leclair bedankte sich für die Auszeichnung und betonte die Notwendigkeit, 37 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur an den militärischen Schutz zu denken, sondern auch an das Leben jedes Bürgers. „Mit sanften und salbungsvollen Überredungskünsten ist hier jedoch nichts zu erreichen“, meinte der Bürgermeister, der eine stärkere Einflußnahme des Gesetzgebers auf diesem Sektor begrüßen würde.

Die Ehrung, die ihm zuteil wurde, müsse er eigentlich an jene weitergeben, die sich täglich mit den Aufgaben des Selbstschutzes befassen, meinte Dr. Leclair zum Schluß.

Starnberg. Nach zehn Tagen endete die dritte Starnberger Wirtschaftsausstellung, 1600 Besucher konnten in der Sonderschau des BVS „Unser Katastrophenschutz“ gezählt werden. Grund für



Hoher Besuch bei der BVS-Sonderschau (von links): Landrat Dr. Rudolf Widmann, der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Wolfgang Mischnick, Bezirksrätin Ingeborg Bäss, F.D.P.-Landtagsabgeordneter Dr. Eberhard Puntsch und BVS-Dienststellenleiter Rainer Schramm.

die Attraktivität dieser Ausstellung war nach Auskunft vieler Besucher die informative Darstellung des Zivilschutzes. Prominenteste Gäste beim BVS waren F.D.P.-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Wolfgang Mischnick, die Staatssekretärin im Bayerischen Kultusministerium, Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, und der Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, Dr. Georg Freiherr von Waldenfels. Besonders Mischnick zeigte sich sehr interessiert an den Aufgaben des BVS und des Warndienstes. Außerdem informierte sich der F.D.P.-Landtagsabgeordnete Dr. Eberhard Puntsch und Landrat Dr. Rudolf Widmann im Ausstellungszelt. Die Ausstellung wurde von den Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Starnberg mit Unterstützung des Landratsamtes Starnberg gestaltet.

München. Am 9. und 10. Juli 1982 fand das Fußballturnier des Münchener Katastrophenschutzes um den von der Landeshauptstadt München gestifteten Fußballpokal statt. Die Schirmherrschaft hatte die Stadt übernommen. Die BVS-Mannschaft mit Teilnehmern aus den Dienststellen Ansbach, Augsburg, Degendorf, München, Rosenheim, Starnberg, Weiden und der Landesstelle Bayern war hierzu eingeladen. Die organisatorischen Vorbereitungen zur Durchführung hatte die BVS-Dienststelle München übernommen.

Das Turnier wurde in zwei Gruppen durchgeführt. Die Sieger der beiden Gruppen mußten am Samstag zum Endspiel antreten.

Bei tropischen Temperaturen schlug das BVS-Team die Mannschaft des THW, des MHD und der Freiwilligen Feuerwehr. Die BVS-Mannschaft wurde mit 5:0 Toren und 6:0 Punkten Sieger der Gruppe A. Sieger der Gruppe B wurde das Team des Kreisverwaltungsreferates der Landeshauptstadt München. Die Paarung für das Endspiel stand fest: BVS gegen KVR.

Die BVS-Mannschaft traf auf ein starkes Team des KVR, das konstant versuchte, seine Chancen zu nutzen. Bei wechselndem Spielgeschehen und unter ex-



Die siegreiche BVS-Mannschaft, sie gewann den Fußballpokal zum dritten Male.

tremen Temperaturen, bei dem beide Mannschaften alles gaben, endete die reguläre Spielzeit mit 1:1 Toren.

Nach den Bestimmungen des Turniers mußte jetzt ein Elfmeter-Schießen die Entscheidung bringen: Der BVS-Torwart und die BVS-Schützen bewiesen mehr Nervenstärke und gewannen das Spiel mit 4:1 Toren. Die BVS-Mannschaft hatte damit das Münchener KatS-Fußballturnier zum dritten Male gewonnen.

Die Ehrung nahm Stadtrat Rudolf Hierl und der Leiter des Kreisverwaltungsreferates, Dr. Peter Gauweiler, vor.

Die BVS-Dienststelle München hatte an diesen beiden Tagen ihre zwei Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstellen eingesetzt und führte vor einem interessierten Publikum Informationsveranstaltungen mit praktischen Demonstrationen durch.



Wenn in der Behördenselbstschutz-Ausbildung für alle Kräfte die Fachausbildung abgeschlossen ist, möchte man das Erlernte in die Praxis umsetzen. Der formal geübte Löschangriff soll möglichst realistisch vorgetragen werden, das Bergen von Personen aus Höhen und Tiefen soll geübt werden, „Verletzte“ bedürfen der Versorgung. Auf Wunsch des Finanzamtes und des Fernmeldeamtes Bayreuth führte die BVS-Dienststelle Bayreuth zwei Übungen für die Einsatzkräfte durch.

München. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat in einem Schreiben die ihm nachgeordneten Behörden angewiesen, in Verbindung mit dem BVS die Aufklärungsarbeit und den Behördenselbstschutz zu intensivieren und führte u.a. darin aus:
„... Die Ausbildungsplanung des Bun-

desverbandes für den Selbstschutz (BVS) – Dienststelle München – für das 2. Halbjahr 1982 wird mit der Bitte übersandt, interessierten Bediensteten und Angehörigen des Behördenselbstschutzes die Teilnahme an den für sie in Betracht kommenden Lehrgängen zu ermöglichen.

Unter Bezug auf Nr. 1 des AMS vom 17. März 1982-Nr. MD/S-1245/15/80 wird erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, nicht nur den im Interesse jedes einzelnen gelegenen Besuch der Selbstschutz-Grundausbildung zu fördern, sondern auch auf eine planmäßige Nutzung des Ausbildungsangebotes für Leiter, freiwillige Einsatzkräfte und Geräteverwalter des Behördenselbstschutzes zu achten ...“

Weiden. Seit 25 Jahren arbeitet Franz Weinberger im öffentlichen Dienst, davon zehn Jahre bei der BVS-Dienststelle Weiden. Landesstellenleiter Günther Kopsieker überreichte dem Jubilar in Anwesenheit zahlreicher Mitarbeiter und Helfer eine Dankurkunde.



Urkunde und Präsent für den Jubilar (von links): BVS-Landesstellenleiter Kopsieker, BVS-Fachbearbeiter Weinberger und BVS-Dienststellenleiter Weigl.

Bei dieser Zusammenkunft wurde auch der langjährige BVS-Helfer Christian Frieser, Wildenreuth, verabschiedet. Er gab aus Altersgründen seine ehrenamtliche Mitarbeit als BVS-Beauftragter auf.

Schwabach. Nach zweijähriger Pause trafen sich die Fachbearbeiterinnen für Frauenarbeit der bayerischen BVS-Dienststellen zu einer Besprechung in Schwabach. Unter Leitung der neuen Fachgebietsleiterin der BVS-Landesstelle Bayern, Annemarie Uschold, kam es zu lebhaften Diskussionen über Erfahrungen im Bereich der Frauenarbeit und ihren Stellenwert innerhalb der Dienststellentätigkeit.

Von der Bundeshauptstelle in Köln nahm die Sachbearbeiterin für Frauenarbeit, Brigitte Weißenhagen, teil. In ihren Ausführungen stellte sie den Teilnehmerinnen die Neukonzeption des Ausbildungsweges der Fachbearbeiterinnen vor und erläuterte die Aufgaben der Mitarbeiterinnen in der Frauenarbeit. Dabei betonte sie, daß Frauenarbeit zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit ist; alle Aussagen müssen sich daher am gesetzlichen Auftrag des Verbandes orientieren.

Im weiteren Verlauf der Dienstbesprechung wurden zahlreiche Anregungen zur Aktivierung der Frauenarbeit gegeben. Schwerpunktartig wurde dabei auf Veranstaltungen für die Zielgruppe Frauen bei den Selbstschutzwochen hingewiesen. Anlaß dazu gab nicht zuletzt die parallel laufende Selbstschutzwoche in Schwabach. Dort wurde am „Tag der Frau“ eine Plenumsdiskussion für Frauen zum Thema „Selbstschutz“ angeboten, an der 30 Schwabacher Bürgerinnen teilnahmen.

Abschließend waren sich alle Teilnehmerinnen darüber einig, daß eine erfolgreiche Frauenarbeit nur in enger Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle möglich ist.

Zu einer Dienstbesprechung trafen sich die Fachbearbeiterinnen für Frauenarbeit der bayerischen BVS-Dienststellen in Schwabach.



Wasserdienstübung „Untereider '82“

In diesem Sommer führte der THW-OV Heide wieder eine größere Übung „Wasserdienst“ am Eidersperrwerk durch. Zweck der zehntägigen Veranstaltung war die Ausbildung der Fähren- und Bootsführer im Fahren mit Halb- und Ganzpontons sowie mit der 12-t-Fähre, das Vertrautmachen der Bootsführer mit den im Seebereich der Untereider herrschenden Tide- und Strömungsverhältnissen sowie mit der Fahrinnenbetonung und das Einfahren der neuen Außenbordmotoren V P 700 auf die vorgesehene Betriebsstundenzahl von 50 Stunden je Aubo.

Diese hauptsächlichen Ziele wurden voll erreicht, so daß sowohl die Fähre als auch die Halb- und Ganzpontons für künftige Einsätze betriebsklar sind.

Im Rahmen der Übung, deren Gesamtleitung in den Händen von Zugführer

Bockelmann lag, fanden an einem Sonntagmorgen Vorführungen mit der 12-t-Fähre und mit Einzelpontons sowie Demonstrationen mit Geräten zur Ölschadensbekämpfung statt. Letztere wurden von Helfern des 2. Instandsetzungszugs des THW-OV Meldorf durchgeführt.

Zu den Vorführungen hatten sich viele Gäste und THW-Angehörige eingefunden, u. a. Dr. Engelbrecht-Greve in Vertretung des Landrats, Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr, des DRK, des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft sowie des Wasser- und Schifffahrtsamtes Tönning.

Außerdem hatten Lehrkräfte und Helfer eines Bootsführerlehrgangs „Binnen II“ der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, die Übung besucht, um Erfahrungen beim Fahren mit der Fähre im Seebereich der Untereider zu sammeln.

Für die Unterbringung der Helfer während der zehntägigen Veranstaltung war auf dem Gelände des Eidersperrwerks ein großes Zeltlager aufgebaut worden. Hier übernachteten auch die 13 Jung Helfer der Jugendgruppe des THW-OV Heide, für die zur gleichen Zeit und am gleichen Ort ein Sommerlager durchgeführt wurde.

Fazit der Übung: Der Ausbildungsstand der Helfer im „Wasserdienst“ konnte weiter verbessert werden, und es war mal wieder eine gute Gelegenheit, der Bevölkerung einen Einblick in die Ausbildungstätigkeit und Arbeit des THW zu geben.

K. H. B.

Ölalarm auf dem Kellersee

Mit einem auf der Schwentine in den Kellersee treibenden Ölteppich größeren Umfangs hatten sich im Juni dieses Jahres Helfer der THW-OV Eutin und Neustadt zu beschäftigen.

Bis in die Nachtstunden hinein wurden mehrere Ölsperren errichtet und modernste Ölsaugeräte eingesetzt, um das zuvor von den Einsatzbooten mit Ölschleppsperrern eingefangene Öl vom Kellersee zu beseitigen. Daß indes selbst die THW-Helfer zum Abschluß des „Einsatzes“ aufgeklärt werden mußten, daß der bekämpfte Ölschaden lediglich Mittelpunkt einer großangelegten Übung war, spricht für die anstelle „echten“ Öls verwendete völlig unschädliche Testlösung, die eine westfälische Ölbekämpfungszentrale dem THW zur Erprobung zur Verfügung gestellt hatte.

Über 100 Liter Heizöl waren – so die Ausgangslage der Übung – durch einen Unglücksfall in Höhe Neumühle ins Wasser der Schwentine gelangt und trieben nunmehr schnell mit der Strömung in den Kellersee. Für die angeforderten Hilfskräfte begann ein Wettlauf mit der Zeit: Zunächst löste die Eutiner Rettungsleitstelle um 20.55 Uhr Alarm für den THW-OV Eutin aus. Als sieben Minuten später die ersten beiden Einsatzfahrzeuge am Kellersee in Höhe des Fissauer Fährhauses eintrafen, konnten die THW-Helfer bereits einen treibenden Ölteppich auf dem Kellersee erkennen. Zur Verstärkung wurden daher die Einsatzboote des Ortsverbandes sowie die Abwasser-Ölschadensbekämpfungsguppe des THW-OV Neustadt über Funkmeldeempfänger angefordert.

Bis zum Eintreffen der AÖ-Gruppe aus Neustadt errichteten die Eutiner Helfer



Fahrübungen mit der Fähre im Vorhafen des Eidersperrwerkes.



Vorführung und Erprobung von Geräten für die Bekämpfung von Ölschäden auf dem Wasser.

mehrere Ölsperren auf der Schwentine, um mit neuartigen Netzschlauchsperrern und selbstsaugenden Ölwürfeln eine weitere Verschmutzung des Kellersees zu verhindern. Gleichzeitig wurden die Einsatzboote zu Wasser gebracht und Schleppölsperren daran befestigt.

Die AÖ-Gruppe aus Neustadt setzte neben der Anlegestelle am Fährhaus einen neuentwickelten „Mopmatic-Wringer“ ein. Dieses Kernstück der Ölwehrausstattung ist auf einem Hänger montiert, von wo aus mit Hilfe ölmagnetischer Kordeln beliebiger Länge das Öl im Wasser aufgenommen wird und durch mehrere Preßwalzen binnen Sekunden völlig problemlos in Wasser und Öl getrennt werden kann. Das aus den Kordeln herausgepreßte Öl wird in großen Plastiktanks zum Abtransport gesammelt.

Nachdem das treibende Ölfeld mit den Ölschleppsperrern hinter den Booten abgegrenzt war, wurden die Ölsperren zu einem überdimensionalen Dreieck verbunden und verankert. Aus dieser begrenzten Wasserfläche konnte mit dem „Wringer“ das Öl mühelos „aufgefischt“ werden.

Eine zweite Gruppe setzte inzwischen an der Schwentinemündung neben dem Fährhaus eine „Indux-Pumpe“ mit einem Skimmer, ähnlich einem Riesen-Staubsauger, ein und hatte das angestaute Öl bereits nach einer Stunde abgesaugt.

Zur Ausleuchtung der bis in die Nachtstunden reichenden Übung stellte der Ortsverband zehn Halogenscheinwerfer bzw. Scheinwerferbrücken auf.

THW-Geschäftsführer Karl Hübner, Kiel, informierte sich noch am späten Abend vor Ort über den Verlauf der Großübung. Hübner betonte, nach der Erstbeschaffung des Öl-Wehrgeräts im November 1981 durch den Kreis Ostholstein sei diese Übungslage geeignet, die Schnellbekämpfung eines Ölschadens im stark strömungsabhängigen Fließgewässer und gleichzeitig auf einem Binnensee zu erproben.

Am Ende der fast dreistündigen Übung lobte Hübner den Einsatz der fast 70 THW-Helfer, die bewiesen hätten, daß sie die vorgehaltenen Gerätschaften präzise und schnell einsetzen können. Eine aktuelle Bedeutung hatte die schon im März geplante Übung nicht zuletzt dadurch bekommen, daß vor einigen Wochen ein realer Ölschaden auf der Schwentine auftrat. Damals gelangte das Öl jedoch weitgehend ungehindert (und unbeseitigt) in den Kellersee. C. B.

Informationen über ABC-Gefahren

Informationen über die Wirkungen atomarer, biologischer und chemischer Waffen gab BVS-Mitarbeiter Horst Grabner, Lübeck, den THW-Helfern aus den Ortsverbänden Bad Oldesloe und Ahrensburg. Sehr aufmerksame Zuhörer, aber auch kritische THW-Helfer machten beide Informationsabende in den Räumen des Rettungszentrums Ahrensburg zu gelungenen Schulungsveranstaltungen.

Bereits im Herbst letzten Jahres wurde eine sehr gute Veranstaltung für die

Führungskräfte der THW-OV Bad Oldesloe und Ahrensburg durchgeführt.

H.-J. G.

Brücke brach zusammen

Buchstäblich ins Wasser fiel der Ausflug einer 50köpfigen Seniorengruppe aus Hamburg auf dem Kellersee bei Eutin: Ein Teil der Gruppe hatte bereits den Anlegesteg betreten, um eine Rundfahrt mit dem Schiff zu unternehmen, als plötzlich die Brücke der Belastung nicht mehr standhielt und in sich zusammenbrach. Zwanzig Personen stürzten mit den Trümmern der Brücke in das sieben Grad kalte Wasser.

Die Eutiner Rettungsleitstelle alarmierte sofort die Feuerwehr sowie eine Bergungsgruppe des THW-OV Eutin über Funkmeldeempfänger. Als Feuerwehr und THW am Einsatzort eintrafen, waren zahlreiche Verunglückte bereits von Mitarbeitern eines in der Nähe liegenden Restaurants geborgen worden. Eine eingeklemmte Frau mußte noch aus ihrer unglücklichen Lage befreit werden.

Von den 20 Senioren wurden 18 mit Notarzt- und Krankenwagen ins Eutiner Kreiskrankenhaus mit Unterkühlungen eingeliefert. Nachdem bis zum späten Abend alle Rentner vom DRK neu eingekleidet worden waren, konnten sie bis auf zwei den Rückweg nach Hamburg antreten.

Der THW-OV Eutin richtete noch am selben Tag die Brücke wieder behelfsmäßig her und sperrte mit Bohlen die Zugänge. C. B.

Hamburg



Dreißig Jahre THW Hamburg

In diesem Jahr feiert das THW Hamburg seinen 30. Geburtstag. Einer der wenigen Männer der ersten Stunde, der heute noch als Althelfer den Kontakt zur Organisation pflegt, ist der derzeitige Leiter der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Rissen, Hans-Joachim Welk.

Der THW-Landesverband Hamburg führte kürzlich ein Gespräch mit ihm:

LV: Herr Welk, wann haben Sie überhaupt zum ersten Male etwas von der Organisation THW gehört?

Welk: Ich habe zum ersten Male den Namen THW nach dem Fluteinsatz in Holland in der Zeitung gelesen und mich danach entschlossen, dort mitzuwirken.

LV: Wann und wo traten Sie dann in das THW ein?

Welk: Am 12. Juni 1953 wurde ich Helfer in dem damaligen Ortsverband Hamburg-Eimsbüttel. Mein Ausweis trägt die niedrige Nummer 88.

LV: Wie sah es zu dieser Zeit mit Ausstattung und Ausrüstung aus?

Welk: Da wir keine eigene Unterkunft in unserem Bezirk hatten, machten wir die Ausbildung im damaligen Landesverband. Außer ein paar Bindeleinen, Beilen und Schaufeln war kaum Gerät vorhanden. Das meiste wurde von den Helfern zur Ausbildung von zu Hause mitgebracht.

Die ersten Grundbegriffe in Metallbearbeitung brachte uns ein Schlossermeister

bei, der ebenfalls sein Werkzeug zur Verfügung gestellt hatte. Als einziges Fahrzeug hatten wir in der ersten Zeit nur einen einachsigen Hänger, der hinter den Privat-Pkw eines Helfers gespannt wurde. Zu Übungen wurde mit Privatwagen, Motorrädern und Fahrrädern gefahren und das wenige Gerät darauf verlastet. Man brauchte damals schon eine große Portion Idealismus.

LV: Welche Funktionen hatten Sie als ehrenamtlicher Helfer inne?

Welk: Nach der Grundausbildung absolvierte ich die notwendigen Lehrgänge für den Dienstposten des Schirrmeisters und übte diese Tätigkeit bis 1962 in den Bezirksverbänden Hamburg-Eimsbüttel



Joachim Welk in der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Rissen.

und Altona aus. Ab 1959 war ich hauptamtlich beim damaligen LSHD an der Landesausbildungsstätte des THW auf der Veddel tätig. Später kam ich dann zur KatS-Zentralwerkstatt Langenhorn.

LV: Welche großen Einsätze haben Sie als THW-Angehöriger mitgemacht?

Welk: Mein umfangreichster Einsatz war natürlich die Flutkatastrophe in Hamburg. Ich war damals eine Woche in den Ortsteilen Wilhelmsburg und Moorburg im Einsatz, zum Teil zur Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln und zur Schadensbekämpfung am Deich.

LV: An welchen Sonderausbildungen haben Sie im Laufe der Jahre als THW-Mann teilnehmen können?

Welk: Die wichtigsten Lehrgänge waren für mich: Bootführer, Sprengberechtigter, Atemschutzgeräteträger und Behelfsbrückenbau, die ich zum Teil noch an der THW-Bundesschule Marienthal absolviert habe.

LV: Welche Kontakte haben Sie heute noch zum THW?

Welk: Außer den vielfachen dienstlichen Kontakten als Leiter der KatS-Zentralwerkstatt habe ich noch eine enge Verbindung zu meinem alten Bezirksverband Hamburg-Altona. Weiterhin möchte ich hervorheben, daß in den jährlich einmal stattfindenden Gesprächen mit dem Landesverband alle Probleme sehr einvernehmlich besprochen und geregelt werden.

LV: Welche Zukunftsperspektiven sehen Sie für das THW in den nächsten Jahren?

Welk: Auch in den Zeiten knapper Haushaltsmittel meine ich, daß das THW Hamburg seinen Auftrag auch in Zukunft

durchführen kann. Man muß berücksichtigen, daß in den letzten Jahren alle alten Fahrzeuge durch neue ersetzt worden sind und auch die übrige Ausstattung erneuert worden ist. Es bleibt nur zu hoffen, daß sich auch in Zukunft genug Helfer finden, die sich dieser humanitären Aufgabe verschreiben und engagiert im THW mitwirken.

Richtfest beim THW-Bezirksverband Hamburg-Bergedorf

Der THW-Bezirksverband Hamburg-Bergedorf, der seit Jahren in völlig unzureichenden Räumen untergebracht ist und dessen Einsatzfahrzeuge über 15 km entfernt auf der Veddel untergestellt sind, erhält für seine 150 aktiven Helfer mit 15 Einsatzfahrzeugen, Booten, Hängern und Sonderausstattung nunmehr, nach acht Jahren Vorbereitungszeit, eine neue Unterkunft mit Garagen auf einem 12000 qm großen Gelände in Wentorf. Die neue Unterkunft liegt ein paar hundert Meter außerhalb der Hamburger Landesgrenze in Schleswig-Holstein und wird voraussichtlich Ende des Jahres bezugsfertig sein.

Mitte Juni war Richtfest, und THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter konnte dazu Vertreter der Gemeinde Wentorf, der Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehren, der Bundeswehr, der Polizei sowie Angehörige des THW aus Hamburg und dem benachbarten Schleswig-Holstein begrüßen. In seiner Ansprache lobte Trautvetter die guten Leistungen des Bezirksverbandes, trotz einer bisher katastrophalen Unterbringung; eine Leistung, die dadurch um so mehr wiege.

Für Außenstehende war die lange Vorbereitungszeit des Bauvorhabens nicht

verständlich, mag es auch daran gelegen haben, daß das neue Gelände außerhalb Hamburgs und dazu noch im Landschaftsschutzgebiet liegt. Letztlich ist es jedoch, dank dem Verständnis aller verantwortlichen Behörden, gelungen, die Schwierigkeiten zu lösen und einen für alle Beteiligten befriedigenden Mittelweg zu gehen.

Der Landesbeauftragte stellte auch den neuen THW-Bezirksbeauftragten Andreas Busold vor, der seit einiger Zeit bereits die Geschäfte führt. Busold sei im THW-Bezirksverband Hamburg-Bergedorf großgeworden und durch die „harte“ Schule der Ausbildung gegangen. Er habe das „THW-Geschäft“ von der „Pike auf“ gelernt, betonte Trautvetter. G. T.

Jugendzeltlager – ein voller Erfolg

Über 200 Jung Helfer und ihre Betreuer aus allen Hamburger THW-Bezirksverbänden waren der Einladung zum diesjährigen Jugendzeltlager gefolgt. Auf dem Standortübungsplatz eines Pionierbataillons der Bundeswehr in Lübeck wurde auf einer Halbinsel inmitten der Trave das Lager aufgebaut. Schon bei den umfangreichen Vorbereitungen wurde dieses Vorhaben durch die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz, die örtlichen Polizeidienststellen sowie die DLRG und JUH umfangreich unterstützt.

Neben den Jung Helfern aus Hamburg nahmen auch eine Jugendgruppe des THW-OV Hameln und eine Gruppe der Jugendfeuerwehr Hamburg-Fuhlsbüttel am Zeltlager teil.

Der erste Tag stand ganz im Zeichen der staatsbürgerlichen Weiterbildung. Vom Bundesgrenzschutzkommando Küste war ein umfangreiches Vortrags- und Besichtigungsprogramm vorbereitet worden. Nach einem Lichtbildervortrag über die innerdeutsche Grenze wurden den Jung Helfern von Beamten des Bundesgrenzschutzes vor Ort die Grenzsicherungsanlagen der DDR erläutert. Viele Helfer waren das erste Mal an der Grenze, dies zeigten auch ihre vielen interessierten Fragen. Im Anschluß an die Grenzführung hatten die Jung Helfer Gelegenheit, sich über die materielle Ausstattung einer Technischen Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes zu informieren. Praktische Vorführungen der einzelnen Geräte veranschaulichten die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten.

Dann begann die Ausbildung. In verschiedenen Stationen wurde u. a. durchgeführt: Fahren auf dem Wasser mit Schlauch- und Mehrzweckbooten, Schwimmstegebau, Behelfsfährenbau, Umgang mit Pumpen, Bau eines Hänge-



Mit Eifer machen sich die Jungheifer daran, ein Behelfsfloß zu bauen.



Gemeinsam versehen THW und DLRG den Rettungsdienst.

stegs und einer Seilbahn sowie Retten aus Höhen und Umgang mit Leitern.

Alle Stationen waren mit erfahrenen Stationsleitern besetzt, so daß jeder Jungheifer alle Arbeitsvorgänge ausreichend üben konnte. Verschiedene Stationen wurden in abgeänderter Form auch während einer Nachtübung durchgeführt.

Natürlich durften auch Sport und Spiel nicht zu kurz kommen. Bei strahlendem Wetter wurden u. a. ein Fußballturnier

und verschiedene Spiele veranstaltet. Ein weiterer Höhepunkt war ein zünftiger Biwakabend am Lagerfeuer.

Die Jugendgruppenleiter Jager und Düll, die die Hauptlast der Vorbereitung getragen hatten, konnten nach drei Tagen auf ein erfolgreiches Jugendzeltlager zurückblicken, das für die Jungheifer ein bleibendes Erlebnis war und sie sicherlich für die weitere Arbeit im THW motiviert hat.

A. K.

THW-Jugendgruppen beim Feuerweharmarsch

Insgesamt 113 Wettkampfgruppen aus vier Bundesländern waren zum 7. Handstedter Feuerweharmarsch angetreten.

Die rund zehn Kilometer lange Strecke führte durch Wald, Feld und über nasse Hindernisse. Dreizehn Kontrollpunkte

mußten durchlaufen werden, wobei es feuerwehrtechnische und allgemeine Aufgaben sowie einen 800-Meter-Lauf zu bewältigen galt.

Jugendgruppen des THW aus Hamburg-Altona und Hamburg-Mitte beteiligten sich an der Erstellung der Wettkampfbahnen. Aus alten Rettungsflößen und einer Brettafel wurde ein Schwimmsteg von 40 Metern Länge über den Handstedter See gebaut. Auf einen Handlauf wurde natürlich verzichtet, denn es galt, diesen Steg mit jeweils vier Personen je Wettkampfgruppe in kürzester Zeit und ohne die Balance zu verlieren zu überqueren.

Außerdem wurde eine 50 Meter lange Seilbahn über den See gebaut, mit der ein Teilnehmer je Wettkampfgruppe den See überqueren mußte, ohne die Wasseroberfläche zu berühren, was gar nicht so einfach war. Für die Zuschauer waren die beiden von der THW-Jugend gebauten Wettkampfaufgaben eine Attraktion.

Trotz der vielen feuerwehrtechnischen Aufgaben nahm eine THW-Jugendgruppe aus Hamburg-Altona am Wettkampf teil und erzielte den dritten Platz unter den Jugendmannschaften. THW-Landesbeauftragter Trautvetter, der die Veranstaltung besuchte, war von den Leistungen der Jugendlichen beeindruckt.

M. D.

Zentrale Grundausbildung

In nur sieben Tagen führten 40 Helfer des THW-Bergungsdienstes Hamburg-Harburg ihre Grundausbildung durch. Der gesamte Ausbildungsstoff wurde erstmalig in dieser zeitlich komprimierten Form angeboten und im Wechsel von Theorie und Praxis mit jeweiligen Zwischenprüfungen an fünf Stationen mit teilweise mehreren Aufgaben durchgenommen. Helfer und Ausbilder haben sich gleichermaßen mit Engagement und Spaß daran beteiligt.

Unter anderem wurden ABC-Abwehr, Gesteinsbearbeitung, Sichern und Ablassen von Personen aus einsturzgefährdeten Gebäuden, Arbeiten bei Wassergefahren, Gefahrenbekämpfung bei Hochwasser und die Deichverteidigung geübt. Die Holzbearbeitung wurde natürlich auch mit einfachem Handwerkszeug geübt, denn gerade im Einsatzfall stehen meist Maschinen und Energie nicht ausreichend zur Verfügung.

Am Rande sei übrigens vermerkt: Zum erstenmal hat im THW-Bezirksverband Hamburg-Harburg auch eine junge Dame die Grundausbildung absolviert.

H. Sch.

THW-Landesverband Bremen feierte 30. Geburtstag

„An dieser Stelle etwas über die Leistungen und den Stellenwert, den das THW heute in unserer Gesellschaft einnimmt, zu berichten, wäre ein Versuch, der fehlschlagen müßte, weil der Platz für eine Auflistung nicht ausreichend genug ist. Nur soviel: Das THW ist heute ein wichtiges und nicht mehr wegzudenkendes Rädchen im Gesamtbereich des Feldes der inneren Sicherheit“, betonte Bremens Innensenator Helmut Fröhlich vor über 500 Helferinnen und Helfern, Mitarbeitern und Freunden des THW anlässlich der 30-Jahr-Feier des THW-Landesverbandes Bremen am 19. Juni in der Niederdeutschen Bühne. Fröhlich fügte hinzu: „Ich möchte dem Bremer THW zum 30jährigen Jubiläum die herzlichen Glückwünsche des Senats überbringen und den Helfern ein herzliches Dankeschön für die selbstlosen Einsätze und für das Engagement, mit dem sie in Not geratenen Bürgern unseres Landes helfend zur Seite stehen, aussprechen.“

Für THW-Direktor Hermann Ahrens war die Feier Anlaß, Rückschau auf das bisher Geleistete zu halten. „Als der Gründer des THW, Otto Lummitzsch, zur Mitarbeit aufrief, fanden sich zunächst nur wenige, die dieser Einladung Folge leisteten, denn in der Bevölkerung war in jener Zeit das Mißtrauen gegenüber organisierten Vereinigungen noch recht groß. Im Gründerjahr 1952 hatte der Landesverband Bremen deshalb erst 38



THW-Direktor Ahrens zeichnet Ortsbeauftragten Erich Behrendt mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus.

Helfer. Neben Geräte- und Materialmangel war die Helferwerbung damals ein großes Problem. Durch gezielte Maßnahmen des Landesverbandes gelang es dann allerdings, die Zahl der Helfer bis 1954 bereits auf 707 zu erhöhen“, führte Ahrens aus und erinnerte: „Nach Anerkennung des THW-Landesverbandes durch den Bremer Innensenator und der Aufnahme des THW in den Katastrophenplan für Bremen und Bremerhaven im Jahr 1953 waren die Schwierigkeiten der Gründerzeit überwunden.

Es begann die Phase der kontinuierlichen Integration des THW in den Katastrophenschutz des Landes Bremen. Die Aufnahme von mehreren Bremer Regieeinheiten in das THW bildete dabei 1979 den Schlußpunkt der Konsolidierung des Landesverbandes. Heute stellt das THW in Bremen einen unverzichtbaren Teil des Katastrophenschutzes dar“, schloß Ahrens.

Landesbeauftragter Dirk Göbel stellte in seiner Begrüßungsrede fest, der 1. Juni 1952 sei der offizielle Geburtstag des Bremer Landesverbandes. Die Vorbereitungen reichten jedoch bis in das Jahr 1950 zurück. Das THW habe in den drei Jahrzehnten seines Bestehens in Bremen viele Freunde gewonnen. Frauen und Männer, die bereit seien, einen großen Teil ihrer Freizeit zu opfern, um der Gemeinschaft zu dienen und die sich den Leitsatz „Helfen wollen ist gut, helfen können ist besser – helfen will gelernt sein“ zu eigen gemacht hätten.

„Der THW-Landesverband Bremen hat heute knapp 1500 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Ihr ehrenamtliches Engagement kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“, so Göbel, „denn der Katastrophenschutz kommt nicht ohne diejenigen aus, die ihre Freizeit opfern, um sich darauf vorzubereiten, anderen im Notfall zu helfen.“ „30 Jahre THW in Bremen bedeutet 30 Jahre tätiger Einsatz für Mitbürger in Situationen, wo sachkundige Hilfe schnell notwendig war“, betonte Gisela Nischelsky, Landesvorsitzende der Helfervereinigung, in ihrer Ansprache.

Für ihre langjährige und verdienstvolle ehrenamtliche Arbeit im THW wurden dann Erich Behrendt, Ortsbeauftragter in Schwachhausen, mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold, und Günther Schröder, Ortsbeauftragter in Vegesack, mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber, ausgezeichnet. Als Zeichen der Verbundenheit durch vielseitige persönliche Unterstützung des THW erhielt Innensenator Helmut Fröhlich die THW-Plakette.

Diesem offiziellen Teil des Abends folgte die Aufführung einer Kriminalkomödie, dann durfte kräftig das Tanzbein geschwungen werden. Wer Lust hatte, der konnte Fortuna herausfordern bei der Tombola. Daß es allen gefiel, bewies die „Ausdauer“ der Gäste: Die Stimmung reichte bis weit nach Mitternacht.

Am Vormittag dieses Sonnabends hatte sich das Bremer THW mit einer Leistungsschau auf der Bürgerweide der Bevölkerung präsentiert. Im großen Kreis standen 45 der insgesamt 146



Vor der Öffentlichkeit demonstrieren THW-Helfer den Bau von Faschinen.

Fahrzeuge des THW neben der Stadthalle. Das schlechte Wetter allerdings machte einen dicken Strich durch alle Pläne; nur wenige Schaulustige kamen. Dennoch: Wer gekommen war, der war beeindruckt. U. W.

Großübung des THW-OV Bremen-Vegesack

Die diesjährige Übung des THW-OV Bremen-Vegesack fand auf dem Wasserübungsplatz der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, statt. Übungsziel war es, den Unterführern und Mannschaften Grundkenntnisse im Fahren auf dem Wasser zu vermitteln. Beteiligt waren die 6. Bergungsbereitschaft, der 6. Instandsetzungszug, der 2. Fernmeldezug, der Verpflegungszug und der Materialerhaltungstrupp mit einer Gesamtstärke von rund 180 Helfern.

Die Übung begann um 8.00 Uhr mit der Ausgabe der Karten und Unterlagen an die Gruppen, die im Einzelmarsch nach Koordinatenangabe zu fahren hatten. An den verschiedenen Punkten waren Aufgaben zu lösen, wie Messen der Strom-

geschwindigkeit, Prüfen der Möglichkeiten zur Erhöhung der Tragfähigkeit einer Brücke, Gewässerprofilaufnahme, Bergungsaufgaben und Landungsberechnung zum Sprengen eines Schornsteins.

Um 13.00 Uhr wurden die Einheiten im Raum Willenbruch vom Verpflegungstrupp versorgt. Nach dem Mittagessen ging es zu einem Punkt, drei Kilometer vor dem Wasserübungsplatz, von dort marschierten die Helfer mit Atemschutzmaske und z. T. mit Preßluftatmern zum Übungsplatz. Hier waren die zwei Boote der Wassergruppe des 3. Zuges der Bergungsbereitschaft, die die Strecke von Bremen aus auf der Weser zurückgelegt hatten, schon eingetroffen und hatten weiteres schwimmendes Gerät der Schule übernommen, so daß die Helfer über vier große Schlauchboote und vier Mehrzweckboote verfügen konnten.

Während ein Zug den Aufbau der Zelte, die freundlicherweise vom ASB zur Verfügung gestellt worden waren, übernahm, machten die anderen Gruppen ihre ersten „Gehversuche“ mit Schlauchboot und Paddel auf dem Wasser. Die Helfer hatten viel Spaß, bis es einiger-



Erste Anweisungen im Schlauchbootfahren für die THW-Helfer.

maßen klappte, und die Motorboote waren gut beschäftigt, die abgetriebenen Wasserfahrzeuge wieder „einzufangen“.

Am Nachmittag kam unerwarteter Besuch: THW-Landesbeauftragter Göbel war von Bremen herübergekommen. Der Abend schloß mit einer zünftigen Grillparty, die vom Verpflegungstrupp hervorragend arrangiert worden war.

Am Sonntag wurde die Übung in gleicher Weise fortgesetzt und nach dem Mittagessen der Rückmarsch in Kolonne nach Bremen angetreten, wo die Helfer gegen 17.00 Uhr eintrafen. F. B.

Niedersachsen



Eine Stadt zeigte Flagge

Daß ein THW-Ortsverband sein 20jähriges Jubiläum begeht, ist nichts Ungewöhnliches. Und daß er diesen Tag dafür benutzt, um sich mit Festakt, „Tag der offenen Tür“ und Festball der Öffentlichkeit zu präsentieren, ebensowenig. Aber daß eine Stadt sich aus diesem Anlaß im bunten Flaggenschmuck zeigt, dürfte als Rarität gewertet werden.

So geschehen beim THW-OV Hude-Bookholzberg, der am 19. Juni 1982

sein Jubiläum feierte und zu dessen Ehrung überall in Hude die rotviolettten Stadtfahnen flatterten.

Lob und Anerkennung wurden den Helfern und Führungskräften an diesem Tag aber auch in anderer Form zuteil. THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser würdigte besonders die aktive Jugendarbeit des Ortsverbandes. Stv. Landrat Friedrich Rüter sowie die Bürgermeister der Städte Hude und Bookholzberg, Deuker und Stöver, betonten übereinstimmend, daß der Ortsverband viel zum Wohle der

Bürger getan habe und das THW eine unentbehrliche Hilfsorganisation sei, auf die man nicht verzichten könne.

Eine imposante Fahrzeug- und Geräteschau mit Vorführungen, an der auch benachbarte Ortsverbände beteiligt waren, stellte die Leistungsfähigkeit des THW im dortigen Raum eindrucksvoll unter Beweis. R. B.



Viele interessierte Zuschauer beim Einsatz des Bohrhammers.

Friedrich Lubach im Ruhestand

Mit Friedrich Lubach schied am 30. Juli 1982 der dienstälteste hauptamtliche Mitarbeiter des THW aus. Zu seiner Verabschiedung und zur Übergabe der Dankurkunde des Bundesministers des Innern war Regierungsdirektor Ferdinand Ständer aus Bonn nach Hannover angereist. Er betonte, daß die THW-Leitung das Ausscheiden eines so verdienten und erfahrenen Mannes sehr bedaure.

In der Tat, mit 45jähriger Tätigkeit im Katastrophenschutz – 1937 Eintritt in die Technische Nothilfe Hannover als jüngster Helfer und unterbrochen nur durch die Jahre als Wehrmichtsangehöriger und Kriegsgefangenschaft – war und ist



Aus der Hand von Regierungsdirektor Ständer (rechts) nimmt Friedrich Lubach die Dankurkunde entgegen.

Lubach ein „lebendes Nachschlagewerk“ in nahezu allen THW-Fragen.

Am 18. August 1952 war er als technischer Sachbearbeiter in die soeben gegründete Dienststelle des THW-Landesbeauftragten für Niedersachsen eingetreten. Bei den meisten örtlichen und überörtlichen Einsätzen ab 1954, geschult durch eine Fülle von Lehrgängen, war er maßgeblich in das Führungsgeschehen integriert. Der Aufbau des Schwimmbrückenbaus ab 1957 und die Leitung der THW-Landesschule Lüneburg von 1965 bis 1969 waren seine wesentlichen hauptamtlichen Tätigkeitsgebiete, bis er 1975 das Hauptsachgebiet „Ausbildung“ übernahm.

Und wenn heute insgesamt 7500 THW-Helfer mit abgeschlossener Grundausbildung in Niedersachsen zu Buche stehen, so ist dies – wie die Basisarbeit für die bundesweite Einführung der hier entwickelten Abschlußprüfung „Grundausbildung“ – hauptsächlich sein Verdienst. Und noch etwas sollte nicht unerwähnt bleiben: Friedrich Lubach hat nicht nur 30 Jahre THW-Geschichte in Niedersachsen mitgeschrieben, sondern auch – mit vielen hundert Aufnahmen – mitfotografiert.

Für den nun angetretenen Ruhestand in seinem neuen Heimatort Bad Pyrmont begleiten ihn die Wünsche der Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie der Helferschaft des THW-Landesverbandes Niedersachsen. R. B.

Jugendgruppe erbrachte tolle Arbeitsleistung

Zu welcher hervorragenden Leistungen und Arbeiten Jugendliche unter zielgerichteter Führung und Anleitung fähig sind, demonstrierte eindrucksvoll die Jugendgruppe des THW-OV Münden. Als Ende Juli der Stapellauf eines zwölf Personen fassenden, aus einem ausrangierten Ponton geschaffenen, schmucken Kajütbootes erfolgte, waren die zwölf Junghelfer des Ortsverbandes in einjähriger Arbeit maßgeblich an der Fertigstellung beteiligt.



Aus einem ausrangierten Ponton baute die Jugendgruppe ein Kajütboot.

Mit Unterstützung von Helfern und Führungskräften hatte das Projekt nicht nur zur Freizeitbeschäftigung der Jugendlichen gedient, sie lernten beim Bootsbau gleichzeitig den Umgang mit Schweißgeräten und anderem Werkzeug. Das Boot mit seinem 75 PS starken Außenbordmotor soll künftig auch als Fahrschulfahrzeug eingesetzt werden.

In der Koje des 8,60 Meter langen „Kreuzers“ können drei Personen schlafen, so daß das Boot auch für längere Ausflüge genutzt werden kann. 4000 DM, die der Umbau des Wasserfahrzeuges kostete, wurden von den Jugendlichen selbst aufgebracht.

Vor dem Stapellauf wurde das Boot auf den Namen „Flipper“ getauft. Sicherlich wird es seinen Besitzern ebensoviel Freude bereiten wie der gleichnamige Delphin aus der bekannten Fernsehserie den Fernsehzuschauern. R. B.

Vielseitige Wochenendübung

An einem Wochenende fand beim THW-OV Hameln eine Einsatzübung statt. Beteiligt waren der Bergungszug sowie der Verpflegungs- und Verbrauchsgütertrupp des Ortsverbandes. Übungsziele waren die Erprobung des Führungsvorgangs im Bergungszug und die Überprüfung der einsatzbereitschaft von Material und Gerät sowie des Ausbildungsstandes der Helfer. Nicht angekündigt war die Erprobung des Alarmierungssystems.

Der besondere Schwerpunkt lag beim Test des Führungsvorgangs, da der Bergungszug aus überwiegend sehr jungen Unterführern und Helfern besteht, die an einer solchen Übung auf Ortsverbandsebene erstmalig teilnahmen.

Am Freitag wurde um 19.30 Uhr die Lage bekanntgegeben: „Durch wochenlange Trockenheit ist die Waldbrandgefahr erheblich gestiegen. Zur Leistung von Nachbarschaftshilfe stehen im Landkreis Hameln-Pyrmont nicht mehr alle Katastrophenschutzzüge der Feuerwehr zur Verfügung. Außerdem rollt auf den Landkreis eine Weser-Flutwelle zu, da die Verschlüsse der Edertalsperre aus

ungeklärter Ursache zerstört sind und große Wassermengen ausströmen. Der Hochwasserscheitel wird am Samstagvormittag das Kreisgebiet durchlaufen.“

Basierend auf dieser Lage erhielt jede Gruppe ihren Auftrag: Der Einsatzort mußte mit Karte und Plananzeiger gefunden und vor Ort Aufgaben aus dem Bereich „Holzbearbeitung“ und „Ausleuchten von Schadensstellen“ durchgeführt werden. Eine erste Manöverkritik erfolgte noch am Freitagabend.

Am Samstag wurde um 5.00 Uhr Alarm ausgelöst. Lage: „Explosionsunglück im Tbc-Heim Bröselweg.“ Sofort nach Eintreffen des Bergungszugs am Unglücksort begannen die Rettungsarbeiten wie Bergen aus Höhen, Einsatz eines Trupps Atemschutzgeräteträger, Abstützen und Aussteifen einsturzgefährdeter Gebäudeteile und Mauerdurchbrüche.

Als diese Schadensstelle gemeistert war, kam die nächste Hiobsbotschaft: „Erd- und Geröllrutsch im unmittelbaren an der Weser gelegenen Steinbruch Hagenohsen.“ Die Schadensstelle war nicht mit Kraftfahrzeugen zu erreichen. Deshalb wurden aus der Unterkunft die Pontons der 4-t-Fähre geholt, an einer Fährstelle zusammengebaut und ein kompletter Gerätesatz des MKW verlastet. Anschließend fuhr der jetzt amphibische Bergungszug zum Einsatzort. Hier liefen die Bergungsmaßnahmen routiniert an.

Um 14.00 Uhr erreichte die Helfer ein neuer Einsatzbefehl: „Nordöstlich von Hameln ist ein Waldbrand ausgebrochen, zu dessen Bekämpfung auch der Bergungszug herangezogen wird.“ Zum Einsatz kam jetzt die große Dia-Pumpe des Ortsverbandes, außerdem wurde die Anlage eines Sperrriegels simuliert. Nachdem der Waldbrand um 16.00 Uhr gelöscht war, erfolgte der Rückmarsch zur Unterkunft. U. L.

Nachruf

Am 16. August 1982 verstarb im Alter von 86 Jahren der Mitbegründer des THW-Landesverbandes Niedersachsen und ehrenamtliche Helfer im Ortsverband Hannover

Carl Piepenbrink

Für sein langjähriges, vorbildliches Wirken in einer humanitären Organisation wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz und dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.

Das THW hat mit ihm einen guten und treuen Kameraden verloren. Sein Name wird unvergessen bleiben.

Leiser, THW-Landesbeauftragter, Brunke, THW-Landessprecher, und die Kameraden des THW-OV Hannover

Westdeutsche THW-Ortsverbände üben in Berlin

Ein verlängertes Wochenende nutzten vier westdeutsche THW-Ortsverbände, um zusammen mit ihren Berliner Patenschaftsverbänden zu üben. 300 Helfer mit 70 Fahrzeugen waren daran beteiligt. Den größten Anteil an der Übung hatten die THW-Bezirksverbände Kreuzberg/Neukölln und Gifhorn. Ihr Programm, das unter dem Namen „Maikäfer 1982“ lief, sah folgende Übungsobjekte vor:

- Bau einer 24-Tonnen-Fähre an der Havel,
- Fährverkehr mit einem doppelstöckigen BVG-Bus,
- Nachtübung, Bergung von 25 Verletzten nach einem Explosionsunglück,
- Bau eines 50 m langen Hängestegs,
- Bergung von Verschütteten aus einem zwölf Meter tiefen U-Bahn-Schacht und
- Bergung von Opfern nach einem Schiffsunglück auf der Oberhavel.

Diese Übung mit gemeinsamer Unterbringung und Versorgung aller Helfer in den Messehallen am Funkturm verlief im wesentlichen reibungslos, obwohl durch den körperlichen Streß gegen Ende der Übung die Grenzen der Belastbarkeit der Helfer erkennbar waren.

Der Höhepunkt war sicherlich der Transport eines Doppeldecker-Busses auf der Havel. Eine zweistündige Fahrt von Gatow bis zur Pfaueninsel und zurück, begleitet von zwei Booten der Wasserschutzpolizei und Rettungsbooten der DLRG, setzte Wassersportler und Uferspaziergänger in Erstaunen und Verwunderung. Daß die BVG ein Linienboot über die Havel betreibt, war zwar bekannt, die Aufnahme einer Busverbindung übers Wasser war natürlich neu und einmalig.

Aber auch die anderen THW-Orts- und Bezirksverbände hatten sich einiges vorgenommen. Der Bezirksverband Steglitz hatte erstmalig den Ortsverband Hildesheim zu Gast. Aus dem vollen Programm sind hier zwei Bergungsübungen besonders herauszustellen: Auf dem amerikanischen Übungsgelände „Moba City“, einer für militärische Übungen aufgebauten „Geisterstadt“, konnten Bergungsmaßnahmen aller Art durchgeführt werden. Besonders die Hildesheimer Kameraden, die noch nie Gelegenheit hatten, auf solch idealen Anlagen zu üben, waren begeistert.

Eine sehr schwierige Bergungsübung folgte am nächsten Tag. Der I-Zug des

Eine Meisterleistung:
Ein Doppeldecker-Bus
auf einer Fähre des
THW.



**Das Bergen aus
Höhen gehört mit zum
Übungsprogramm.**



Bezirksverbandes Steglitz hatte hierzu ein zum Abbruch bestimmtes Haus präpariert, und die DLRG stellte die Verletzendarsteller. Den Sanitätsdienst übernahm die JUH. Diese Übung hatte einen sehr hohen Schwierigkeitsgrad und stellte insbesondere an die jungen Helfer außerordentliche Anforderungen. Trotz der Kritik, die möglicherweise aus diesem Grund aufkam, verliefen alle Übungen harmonisch und endeten mit einem zünftigen Kameradschaftsabend.

Eine schon jahrelange Patenschaft zwischen dem Bezirksverband Zehlendorf und dem Ortsverband Hünfeld wurde neu gepflegt. Auch diese Verbände beteiligten sich an der Bergungsübung in „Moba City“, hatten jedoch auch noch weitere Übungsobjekte bearbeitet. U. a. wurde eine Orientierungs- und Suchfahrt durchgeführt, das Fällen von Bäumen unter Wettbewerbsbedingungen geübt und schließlich auch die Trinkwasser-Aufbereitungsanlage betrieben.

Eine abschließende Bergungsübung in einer Schokoladenfabrik zeigte auch hier, daß das Programm vielleicht zu vollgepackt war und die Anzahl der Verletzendarsteller künftig reduziert werden sollte.

Der alljährlich im Wechsel durchgeführte Vergleichswettkampf zwischen dem Bezirksverband Hamburg-Mitte und dem Bezirksverband Tiergarten/Wedding fand

zur gleichen Zeit in Berlin statt. Nachdem der alte Pokal nach dreimaligem Sieg nun endgültig in Tiergarten/Wedding verblieb, hat dieser Bezirksverband auch den neu gestifteten Pokal wieder gewonnen. Die Helfer müssen diesen Pokal nun aber im nächsten Jahr in Hamburg verteidigen, und es wäre den Hamburger Kameraden zu wünschen, daß sie dieses „Heimspiel“ gewinnen.

Alles in allem war dieses verlängerte Wochenende für alle Beteiligten ein großes Erlebnis und ein voller Erfolg. Ohne Verletzungen und Schäden sind alle wieder gut in ihren Heimatorten angekommen. Wir sind sicher, daß Berlin auch diese Reise wert war. G. B.

SFB-Sommernacht in Berlin

An einem Freitag war es soweit: Alle Berliner waren zur SFB-Sommernacht nach Tegel, im Bezirk Reinickendorf, eingeladen. Von der Malche im Norden bis zum Borsigdamm im Süden fand auf fünf Bühnen ein tolles Programm statt. Der gesamte „Festplatz“ zog sich rund zwei Kilometer hin.

Damit die ganze Veranstaltung reibungslos über die Bühne gehen konnte, übernahm das THW unter Leitung des Bezirksbeauftragten für Reinickendorf, Kuratis, und des Fernmeldezugführers,

Papel, den Aufbau der Rockbühne und das Verbinden der fünf Bühnen mit Telefonanschlüssen zum Leitschiff. Ferner baute der Bezirksverband Kreuzberg einen Pontonsteg für den Wasserrettungsdienst.

Am Veranstaltungstag wurde im Bereich Freizeitpark von der THW-Gerätegruppe Reinickendorf unter Mithilfe der Elektrogruppe Wedding das 53-kVA-Notstromaggregat für die Rockbühne betrieben. Außerdem waren hier neben Versorgungszelten auch Scheinwerfer für die Wege- und Notbeleuchtung aufzubauen und zu betreiben. Die Verlegung von vielen Metern Kabel gestaltete sich auf dem weiträumigen Gelände doch recht schwierig. Unter Leitung von Zugführer Unterspann und Gruppenführer Blunck wurden die Schwierigkeiten überwunden.

Im Bereich der Greenwichpromenade übernahm der Bezirksverband Steglitz unter Gruppenführer Fabian die Stromversorgung. Auf einer Länge von ca. 500 m wurden die unterschiedlichsten Verbraucher mit Elektrizität versorgt.

Die 1. Bergungsgruppe Reinickendorf spielte am Festtag „Mädchen für alles“, wie die Berliner Morgenpost ausführlich berichtete. Kritisch wurde die Lage um 21.08 Uhr: Die zum Freizeitpark führende Sechserbrücke wurde von der Bauaufsicht gesperrt. Unter Mithilfe des „Bautrupps THW“ wurde nach ca. 30 Minuten ein Einbahnverkehr auf der

Brücke von der Polizei eingerichtet. Zusätzlich wurde das mit Wasserfontänen fahrende Feuerlöschboot zur besseren Ausleuchtung mit zwei 1000-Watt-Scheinwerfern und einem Notstromaggregat 5 kVA vom THW bestückt.

Im „Info-Dorf“ des SFB wurde auch vom THW ein Stand betrieben. Hier fanden die THW-Plaketten und die „Hilf mit“ – Aufkleber viele Abnehmer.

Während des Abends konnten beim THW neben Innensenator Lummer und dem Bezirksbürgermeister von Reinickendorf, Birghan, weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begrüßt werden.

Wie schrieb doch die BZ: „280 000 Berliner bei der heißen Nacht von Tegel, und alle waren sich einig – So wat haste noch nich jeseh'n!“ Und die BILD-Zeitung, „Seh'n Se, det ist Berlin!“ M. K.

1 000 Tonnen Papier in Flammen

Wie schon zu Himmelfahrt 1978 brannte auch an einem heißen Wochenende im Juni 1982 die Papierverwertung in der Britzer Gradestraße. Ebenso wie damals lief der Einsatz des Berliner THW auch diesmal ab: Nachdem die Leitstelle der Feuerwehr um 21.00 Uhr über Funkalarmempfänger den THW-Landesverband über die Schadenslage informiert

hatte, erfolgte die Alarmierung der Bezirksverbände.

Die Helfer des Bezirksverbandes Steglitz, die gerade von einer wirtschaftlichen Leistung in die Unterkunft zurückkamen, brauchten sich gar nicht erst umzuziehen. In kurzer Zeit waren sieben Kipper, Selbstlader, Ahlemann und Funkleitwagen zur Einsatzstelle unterwegs.

Die gepreßten Papierballen mußten nach dem äußerlichen Ablöschen verladen und an anderer Stelle zum endgültigen Löschen wieder abgekippt werden. Erst nach längerem Suchen fand man einen geeigneten Abladeplatz auf dem Gelände der Müllumladestation der Berliner Stadtreinigung.

Endlich, gegen 23.30 Uhr, nachdem die Gradestraße für den Individualverkehr gesperrt worden war, konnte der große Abtransport beginnen. Zwei Radlader der Polizei beluden die Kipper des THW, die nun im Pendelverkehr zur Ablade- stelle fuhren. Wegen der engen Verkehrsverhältnisse wurden die Fahrzeuge von einem Stauraum aus über Funk jeweils abgerufen.

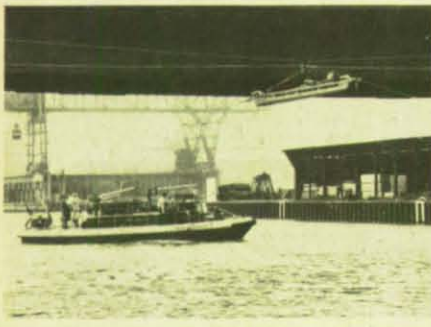
Bis 5.00 Uhr früh wurden so in 55 Fahrten insgesamt 159 Tonnen Papier abgefahren. Da die Fahrzeuge vor dem Abkippen über eine Waage fahren mußten, konnte dieses genaue Gewicht ermittelt werden. Gegen 7.00 Uhr war der Einsatz beendet. U. V.

Nordrhein-Westfalen



Am Dortmunder Hafentag beteiligt

Verbunden mit einem Volksfest wurde den Dortmunder Bürgern am schon traditionellen Hafentag ein Einblick in die Tätigkeiten des Hafens und des Binnenschiffahrtswesens gegeben. Diese Gelegenheit nutzte der THW-OV Dortmund zu einer Demonstration seiner Einsatzmöglichkeiten.



Über eine 120 Meter lange Seilbahn wird ein „Verletzter“ quer über das Hafenbecken transportiert.

Vom 25 Meter hohen Turm des Hafenamtes wurde stündlich eine Abseilübung mit dem Rollgliss-Gerät durchgeführt, die jedesmal von den Zuschauern mit großem Beifall bedacht wurde. Der Bergungsdienst demonstrierte seine Leistungsfähigkeit durch den Bau einer 120 Meter langen Seilbahn – quer über das Haupthafenbecken – für den Verletzentransport. Der THW-OV Minden baute eine Personenfähre, die von den Hafenbesuchern gern zu Rundfahrten genutzt wurde. Außerdem wurde der Einsatz einer Trinkwasser-Aufbereitungsanlage demonstriert. V. H.

Gemeinsame Nachtübung

Die Freiwillige Feuerwehr und der THW-OV Eschweiler probten während einer Nachtübung den Ernstfall am Schulzentrum Stadtmitte. „Durch eine Explosion im Kesselhaus der Schule sind Klassenräume in Brand geraten und teilweise eingestürzt. In einigen Räumen fand

noch Unterricht der Volkshochschule statt, eine noch unbekannte Zahl von Personen wurde verschüttet“. Dies war die Lage, die sich den Hilfskräften bot.

Die Verletztendarsteller waren durch den Schminktrupp des MHD hervorragend „präpariert“ worden. Der Schwerpunkt der Übung lag in der Rettung von Menschen. Den THW-Helfern und den Feuerwehrmännern wurde nichts geschenkt. In rund drei Meter tiefe Schächte waren die „Verletzten“ geschleudert worden und mußten dort erstversorgt und nach oben gebracht werden, wo der Notarzt die weitere Betreuung übernahm. Konnte die Feuerwehr noch mit der Drehleiter arbeiten, so mußten die THW-Bergungsgruppen weitere „Verletzte“ über Steckleitern aus dem ersten Stockwerk bergen.

Stv. Stadtbrandmeister Riehm, Abschnittsführer Greven und THW-Ortsbeauftragter Pastor waren kritische Beobachter der Übung, die nach gut zweieinhalb Stunden beendet war. H. W. B.



Staatssekretär von Schoeler in Fritzlär

Idealismus sei auch in Zukunft die Grundlage für einen funktionierenden Zivil- und Katastrophenschutz, doch sei eine gewisse materielle Grundausstattung unverzichtbar. Diese Ansicht vertrat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Andreas von Schoeler, anlässlich eines Informationsbesuchs beim THW-OV Fritzlär. Auf Einladung des F.D.P.-Ortsverbandes, der den Besuch organisiert hatte, waren neben führenden THW-Mitarbeitern, darunter Bereichsgeschäftsführer Georg Albert (Homburg) und der Fritzlärer THW-Ortsbeauftragte, Rudolf Draude, auch Vertreter der Hilfsorganisationen DRK und MHD erschienen.

Von Schoeler trat vor allem für eine Modernisierung der Katastrophenschutzfahrzeuge ein. Deshalb habe man trotz der finanziellen Enge ein Fahrzeugprogramm durchgesetzt, das als erster Schritt zum Abbau der Defizite im Katastrophenschutz zu verstehen sei. Der Staatssekretär war nicht mit leeren Händen gekommen: Er übergab dem Ortsverband einen neuen Kombi, der in Zukunft als Führungsfahrzeug des Instandsetzungszugs dienen soll.

Zwar sei man nicht in der Lage, die Versäumnisse der Vergangenheit in wenigen Jahren aufzuholen, meinte von Schoeler, doch seien diese genannten Maßnahmen ein wichtiger Anfang. Darüber hinaus gelte es, sich der Verbesserung der Ausbildung zu widmen.

Die THW-Helfer gaben dem Staatssekretär nicht nur ihren Dank für die Hilfen

und die zukünftige Unterstützung mit auf den Weg. Am Beispiel der bereits eingeleiteten Umorganisation der Ortsverbände, bei der auch eine Umverteilung der Gerätschaften geplant ist, bemängelten die Helfer eine fehlende Absprache mit der „Basis“.

Aus den Reihen des DRK wurde der Anfang des Jahres eingeführte Fahrtkostenanteil von fünf Mark für Patienten kritisiert, die mit einem Krankenwagen zur Behandlung gebracht werden müssen. Mit von Schoeler war sich die Runde einig, daß eine Beteiligung der Patienten an den Leistungen der Kassen zugunsten einer Kostensenkung begrüßenswert sei. Doch wurde verlangt, bei den angesprochenen Fahrten ein anderes Abrechnungsverfahren zu finden, zumal der derzeitige Modus einen großen Verwaltungsaufwand mit sich bringe.

G. Sch.

Überörtliche Ausbildung

An einem Samstag fand auf dem THW-Übungsgelände in Malges bei Hünfeld eine Ausbildungsveranstaltung des THW-OV Fulda unter Leitung von Zugführer Lindner statt. Innerhalb der Fachausbildung findet dreimal jährlich eine solche überörtliche Veranstaltung statt, um die theoretisch erworbenen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen.

Parallel dazu wurden die Helfer der Grundausbildung im THW-Geschäftsführerbereich Fulda unter Leitung von Zugführer Eikelmann ausgebildet. Geschäftsführer Budzynski überzeugte sich vor Ort vom guten Ausbildungsstand der

Helfer. Sie übten das Bergen von Verletzten aus Höhen und Tiefen mit dem Rollgliss-Rettungsgerät und zerlegten alte zurückgelassene Maschinen mit dem Brennschneidgerät. Der stillgelegte Steinbruch und die leerstehenden Gebäude auf dem Übungsgelände boten dafür hervorragende Voraussetzungen. Unterstützt wurde die ganztägige Ausbildungsveranstaltung durch den Verpflegungstrupp des Ortsverbandes. M. D.

Hohe Auszeichnung für verdiente THW-Helfer

Oberbürgermeister Günther Metzger übergab im Kongreßsaal des Rathauses 58 verdienten Darmstädter Bürgern eine Ehrenurkunde. Das Stadtoberhaupt lobte dabei die uneigennützigste Arbeit der in Parteien, Verbänden und Vereinen engagierten Bürger, die die „Tugenden des Menschseins“ schon jahrzehntelang in den Dienst des Nächsten stellten.

Auch Dieter Schäfer und Wilfried Schäfer, altgediente Helfer des THW-OV Darmstadt, wurden ausgezeichnet. Dieter Schäfer ist Ausbildungsleiter und kümmert sich besonders um die Ausbildung des Nachwuchses. Mit ein Grund für die Ehrung dürfte seine Mitarbeit als Fachberater „Bergungsdienst“ in der Technischen Einsatzleitung der Stadt Darmstadt sein.

Wilfried Schäfer – bekannt unter der Kurzbezeichnung „Bully“ – steht dem Ortsverband seit Jahrzehnten als Feldkoch zur Verfügung und ist bei allen größeren THW-Aktionen mit von der Partie.

H. G.

Rheinland-Pfalz



Grau ist alle Theorie . . .

Nur von der Theorie her kannten die Führer und Unterführer des THW-OV Zweibrücken bisher den Warndienst. Doch nun bot sich Gelegenheit, die Arbeitsweise dieses Dienstes näher kennenzulernen. Anschauungsobjekt war das Warnamt VII in Weinsheim bei Bad Kreuznach.

15 Helferinnen und Helfer konnte der Leiter des Amtes, Dipl.-Ing. Utischill, im

Führungsraum der Bunkeranlage begrüßen. Seinen einleitenden Worten schloß sich ein umfassender und anschaulicher Vortrag über Aufgaben sowie Organisation des Warndienstes an. Vom Erkennen der verschiedenen Gefahren durch die WD-Verbindungs- und Meßstellen, über ihre Auswertung im Warnamt bis hin zur Warnung der Bevölkerung wurde den Helfern der Ablauf aufgezeichnet. Auch wurden die verschiedenen Sirensysteme sowie die Funktion der Warnstellen dargestellt.

Die folgende Führung durch den Gebäudekomplex verdeutlichte die Worte des Warnamtsleiters. Sowohl der taktische Bereich als auch die Fernmeldeeinrichtungen und die Betriebstechnik wurden in ihrem Zusammenspiel veranschaulicht. Im Resümee stellten die Gäste fest, durch diesen Besuch sei ihr Wissen um den Zivilschutz weiter vertieft und damit die Effektivität der Ausbildung der Helfer wesentlich gefördert worden.

W. L.

Orientierungsmarsch der Jugendgruppen

Im Rahmen der vorbereitenden Ausbildung der Jugendgruppen im THW-OV Spiesen-Elversberg liegt auch die Unterweisung in der Handhabung von Orientierungshilfen wie Karte und Kompaß. Wenn im Ernstfall die Einsatzorte in unwegsamem Gelände liegen und nur zu Fuß erreicht werden können, dann helfen umfassende Kenntnisse im Umgang mit diesen Hilfsmitteln. Daß schon die Jüngsten im THW damit umzugehen wissen, zeigte eine Übung der Jugendgruppe.

Je ein oder zwei Junghelfer erhielten den Auftrag, die gesamte Gruppe an vorgegebene Punkte heranzuführen — hier stellte sich heraus, wer in den vorangegangenen Unterrichtsstunden aufgepaßt hatte und wer nicht. Fachausdrücke wie „Deklination“, „Topographische Karte“ oder „Einnorden“ schwirrten durch die Luft, und dann ging's los. Über Stock und Stein marschierten die Helfer geradeaus durch den Wald. War der am jeweiligen Zielort wartende VW-Bus erreicht, ging ein Aufatmen durch die Gruppe: Man war nicht falsch gelaufen. Doch auch wenn dies geschehen wäre, es wäre nicht schlimm gewesen: Über das mitgeführte Funkgerät war der Zielpunkt stets „ansprechbar“.

Nach diesem „Spaziergang“ von rund zwölf Kilometern Länge saß man noch etwas in der Unterkunft zusammen. Zwar hatten einige Junghelfer schwere Füße und alle einen kräftigen Hunger, aber Spaß hatte es ihnen gemacht. D. L.

THW-Ehrenzeichen für Franz Kaspar

Als Anerkennung für die um das THW erworbenen besonderen Verdienste wurde THW-Ortsbeauftragter Franz Kaspar, Nonnweiler, mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold ausgezeichnet. Mit Kaspar ist ein Mann geehrt worden, der als einer der dienstältesten Ortsbeauftragten zu den hervorragenden Führungskräften des THW im Saarland zählt.

Während seiner zwanzigjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit hat der Mitbegründer des Ortsverbandes durch seinen unermüdlichen Einsatz wesentlich dazu beigetragen, daß sich der Ortsverband vorbildlich entwickelte und bei Behörden, Verbänden und befreundeten Organisationen, aber auch bei der Bevölkerung heute großes Ansehen genießt. Kaspars ständigen Bemühungen ist es zu ver-



Franz Kaspar (links) erhält aus der Hand von Regierungsdirektor Ständer das THW-Ehrenzeichen.

danken, daß das THW Nonnweiler ein unverzichtbarer Bestandteil des Katastrophenschutzes im Kreis St. Wendel geworden ist.

Kaspar wurde am 28. Dezember 1919 in Buweiler, Kreis St. Wendel, geboren. Nach einer Schlosserlehre war er ab 1936 Berufssoldat. Nach Rückkehr aus der Gefangenschaft trat er 1947 in die Dienste der Gemeinde-Amtsverwaltung Nonnweiler ein. Seine Laufbahn beim THW begann 1962, als er den Ortsverband Nonnweiler mit aus der Taufe hob. Seit dieser Zeit leitete er die Geschicke des Ortsverbandes, den er mit stetem Einsatz ausbaute. Kaspar legt nun sein Ehrenamt als Ortsbeauftragter aus gesundheitlichen Gründen in die jüngeren Hände des THW-erfahrenen Hans Kiefer. E. M.

Kamin fiel nach Maß

Ein 35 Meter hoher Kamin behinderte die weiteren Abbrucharbeiten einer alten Saarlouiser Fleischwarenfabrik. Eine Sprengung war unumgänglich. Für die Sprenghelfer des THW-OV Saarlouis war dies eine willkommene Gelegenheit, ihre Kenntnisse aufzufrischen und ihr Wissen zu vervollständigen.

So erklärte sich Zugführer Reiner Werth nach Absprache mit Sprengberechtigtem Manfred Trumm bereit, mit einigen Helfern des Bergungszugs die Arbeiten zu unterstützen.

Unter Leitung Trumms bereiteten die Helfer die Sprengung vor. Auf einer drei Meter hohen Trafostation und dem Dach einer angrenzenden Lagerhalle mußte zunächst ein Schutzdach errichtet werden. Probebohrungen, eingehende Berechnungen und das Anreißen der Bohrlöcher folgten. Nachdem zunächst eine Zusammenbruchsprengung ins Auge gefaßt worden war, entschloß man sich schließlich doch für eine Sprengung mit vorbestimmter Fallrichtung, um spätere Aufräumarbeiten zu erleichtern.

Anschließend wurden etwa 30 Bohrlöcher gesetzt, Stroh und Maschendraht herbeigeholt. Nach dem Besetzen, Verdrahten und Abdämmen der Bohrlöcher wurde die Kamintrömmel mit Stroh und Maschendraht umwickelt.

Termingerecht wurden die Vorarbeiten abgeschlossen. Rechtzeitig vor der Sprengung hatten die Helfer die zahlreichen Neugierigen aus dem Gefahrenbereich gebracht und das Gelände abgesichert: Der Kamin konnte fallen.

Er fiel schließlich auf die Minute genau und wich keine Handbreit von der vorbestimmten Fallrichtung ab. Für die Helfer war dies ein weiterer Ansporn, ihre Sprengausbildung zielstrebig weiterzuvollziehen. R. W.

Zwanzig Jahre THW-OV Nonnweiler

„Wir haben uns zusammengefunden zu Ehren und zur Ehrung des THW-OV Nonnweiler, einem Fest zwanzigjähriger Bewährung im Dienste der Öffentlichkeit, im Dienste an den Mitmenschen. Gern habe ich hier bei einer Gruppe von 70 Helfern, von Einzelpersonlichkeiten, die sich den Mitmenschen verpflichtet fühlen und Freizeit opfern, um ihr technisches Können jederzeit der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, die Schirmherrschaft übernommen“, betonte Landrat Dr. Waldemar Marner anlässlich der Festveranstaltung des Ortsverbandes. „Beherzte Männer haben vor zwanzig Jahren den Ortsverband unter der Leitung von Ortsbeauftragtem Franz Kaspar aus der Taufe gehoben und haben nach einem steinigem, mühevollen Weg das Ziel einer technisch wertvollen Einheit, einer der bestens ausgebildeten Züge des Landes erreicht, worüber wir alle sehr stolz sein sollten. Das THW, eine Truppe, die wir nötig brauchen, steht jederzeit bereit, nicht nur im Katastrophen- und Ernstfall, nein auch im täglichen Leben, um der Allgemeinheit, dem Mitmenschen, dem Nachbarn, schnell und unkompliziert zu helfen“, führte der Landrat weiter aus.

THW-Landesbeauftragter Günter Faß stellte heraus, daß zwanzig Jahre in unserer schnelllebigen Zeit und in der gesamtgeschichtlichen Entwicklung nur einen kurzen Zeitabschnitt darstellen, aber eine lange, mühevollen Aufbauarbeit für eine Hilfsorganisation bedeuten.

Bevor Regierungsdirektor Ständer in Vertretung des THW-Direktors den neuen Ortsbeauftragten Hans Kiefer



An einem verunglückten Pkw demonstrieren die THW-Junghelfer mit dem Rettungsspreizer ihr Können.



Regierungsdirektor Ständer (links) beglückwünscht Ortsbeauftragten Hans Kiefer (Bildmitte) zur Amtsübernahme. Zuvor hatte er Ortsbeauftragten Franz Kaspar (rechts) verabschiedet und das THW-Ehrenzeichen in Gold verliehen.

vorstellte, würdigte er das Wirken des scheidenden Franz Kaspars, eines der dienstältesten Ortsbeauftragten des Saarlandes und übergab ihm das THW-Ehrenzeichen in Gold.

Für ihre zwanzigjährige ehrenamtliche Mitarbeit im THW, ihre Verdienste um den Katastrophenschutz und die Allgemeinheit überreichte THW-Landesbeauftragter Faß den Helfern Franz Kaspar, Georg Wagner, Horst Weiler, Edgar Peter, Richard Leidinger, Fred Barth, Heinz Breit, Robert Roth, Josef Heck und Hans-Günther Rhein eine Ehrenurkunde.

Der außerordentlich gut besuchte Kommerz in der festlich geschmückten Mehrzweckhalle in Primstal hatte mit einem Applaus für die Jugend im Katastrophenschutz begonnen. Bei einer gemeinsamen Nachmittagsübung hatten Jugendrotkreuz und Jugendfeuerwehr aus Primstal mit der THW-Jugendgruppe Nonnweiler Hand in Hand gearbeitet und ihr Können gezeigt. Bei einem gestellten Verkehrsunfall galt es, Verletzte zu bergen und zu versorgen. THW-Junghelfer hebelten mit dem hydraulischen Spreizer Fahrzeugtüren auf und trennten mit der Rettungsschere an einem weiteren Fahrzeug das Dach ab. Die „Verletzten“, wirklichkeitsnah geschminkte Jugendrotkreuzler, wurden geborgen und von Helfern des Jugendrotkreuzes erstversorgt und abtransportiert. Eingreifen mußte die Jugendfeuerwehr, als ein Unfallfahrzeug Feuer fing. Mit Wasser- und Schaumkanone hatten sie den Brand schnell im Griff.

Eine umfangreiche Geräteschau, Filme und Lichtbildvorträge über die Arbeit des THW sowie Bildtafeln über die ge-

schichtliche Entwicklung des Ortsverbandes Nonnweiler informierten die Besucher ausführlich.

E. M.

Brückenschläge über Bist und Weißbach

Noch bis vor etwa 15 Jahren verband eine Straßenbahnlinie Saarlouis mit dem französischen Creutzwald. Saarländische Bergleute, im grenznahen französischen Kohlenrevier beschäftigt, bildeten den größten Teil der Fahrgäste. Im Laufe der Jahre wurde der Strom der Pendler jedoch immer kleiner, die Straßenbahnlinie schließlich unwirtschaftlich und durch eine Buslinie ersetzt. Die Schienenstränge wurden beseitigt und die Brücken demontiert. Heute erinnern der Bahndamm und die Brückenläger an die Linienführung von damals.

Im grenznahen Überherrn bekamen zwei dieser alten Brückenläger neue Bedeutung. Der Bau neuer Sportanlagen und die Erschließung eines Gemeinderandbezirks machten eine direkte Verbindung zwischen dem Ortskern und dem neu erschlossenen Gelände vor allem für Fuß- und Spaziergänger erforderlich. Dazu mußten die parallel zueinander verlaufenden Bäche Bist und Weißbach überbrückt werden. Der Gemeinderat beschloß, diese Verbindung in der Trasse der ehemaligen Straßenbahnlinie herzustellen und die Endaufläger der Straßenbahnbrücken von einst wieder herzurichten.

Mit dem Bau der Fußgängerbrücken, nur etwa hundert Meter voneinander entfernt, sollte der THW-OV Saarlouis betraut werden, der bereits aus mehreren gleichartigen Projekten die notwendige Erfahrung mitbrachte und für eine „saubere Arbeit“ bekannt war.

Nach einem Ortstermin und nach der Besichtigung verschiedener Fußgängerbrücken, die der Ortsverband in der Vergangenheit erstellt hatte, gab der Gemeinderat schließlich grünes Licht, die Vorarbeiten konnten beginnen.

Ortsbeauftragter Hermann Wagner, der die Vorgespräche geführt hatte, beauftragte den Bergungszug mit dem Bau dieser Brücken und übergab Rembert Himbert, der sich bereits bei ähnlichen Projekten bewährt hatte, die Bauleitung. Nachdem die Vorarbeiten abgeschlossen waren, ein Unternehmen die Endaufläger wieder hergerichtet hatte und die Tragebalken aufgelegt waren, konnten die Arbeiten beginnen.

Bereits am Freitagabend war die erste, etwa 16 Meter lange und zwei Meter breite Brücke bis auf wenige Feinheiten fertig. Bürgermeister Burg, mehrere Gemeinderatsmitglieder, THW-Geschäftsführer Rudolf Werth sowie der stv. Ortsbeauftragte, Ernst Wagner, konnten sich

so bereits am Freitagnachmittag von einer fachmännisch soliden Arbeit überzeugen. Der Bürgermeister stellte in einer kleinen Ansprache die Bedeutung der Brücken für die Bürger der Gemeinde heraus, sprach dem THW seine Anerkennung aus und würdigte auch die bisher vom Ortsverband für die Gemeinde Überherrn geleistete Arbeit.

Das rasche Vorankommen gab den Helfern um Zugtruppführer Gerhard Schramm und die Gruppenführer Bernhard Geber und Wolfgang Jung immer wieder neuen Auftrieb, so daß die durchschnittlich im Einsatz befindlichen 14 Helfer schließlich in Tagesschichten von zwölf Stunden am Samstagabend auch den zweiten Brückenbau von 6,50 Metern Länge, 2,60 Metern Breite und einer Belastbarkeit von 16 Tonnen fertigstellen konnten. Für den Sonntag verblieben nur noch die Aufräumungsarbeiten; das Richtfest mit dem Dank für die geleistete Arbeit beschloß das gemeinsame Werk.

R. W.

DRK schulte THW in Erster Hilfe

„Wir Katastrophenschutz-Organisationen verfolgen alle das gleiche Ziel, Leben zu retten, wenn auch die Schwerpunkte der Arbeit verschieden gelagert sind“, erklärte DRK-Bereitschaftsführer Berthold Wagner, Primstal, nach einem acht Doppelstunden umfassenden Erste-Hilfe-Lehrgang in der Unterkunft des THW-OV Nohfelden in Türkismühle.

Eindrucksvoll hatte Wagner in Wort, Bild und praktischen Übungen den THW-Helfern, meist Junghelfern, und den in der Mehrzahl jugendlichen Interessenten aus der Bevölkerung die notwendigen Kenntnisse vermittelt. Der Lehrgangsabschluß, so Wagner, verbinde nicht nur Theorie und Praxis, sondern soll alle zur Hilfe motivieren.

Jeder Kursteilnehmer hatte nach der Themenvorgabe Gelegenheit, sein Wissen in Erster Hilfe zu beweisen. Wirklichkeitsnah geschminkte Verletztendarsteller forderten als Unfallopfer nach einem simulierten Verkehrsunfall das richtige Handeln. Ruhe und Besonnenheit sei die beste Grundlage für eine wirksame Erste Hilfe. Im Ernstfall müsse man die anfangs vorhandene Scheu vor der Wirklichkeit ablegen. Man dürfe sich nicht beirren lassen von außenstehenden „Besserwissern“, die nicht den Mut oder die Kenntnis zur Hilfe haben, betonte Ausbildungsleiter Dietmar Zerfaß.

Dankend für Aufmerksamkeit und Interesse verabschiedete sich Wagner und betonte u. a., die Zusammenarbeit aller Organisationen, die sich in den Dienst der Sache stellten, müsse eng und kameradschaftlich sein.

E. M.



Dreißig Jahre THW-OV Freiburg

Dreißig Jahre nach der Gründung des THW-OV Freiburg waren einige Gründungsmitglieder und Alt-Helfer auf Einladung des Ortsbeauftragten Bernd Rinn Gäste des Ortsverbandes. Sie überzeugten sich gemeinsam mit Vertretern der Polizei, des DRK, des MHD und der Presse vom guten Ausbildungsstand der 21 Helfer, die an diesem Tage ihre Prüfung „Grundausbildung“ absolvierten.

Nachdem die Prüfer die Ergebnisse an den einzelnen Stationen durchgesprochen hatten, konnten sie allen Helfern das ersehnte „Bestanden“ erteilen.

Dr. F. W.

Keine Sommerpause beim THW

Keine sommerliche Ruhepause hatte der THW-OV Biberach/Baden. So mußten die Helfer, während viele in Urlaub waren, z. B. den Rettungshubschrauber Christoph 11 einweisen, nachdem eine ältere Frau beim Überqueren der Straße von einem Pkw erfaßt und verletzt worden war.

Zum Glück ohne Verletzte ging es ab, als eine Pkw-Fahrerin zwischen Mühlenbach und Heidburg von der Fahrbahn abkam, einen Steilhang hinunterrutschte und dann das Fahrzeug in Bäumen hängen blieb. Mit der Seilwinde des GWK konnte der Pkw geborgen werden.

Nicht so glimpflich erging es einem weiteren Pkw-Fahrer unterhalb des Löcherberges. Aus ungeklärter Ursache kam er von der Fahrbahn ab und stürzte eine



THW-Helfer unterstützen den Transport einer verletzten Person in den Rettungshubschrauber.

Böschung sechs Meter tief hinunter. Der Fahrer wurde so schwer verletzt, daß er nach der Bergung aus dem Fahrzeug ebenfalls per Rettungshubschrauber in das nächstgelegene Krankenhaus geflogen werden mußte. Auch hier war das THW im Einsatz und erleichterte dem Hubschrauber durch sachgemäße Einweisung die Landung. K. P.

Jugendgruppe baute für Kinder

Im Jahre 1977 wurde im THW-OV Leonberg eine Jugendgruppe gebildet, die sich derzeit aus 13 Jungen im Alter von 14 bis 17 Jahren zusammensetzt. Die Junghelfer haben nun unter Anleitung ihres Gruppenführers zwei Spielzüge aus Holz gebaut, die dem Wiechern-Kindergarten in Leonberg-Ramtel und der Schule für Geistigbehinderte der Lebenshilfe e. V. in Wiesloch übergeben wurden.

Der Wieslocher Spielzug wurde anlässlich des baden-württembergischen Familienfestes auf dem Killesberg im Jahr 1981 als großer Wunsch der Kinder der Schule Lebenshilfe „bestellt“. W. B.

Schnelle und fachkundige Hilfe

Die Autofähre der Gemeinde Haßmersheim am Neckar mußte wegen einer Beschädigung des Gierseiles außer Betrieb gesetzt werden. Durch die gleichzeitige Sperrung der nahegelegenen Brücke in Gundelsheim wegen Bauarbeiten bedeutete dies für die zahlreichen Autofahrer, die auf die Fähre angewiesen waren, einen Umweg von bis zu 30 Kilometern. Deshalb suchte die Gemeinde Haßmersheim schnelle und fachkundige Hilfe, die sie beim THW-OV Haßmersheim fand.

Das fast 160 m lange Stahlseil, das über zwei Gittermasten in ca. 20 m Höhe über den Neckar und eine Bundesstraße gespannt ist, wurde vom THW an zwei Abenden ausgetauscht. Unter der Leitung von Ortsbeauftragtem Tscharf und Geschäftsführer Bodamer wurde zunächst das beschädigte Seil entfernt. Nachdem das Stahlseil mit dem Brennschneidgerät durchgetrennt war, fiel es wie geplant in den Neckar und wurde mit dem GWK herausgezogen. Am folgenden Tag wurde das neue Seil angeliefert und gleich abends von den THW-Helfern eingezogen. Dabei wurde u. a. auch eine selbstgefertigte Fähre eingesetzt.

Besonders schwierig war das Anbringen des neuen Seils auf einem ca. 15 m hohen Gittermast, der direkt neben der Bundesstraße an einem steilen Bahndamm steht. Doch innerhalb kurzer Zeit hing das Seilende über dem Mast, so daß die Sperrung der Bundesstraße bald wieder aufgehoben werden konnte. Die Schifffahrt auf dem Neckar konnte nach 90 Minuten wieder freigegeben werden.

J. W.

Bayern



Eine gemeinsame Präsentation

Der Landkreis Starnberg plante im Rahmen einer Gewerbeausstellung auch eine Präsentation sämtlicher Katastrophenschutz-Organisationen. In den Vorbesprechungen einigte man sich auf den Aufbau von Informationstafeln. Die Tafeln sollten durch das Ausstellungsstandsystem des Bundesverbandes für

den Selbstschutz optimal dargeboten werden. Da die Ausstellungsfläche im Freigelände liegen sollte, mußte ein Schutzdach gefunden werden. Deshalb wurde das große Ausstellungszelt des BVS vom BRK aus Köln geholt und aufgestellt. Ergänzt wurde die Tafelausstellung durch eine Fahrzeug- und Geräteschau der Hilfsorganisationen.

Zusätzlich übernahm der THW-OV Starnberg die Aufgabe, für eine Wasser-

orgel eine Unterkonstruktion zu errichten, die trotz mehrerer Tonnen Belastung auf dem sumpfigen Untergrund des Ausstellungsgeländes nicht absacken durfte. Hinzu kam der Aufbau eines Küchenzeltes sowie das Eingraben einer Wasserleitung für die Versorgung des Festzeltes und die Erstellung eines Pontons für das traditionelle Fischerstechen in Starnberg.

Die Ausstellung verlief sehr erfolgreich.



In einem Rundzelt ist die gemeinsame Tafelausstellung der Hilfsorganisationen untergebracht.

Besonders erfreulich war, daß alle Katastrophenschutz-Organisationen unter einen „Hut“ gebracht werden konnten und so die Gesamtheit des Katastrophenschutzes der Bevölkerung vorgestellt wurde. C. D. M.

Gasexplosion in Bamberg

Durch eine verheerende Gasexplosion, die kilometerweit zu hören war, wurde ein Haus in der Altenburger Straße in Bamberg fast völlig zerstört, ein weiteres teilzerstört, Nachbargebäude angeschlagen. Die Feuerwehr und das BRK waren als erste an der Unglücksstelle und borgen und versorgten Verletzte. Feuer war keines ausgebrochen.

Der THW-OV Bamberg wurde über Funkalarm gerufen, um Bergungs-, Räumungs- und Abstützungsarbeiten durchzuführen. Als nach 20 Minuten die ersten Helfer eintrafen, war durch die Feuerwehr bereits ermittelt, daß keine Personen im Trümmerkegel verschüttet waren.



Die Schadenslage an der Rückseite des Hauses.



Mit Baumstämmen wird das Dach fachgerecht unterfangen.

Durch die Explosion waren die Fassaden von zwei Häusern auf die Straße geschleudert worden. Die des Auflagers beraubten Decken stürzten ab. Nur das Dach blieb als Tragarm hängen. Sieben freihängende Deckenbalken wurden mit Baumstämmen fachgerecht unterfangen und das Haus horizontal ausgesteift. Die angrenzenden Giebelmauern der Nachbargebäude waren durch die Explosion zum Teil eingedrückt und so stark erschüttert, daß Abstützungen eingebracht werden mußten.

Für die Zimmerleute des THW-Bergungszugs Bamberg-Land war das eine Möglichkeit, ihr Können unter Beweis zu stellen. Unterstützt von weiteren 20 Helfern war nach ca. vier Stunden – bei 30 Grad im Schatten – die akute Einsturzgefahr gebannt. Nun konnten Sachgüter aus dem stark angeschlagenen Nachbarhaus geborgen werden.

Die Einsatzleitung lag in den Händen des THW-Kreisbeauftragten Peter Lukas, der Zugführer Keil und Pohl sowie von Zugführer Wunder, der für die Koordination in der Unterkunft sorgte. H. P. M.

22 Stunden lang im Einsatz

Durch einen Flugfehler stürzte nur sechs Minuten nach dem Start eine einmotorige Piper bei Landsberied ab. Beide Insassen, die als sehr erfahrene Piloten galten, kamen dabei ums Leben.

Um 17.00 Uhr hatte der THW-OV Fürstfeldbruck zwölf Helfer im Einsatz, die die Unfallstelle absperren und die Ausleuchtung vorbereiteten. Die Helfer stellten sich auf einen längerdauernden Einsatz ein, denn die verunglückte Ma-



Mit der Rettungsschere wird das Gestänge des Flugzeugs zerkleinert.

schine sollte von der Kriminalpolizei und den Spezialisten des Luftfahrtbundesamtes aus Braunschweig untersucht werden. Noch in der Nacht begannen die Experten mit ihren umfangreichen Untersuchungen. Zwischen drei und vier Uhr früh stand fest, daß die Steuerung des Flugzeugs einwandfrei funktioniert hatte. Man beschloß dann, die Arbeiten bis zum Morgen zu unterbrechen. Die Schadensstelle mußte jedoch die ganze Nacht gesichert und bewacht werden.

Am nächsten Morgen gingen die Untersuchungen im Detail weiter. Stück für Stück wurden Teile des Flugzeugs nun mit der Rettungsschere und mit Eisensägen abgetrennt. Gegen 14.00 Uhr hatte man sich endlich soweit vorgearbeitet, daß die beiden Leichen geborgen werden konnten.

Die Trümmer, die in relativ kleine und leichte Teile zerlegt waren, wurden auf den THW-Kipper verladen und abgefahren. Für die Sachverständigen stand fest: Kein technischer Mangel.

F. W. Sch.

Steg über die Amper instandgesetzt

Durch Hochwasser wurde der Otfinger Ampersteg, der die Ortschaften Zolling und Langenbach bei Freising verbindet und der hauptsächlich von Wanderern benutzt wird, stark in Mitleidenschaft gezogen: Eines der beiden Joche war gebrochen. Der Bürgermeister der Gemeinde Zolling bat deshalb den THW-OV Freising um Hilfe bei der Instandsetzung des Übergangs.

Zuerst mußten vier Stahlstützen neben den alten Jochen in das Flußbett ge-



Der THW-Kran hebt den Aufbau des Stegs an, um die neuen Joche einzusetzen.

rammt werden. Diese Arbeit führte eine Baggerfirma aus. Unter Leitung von Zugführer Wurzer fertigten dann Helfer des Bergungszugs zwei neue Joche aus Holz. Auf die Stahlstützen wurden Schienen zur Befestigung dieser Joche geschweißt. Anschließend wurde der Steg mit Hilfe eines Krans leicht angehoben und die alten Joche gegen die neuen ausgetauscht. Dadurch konnte eine vollkommene Demontage des Stegs vermieden werden.

Anlässlich der Einweihungsfeier bedankten sich die Gemeinde Zolling und die Oftlfinger Bürger bei den THW-Helfern.

W. H.

Warndienst



Friedensmäßige Tätigkeiten und Nutzung von Anlagen des Warndienstes

Primär richten sich alle Vorbereitungen und Tätigkeiten des Warndienstes nach dem gesetzlichen Auftrag, „die Bevölkerung vor den Gefahren zu warnen, die ihr in einem Verteidigungsfall drohen“. Die friedensmäßigen Aktivitäten des Warndienstes sind im Zivilschutzgesetz geregelt. Im entsprechenden Abschnitt heißt es:

„Einheiten, Einrichtungen und Anlagen des Zivilschutzes sowie deren Ausstattung können auch im Frieden eingesetzt werden, soweit dadurch Zwecke des Zivilschutzes nicht beeinträchtigt werden; in Bundesverwaltung stehende Einrichtungen und Anlagen des Warndienstes werden auf Anforderungen der zuständigen Landesbehörden vom Bund eingesetzt.“

Politisch und volkswirtschaftlich ist dieser Grundsatz von erheblicher Bedeutung und im Hinblick auf die Investitionen und laufenden Betriebsausgaben geradezu zwingend. Ein weiterer positiver Faktor ist in der zusätzlichen Motivation der Mitarbeiter zu sehen. Außerdem bringen die friedensmäßigen Aufgaben Abwechslung für die hauptamtlichen Mitarbeiter des Warndienstes, da sich ihre Arbeit nicht mehr ausschließlich auf die Schrecken eines Krieges ausrichtet.

So werden für die Durchführung von Lehrgängen oder Besprechungen die oberirdischen Räumlichkeiten der Warnämter regelmäßig von anderen Zivilschutz-Organisationen genutzt – beispielsweise durch das THW für Wochenendlehrgänge. Die bundeseigenen



Eine Übung der Feuerwehr auf dem Gelände des Warnamtes.

Warnanlagen, z. B. die Sirenen, werden dem Katastrophenschutz, der Feuerwehr oder für die sonstige Gefahrenabwehr zur Verfügung gestellt. Der Öffentlichkeit ist es meist nicht bekannt, daß der Bund überwiegend Eigentümer der Sirenen ist, die für die friedensmäßige Gefahrenabwehr genutzt werden. Hier scheint noch Aufklärungsarbeit nötig zu sein.

Mit gewissen Einschränkungen können die von der Bundespost gemieteten Übertragungswege des Warndienstes anderen Behörden überlassen werden. Erst dadurch ist es möglich, daß die untere Katastrophenschutzbehörde bei der Gefahrenabwehr alle Sirenen in einem bestimmten Gebiet gleichzeitig von einer Person auslösen läßt.

Mit Beteiligung des hauptamtlichen Personals der Warnämter werden vielfältige Arbeiten geleistet. So das Durchführen von Lehrgängen gemeinsam mit Kräften anderer Behörden, beispielsweise für Helfer der Beobachtungs- und ABC-Meßstellen.

Es ist vorbereitet, daß Warnämter auf Veranlassung von Länderbehörden das Sirensignal „Rundfunkgerät einschalten und auf Durchsagen achten“ (Heulton von einer Minute Dauer) auslösen und Durchsagen für die Warnstellenbesitzer über das Stuenetz sprechen.

Bei einigen Warnämtern besteht eine Absprache mit der zuständigen Katastrophenschutzbehörde über den Einsatz des warndiensteigenen Meßstellennetzes zur Messung von Gammastrahlung bei kerntechnischen Unfällen. Zwar dürfte die untere Meßempfindlichkeit kaum die Verstrahlung bei kerntechnischen Unfällen erfassen, da aber das für den Verteidigungsfall aufgebaute Meßnetz jederzeit einsatzbereit ist, kann es auch für diesen Zweck ohne Mehrkosten bereitgehalten werden.

Im vorbeugenden Umweltschutz ist das Personal der Warnämter bereits seit einigen Jahren tätig, und zwar werden in Amtshilfe für das Umweltbundesamt die Schadstoffkonzentrationen der Luft für Schwefeldioxid, Schwebstaub und Sulfat im Schwebstaub gemessen. Für Untersuchungen über die Ursachen des sogenannten „sauren Regens“ werden die Meßwerte herausgezogen.

Für den „Deutschen Wetterdienst“ führt das Schichtpersonal regelmäßig Wetterbeobachtungen durch. Die ständig trainierte Fähigkeit zur „Wetterbeobachtung“ und das benutzte Gerät kämen dem Warndienst auch im Verteidigungsfall für die Erfüllung seiner Aufgaben zugute.

Ob weitere Tätigkeiten ohne Beeinträchtigung des Auftrages im Verteidigungsfall hinzukommen, bleibt abzuwarten.

H. D. B.



IKRK-Präsident Hay zu Besuch in der Bundesrepublik

Friedensarbeit beginnt an der Basis

Besichtigungen und Arbeitsgespräche in Bonn, Siegen, Arolsen und Wolfhagen
Für die Ratifikation der Genfer Zusatzprotokolle plädiert

Die Arbeit eines Kreisverbandes sei ein Beispiel dafür, daß auch in hochzivilisierten Staaten Dinge getan werden könnten, die der Staat nicht machen könne, führte der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Alexandre Hay, anlässlich seines Besuches beim DRK-Kreisverband Siegen aus. DRK-Präsident Prinz Wittgenstein hatte den hohen Gast zuvor über das vielfältige Leistungsangebot seines heimatischen Kreisverbandes informiert.

Hay war vom 3. bis 8. September 1982 als Gast des DRK in der Bundesrepublik Deutschland und hatte sich vor seinem Besuch in Siegen an Ort und Stelle über die geleistete Arbeit des Internationalen Suchdienstes in Arolsen unterrichtet. In seinen Begrüßungsworten dankte er dort sowohl den Mitarbeitern als auch den behördlichen Stellen, die an der Verwirklichung der Aufgaben dieser Institution beteiligt sind und auch in Zukunft weiter mit viel Aufopferung und Engagement deren Mission erfüllen wollen.

Einer Besichtigung der DRK-Hilfszug-zentralabteilung in Wolfhagen schlossen sich Arbeitsgespräche in Bonn mit den Mitgliedern des Geschäftsführenden Präsidiums und der Leitung des Generalsekretariates an. Weiter standen Besuche beim Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Bundesminister a. D. Dr. h. c. Leber, beim Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hildegard Hamm-Brücher, sowie ein Gespräch mit Bundespräsident Prof. Karl Carstens auf dem Programm.

Der Vortrag von Alexandre Hay vor der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik fand große Beachtung. Der IKRK-Präsident führte dabei aus, daß das Komitee in allen Teilen der Welt noch nie so aktiv tätig war wie zu dieser Zeit. Mehr als 30 Delegierte werden in Latein-Amerika, Afrika, Asien, im Nahen Osten und in Europa unterhalten. Insbesondere gedachte er der rund 120 Delegierten, Ärzte und des technischen Personals, die für das Rote Kreuz im

Libanon mit der Beschützung und Betreuung der Konfliktopfer tätig sind.

Hay dankte der Bundesregierung für die materielle Unterstützung bei der Bewältigung der humanitären Aufgaben des IKRK, richtete sich jedoch auch gleichzeitig an ihre verantwortlichen Instanzen mit der Aufforderung, der Ratifikation der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 volle Aufmerksamkeit zu schenken. Er hob hervor, daß bisher nur eine Minderheit der Staatengemeinschaft die Protokolle I und II in aller Form ratifiziert habe, darunter jedoch keine Großmacht und kein Nuklearstaat. Das IKRK betrachte es als seinen besonderen Auftrag, den Regierungen diese fundamentalen Texte in Erinnerung zu rufen und sie aufzufordern, beide Protokolle zu verbindlichen Rechtsinstrumenten zu machen.

Alexandre Hay ist der 11. Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Er wurde 1919 in Genf geboren, trat 1945 in den Dienst des eidgenössischen politischen Departements und bekleidete zuletzt dort das Amt eines Sekretärs der schweizerischen Gesandtschaft in Paris. 1954 wechselte er zur schweizerischen Nationalbank in Zürich, deren Generaldirektor er 1966 wurde. Im Januar 1975 wurde er zum Mitglied des IKRK ernannt und im Juli desselben Jahres zum Präsidenten gewählt. Am 1. Juli 1976 trat er dieses Amt an.

Horst F. Hamburg



Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Alexandre Hay, war vom 3. bis 8. September 1982 zu Gast beim Deutschen Roten Kreuz. Unser Foto zeigt Hay (Zweiter von rechts) neben DRK-Präsident Prinz Wittgenstein in einem Gespräch mit Vertretern der Presse.

Sanitätseinsatz bei Demonstrationen und das Problem der „Demo-Sanitäter“

Arbeitskreis empfiehlt, den besonderen Schutz des Rotkreuz-Zeichens herauszustellen

Vor dem Arbeitskreis drei der Justitiartagung, die zum zweiten Male in Freiburg stattfand, hatte Georg Bock, Justitiar des Landesverbandes Nordrhein des DRK und Abteilungsdirektor im Regierungspräsidium Düsseldorf, ein vielbeachtetes Referat über den „Einsatz von Rotkreuz-Einheiten bei Demonstrationen und Unruhen und das Problem der sogenannten ‚Demo-Sanitäter‘“ gehalten.

In einer lebhaften Diskussion wurden im Arbeitskreis eine Reihe von Einzelfragen mit folgenden Ergebnissen behandelt:

Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß es sowohl den zuständigen Polizeibehörden als auch den bekannten Veranstaltern von Demonstrationen mehr als bisher bewußt gemacht werden müsse, daß die DRK-Sanitätseinheiten – je nach den örtlichen Verhältnissen – in der Lage und bereit sind, den Sanitätsdienst bei Demonstrationen zu übernehmen. Ein darüber hinausgehendes Anerbieten im Einzelfall sollte, um den

Grundsatz der Neutralität nicht zu gefährden, unterbleiben. Es entspricht jedoch dem Selbstverständnis des DRK, seine Sanitätseinheiten bei Demonstrationen auch dann bereit zu halten und im Bedarfsfalle einzusetzen, wenn diese weder von der zuständigen Polizeibehörde noch von dem Veranstalter der Demonstration angefordert worden sind.

Der Grundsatz der Selbständigkeit des DRK verbietet es in der Regel, DRK-Sanitätseinheiten bei Demonstrationen der Einsatzleitung der Polizei, der Feuerwehr oder einer anderen Hilfsorganisation zu unterstellen. Wenn im Einzelfall, insbesondere aufgrund örtlicher Verhältnisse, eine Zusammenarbeit mit der Feuerwehr oder einer anderen Hilfsgesellschaft unerlässlich ist, soll angestrebt werden, daß den DRK-Sanitätseinheiten ein bestimmter örtlicher Bereich zugewiesen und die Einsatzleitung insoweit auf den zuständigen DRK-Kreis- oder -Landesverband übertragen wird.



Mit dem Problem des Sanitätseinsatzes bei Demonstrationen beschäftigten sich die Justitiare des DRK auf ihrer Tagung in Freiburg (unser Bild: die Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten).

Foto: Friedhelm Schulz

Die Fürsorgepflicht der DRK-Verbände gebietet es, DRK-Sanitätseinheiten und -Sanitäter vor besonders gefährlichen Einsätzen während einer Demonstration zu bewahren. In diesem Zusammenhang wird den DRK-Verbänden eine Überprüfung und evtl. Verbesserung des Versicherungsschutzes empfohlen.

Es besteht Einigkeit darüber, daß kein DRK-Verband und keine DRK-Sanitätseinheit berechtigt ist, der Feuerwehr oder einer anderen Hilfsorganisation oder deren Sanitätern die Verwendung des Rotkreuz-Zeichens zu gestatten, auch dann nicht, wenn diese von dem DRK-Verband oder der DRK-Sanitätseinheit um Hilfeleistungen gebeten werden.

Der Arbeitskreis war sich darüber einig, daß die Verwendung des Rotkreuz-Zeichens durch sog. Demo-Sanitätseinheiten und Demo-Sanitäter auf alle Fälle verhindert werden muß. Der Arbeitskreis empfiehlt, den besonderen Schutz des Rotkreuz-Zeichens bei den Veranstaltern von Demonstrationen und in den Kreisen möglicher Demonstranten durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit besser bekanntzumachen. Dagegen bestand eine unterschiedliche Auffassung darüber, ob es hilfreich ist, bei einer widerrechtlichen Demonstration Strafanzeige zu erstatten.

Der Arbeitskreis empfiehlt dem Generalsekretariat zu prüfen, ob das von Demonstranten neuerdings vielfach verwendete Zeichen eines Roten Kreuzes auf weißem Grund, dessen einer Balken zu einer geballten Faust ausgestaltet ist, mit dem Rotkreuz-Zeichen verwechslungsfähig ist und ob eine vorbeugende Unterlassungsklage gegen den oder die Verwender zweckmäßig ist.

Der Arbeitskreis stellte übereinstimmend fest, daß es dringend erforderlich ist, die Veranstalter von Demonstrationen darüber aufzuklären, daß DRK-Sanitätseinheiten und -Sanitäter den Grundsätzen der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit verpflichtet sind und jeder DRK-Sanitäter der Verschwiegenheitspflicht auch gegenüber der Polizei und Staatsanwaltschaft unterliegt, um zu verhindern, daß die mit dem Auftreten von Demo-Sanitätern oftmals verbundene Angstmasche vor den DRK-Sanitätern dazu führt, daß deren Hilfe, sogar in Notfällen, gemieden wird. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag gemacht, die eingesetzten Fahrzeuge der DRK-Sanitätseinheiten mit entsprechenden Hinweisschildern zu versehen.

Der Originaltext des Referats von Georg Bock wird in Kürze in der Schriftenreihe des DRK, Abt. Recht, erscheinen und kann von Interessenten angefordert werden.

ASB sprach mit Anke Fuchs, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Ausbau ambulanter sozialer Dienste eine wichtige Aufgabe

Vorschläge zur sozialen Absicherung der Pflegekosten erarbeitet – Modellprogramm geplant

In den nächsten Jahren wird sich unsere Bevölkerungsstruktur dahingehend weiter verändern, daß der Anteil älterer und behinderter Menschen, die pflegebedürftig sind, weiter steigen wird. Das bedeutet, daß die Kosten für die Sozietats sich vergrößern werden; angesichts der angespannten Haushaltslage eine Situation, die dazu zwingt, neue Lösungsmöglichkeiten zu finden. Welche Bedeutung dabei den ambulanten sozialen Diensten eingeräumt wird, dazu äußert sich der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Anke Fuchs, an einem Interview mit dem Arbeiter-Samariter-Bund.

asb: Wie viele und welche Arten von ambulanten Diensten für Pflegebedürftige gibt es in der Bundesrepublik Deutschland?

Fuchs: Ambulante Dienste für Pflegebedürftige sind in den unterschiedlichsten Formen und Organisationen vorhanden. Es gibt noch etwa 8000 bis 9000 Gemeindepflegestationen, die meist in ländlichen Gegenden zu finden sind. In den Ballungsgebieten finden sich überwiegend Sozialstationen, z. Z. etwa 1400. Diese Sozialstationen haben im Durchschnitt sieben bis neun Mitarbeiter. Daneben bestehen noch traditionelle Altenpflegevereine und ähnliche Einrichtungen, deren genaue Anzahl nicht bekannt ist. Nicht zu vergessen sind auch die mobilen sozialen Hilfsdienste, die mit Zivildienstleistenden Altersgebrechliche und Behinderte betreuen. Hier sind etwa 1800 Zivildienstleistende im Einsatz. All diese ambulanten Dienste wenden sich nicht nur an Pflegebedürftige; ein wesentlicher Teil ihres Einsatzes betrifft die ambulante häusliche Krankenhilfe.

asb: Welche Bedeutung haben ambulante soziale Dienste für Pflegebedürftige?

Fuchs: Im Vorfeld und zur Vermeidung von Heimunterbringung kommt ambulanten sozialen Diensten für Pflegebe-



dürftige eine wichtige Aufgabe zu: Sie sollen zu Hause lebende Pflegebedürftige unterstützen, damit die häusliche Versorgung aufrechterhalten werden kann. Wir wissen, daß in häuslicher Pflege etwa 650000 schwerpflegebedürftige Menschen versorgt werden. Diese Mitbürger können noch zu Hause in ihrer gewohnten sozialen Umgebung leben, weil täglich oder zumindest wöchentlich eine Pflegekraft nach ihnen schaut oder sie versorgt, sie Essen auf Rädern erhalten, ihnen bei kleineren hauswirtschaftlichen Problemen geholfen wird, sie also nicht ganz allein auf sich angewiesen sind.

asb: Sehen sie eine Möglichkeit, durch einen verstärkten Ausbau ambulanter sozialer Dienste die enormen Kosten im Bereich der stationären Unterbringung von Pflegebedürftigen zurückzuführen?

Fuchs: Ob auf Dauer Kosten eingespart werden können, ist schwer einzuschätzen. Bestimmte Pflegebedürftige können aber aufgrund ihrer Behinderung nur in Pflegeheimen versorgt werden. Bei der zu erwartenden Zunahme von Mitbürgern über 80 Jahren von zur Zeit 1,5 Mio. auf 2 Mio. im Jahre 1990 wird dieser Anteil sicher steigen, da erfah-

rungsgemäß unter diesen älteren Menschen ein hoher Teil stationär pflegebedürftig ist. Dieser hohe Kostenfaktor wird also bleiben.

Der weitere Ausbau von ambulanten sozialen Diensten für Pflegebedürftige ist aber auch notwendig, um die Zuwachsraten bei der stationären Unterbringung zu verringern oder zu stoppen. Der Einsatz von ambulanten Hilfen ist dort sinnvoll, wo es gilt, häusliche Versorgungsketten zu unterstützen und die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Pflegenden Angehörige, Nachbarn und freiwillige Helfer sind in der Regel nicht in der Lage, über Jahre die Pflege ohne Entlastung zu tragen. Bricht diese Versorgungskette nach Jahren der Überforderung zusammen, weil z. B. nicht einmal eine Stunde am Tag und nicht einmal ein Tag in der Woche frei waren, ein Urlaub nie möglich war, der oder die pflegende Angehörige selbst krank wird, so ist der Weg des Pflegebedürftigen in stationäre Unterbringung vorgezeichnet. Dieses zu verhindern, ist ein wichtiges Aufgabenfeld für ambulante Dienste. Wir planen ein Modellprogramm, in dem wir dieses prüfen und untersuchen wollen.

asb: Können Sie dieses Modellprogramm noch erläutern?

Fuchs: Im Rahmen des Modells sollten etwa 16 Sozialstationen oder andere ambulante soziale Dienste, die nach den Förderrichtlinien der Länder bestmögliche Personalkapazität erreicht haben, personell weiter verstärkt werden. Diese personelle Verstärkung soll für die Einsatzfelder Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung erfolgen. Grundpflege ist dabei Hilfe bei körperlichen und psychischen Grundbedürfnissen. Hauswirtschaftliche Versorgung ist Hilfe bei der Weiterführung des Haushaltes. Wir wollen in den untersuchten Gebieten folgenden Fragen nachgehen:

– Führt ein Ausbau ambulanter sozialer Dienste für Pflegebedürftige zu einer verminderten Inanspruchnahme von stationären Einrichtungen?

– Ist eine Verstärkung des Potentials der Betreuung durch Angehörige, Nachbarn und ehrenamtliche Helfer erkennbar?

– Ist eine durch den Ausbau von ambulanten sozialen Diensten stabilisierte und unterstützte häusliche Versorgungskette kostengünstiger als eine Heimunterbringung?

– Können aus den Erfahrungen Konzepte für einen optimalen Ausbau von ambulanten sozialen Diensten für Pflegebedürftige gewonnen werden?

asb: Sie haben selbst angedeutet, wie der Anteil älterer Menschen in der Bundesrepublik wächst, was auch bedeutet, daß der Anteil der Pflegebedürftigen steigt. Wie kann der Einzelne sich dagegen sichern, nicht Sozialhilfeempfänger im Alter zu werden?

Fuchs: Diese Gefahr ist insbesondere dann gegeben, wenn der alte Mensch aufgrund seiner Behinderung pflegebedürftig wird und in ein Heim muß. Die durchschnittlichen Kosten in Pflegeheimen bewegen sich auf DM 2500 monatlich oder noch höher zu. Ein solcher Beitrag kann aus einer durchschnittlichen bis guten Rente nicht mehr gezahlt werden. Schon heute erhalten fast 70% aller Pflegeheimbewohner ausschließlich oder zusätzlich Hilfe aus der Sozialhilfe. Hierfür mußten 1981 über 5 Milliarden DM von den Trägern der Sozialhilfe aufgewendet werden.

Für den einzelnen Betroffenen bedeutet das, daß er seine Rente voll einbringt, die Sozialhilfe den Rest bezahlt und der Einzelne ein Verfügungsgeld erhält. Auf Anregung der Bundesregierung hat eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe dieses Problem untersucht und Vorschläge für die soziale Absicherung der Pflegekosten erarbeitet. Diese Arbeitsgruppe hat drei Lösungsmöglichkeiten zur Diskussion gestellt:

– Erweiterung der gesetzlichen Krankenversicherung um besondere Bestimmungen für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.

– Besondere Pflegeversicherung, durchgeführt von den Krankenkassen, die die gesamte Bevölkerung umfaßt.

– Ein Pflegegesetz, das von Bund und Ländern gemeinsam zu finanzieren wäre, durchgeführt von kreisfreien Städten und Kreisen, und das die gesamte Bevölkerung erfassen soll.

Diese Vorschläge haben jeweils gewisse Vor- und Nachteile. Allen gemeinsam ist der hohe Finanzierungsaufwand, der eine kurzfristige Lösung, d. h. noch in dieser Legislaturperiode, ausschließt.

Technik im Dienste des Patienten

Vielleicht haben Sie es schon einmal gesehen: Wenn die ASB-Sanitäter mit Blaulicht kommen, verlassen sie ihren Rettungswagen nie ohne Gepäck. Ein oder zwei orange Köfferchen sind die steten Begleiter im Einsatz. Was aber ist der Inhalt dieser Behältnisse?

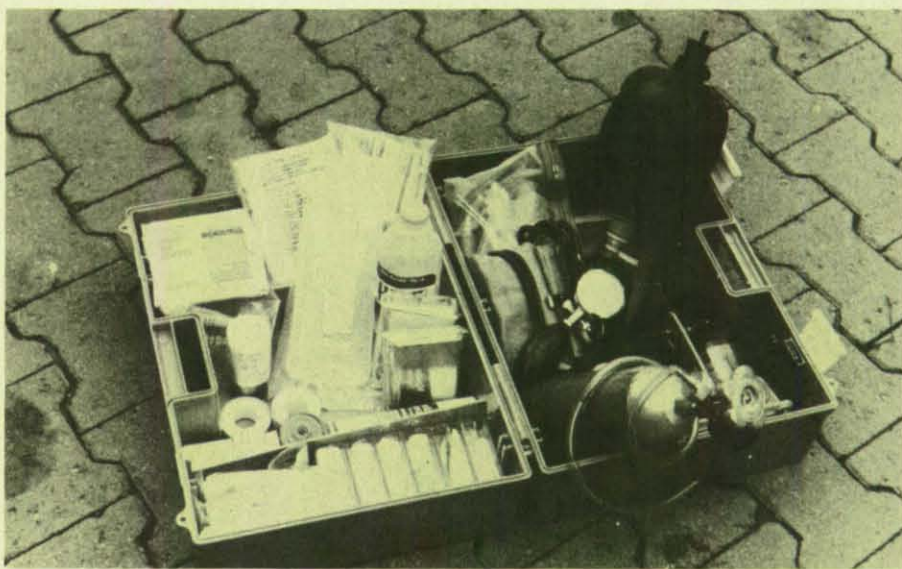
Die Köfferchen sind große und erweiterte Verbandkästen – in Hessen genormt und auf jedem Kranken- oder Rettungswagen vorhanden. Der sogenannte „Hessenkoffer“ beinhaltet die für die Erste Hilfe notwendige Ausrüstung: Pflaster verschiedener Stärken, Wund-schnellverband in unterschiedlichen Größen, diverse Verbandpäckchen für verschieden große Wunden, Material für die Versorgung von Brandwunden, elastische Binden – kurz – alle wichtigen Verbandstoffe, steril verpackt. Auch die bekannten Dreiecktücher zum Ruhigstellen kleinerer Frakturen oder zum Aufheben eines Patienten vom Boden sind selbstverständlich vorhanden.

Hinzu kommen die für die Überwachung und Erhaltung oder gegebenenfalls Wiederherstellung der vitalen Funktionen eines Patienten erforderlichen Geräte, ein Blutdruckmeßgerät mit Stethoskop, Infusionssets mit Braunülen und Infusionssystemen sowie zwei verschiedene Flaschen mit Infusionslösungen. Zur Verbesserung des Sauerstoffgehalts der Atemluft Schwerkranker oder auch zur Reanimation ist eine kleine Sauerstoffflasche vorhanden. Auch kann der Beatmungsbeutel, der dem Rettungssanitäter das schwierigere und ineffektive Mund-zu-Mund-Beatmen eines Patienten mit Atemstillstand ersetzt, mit Sauerstoff versorgt werden.

Komplettiert wird das Wiederbelebungsgerät im „Hessenkoffer“ durch einige Guedektubi, die, in den Mund eines Bewußtlosen eingeschoben, das Zurückfallen der Zunge, das lebensbedrohlich sein kann, verhindern. Auch eine Absaugpumpe mit anschließbaren Einwegkathetern zum Entfernen von Erbrochenem oder anderen Sekreten, die beim Bewußtlosen zu einer Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Atmung führen können, ist vorhanden.

Der „Hessenkoffer“ enthält also eine erstaunliche Menge nützlicher Dinge, die in den unterschiedlichsten Situationen Anwendung finden. Niemals verläßt der Rettungssanitäter sein Fahrzeug am Einsatzort, ohne den Koffer mitzunehmen: So ist er für alle Fälle gerüstet.

Nun ist dieser Koffer groß und schwer, also im Ernstfall recht hinderlich; hinzu kommt die Tatsache, daß seine Größe nur zuläßt, ihn im hinteren Teil eines Rettungsfahrzeugs unterzubringen, so daß einer der beiden Rettungssanitäter mit einigem Zeitverlust erst noch einmal hinten in den Wagen einsteigen muß, um den Koffer zu holen, bevor er zum Patienten eilen kann. Diesem Manko hat der ASB bei seinen Rettungswagen abgeholfen: Der Inhalt des großen „Hessenkoffers“ wurde auf zwei kleinere Koffer verteilt und dabei sogar noch erweitert. Die Koffer sind innen an der Fahrer- und Beifahrertür des Rettungswagens aufgehängt, so daß ein einziger Handgriff beim Aussteigen genügt: Eine wirklich sinnvolle Verbesserung der ohnehin guten Anwendbarkeit des „Hessenkoffers“.



Alles, was für eine schnelle Erste Hilfe notwendig ist, beinhaltet der „Hessenkoffer“.

Die JUH will hiermit eine Übersicht über die personelle Entwicklung, die Ausbildungs- und Einsatzleistungen sowie über den Auslandseinsatz geben.

Mitglieder

Die Gesamtmitgliederzahl ist um über die Hälfte gegenüber 1980 gestiegen. Diese Steigerung ist im wesentlichen auf die intensive Werbung fördernder Mitglieder zurückzuführen.

Anders stellt sich die Situation bei den **aktiven Mitgliedern** dar, hier ist nur ein Zuwachs von rd. 5% zu verzeichnen, insbesondere ist die Zahl der Ehrenamtlichen, die den wesentlichen und wichtigsten Bestand der JUH bilden, weniger gestiegen als die der Hauptamtlichen, die um 16% zugenommen hat.

Die Zahl der **Jugendlichen** ist, wie schon im Vorjahr, weiterhin leicht rückläufig. Durch die noch in diesem Jahr zu verabschiedende neue Jugendordnung soll die Gewinnung des Nachwuchses neuen Auftrieb erhalten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich insgesamt eine Aufwärtsentwicklung abzeichnet, da auch die Zahl der Orts-/Kreisverbände, selbst unter Berücksichtigung von Zusammenlegungen und Auflösungen, durch mehrere Neugründungen von 225 auf 233 gestiegen ist.

Ausbildungsleistungen

Nach der Stagnation in den Ausbildungsleistungen 1979 und 1980 ist nun wieder mit einer Zunahme um insgesamt rd. 7% eine leichte Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Besonders erfreulich ist die überdurchschnittliche Steigerung der Betriebshelfer-Ausbildung.

Die Ausbildung in **Häuslicher Krankenpflege** ist seit 1978 kontinuierlich auf ein Drittel zurückgegangen, das Fehlen von Ausbildern macht sich hier besonders bemerkbar.

In der **Aus- und Fortbildung der Ausbilder** sind Fortschritte erzielt worden, die wichtigste Voraussetzung für eine ausreichende Ausbildungskapazität.

Die **Schwestern-Helferinnen-Ausbildung** ist 1981 weiter intensiviert worden. Die Steigerungsrate ist mit über 25% noch höher als 1979/1980 (17%). Die Zuschüsse des Bundes reichen jedoch 1982 nicht mehr aus, um die theoretische Ausbildung im bisherigen

Paul Georg Kleffel, Bundesgeschäftsführer der JUH

Leistungsbericht 1981

Dank des großen Einsatzes der Helfer eine weitere Aufwärtsentwicklung

Umfang weiter zu betreiben, solange noch die wesentlich kostenintensiveren Internatskurse durchgeführt werden.

Aus **Diagramm 1** ist zu ersehen, daß sich sowohl Ausbildungsleistungen als auch die Zahl der aktiven Helfer wieder parallel in einem Aufwärtstrend befinden, und die starke Zunahme an fördernden Mitgliedern für die Zukunft eine gute Basis bilden könnte, die rückläufige Unterstützung aus dem öffentlichen Bereich aufzufangen.

Einsatzleistungen

Die Zuwachsraten sind insgesamt von 1980 auf 1981 um die Hälfte zurückge-

gangen (von 35% 1979/1980 auf 17% 1980/1981).

Notfall- und Krankentransporte sind nur noch um rd. 6% gestiegen (1979/1980 20%).

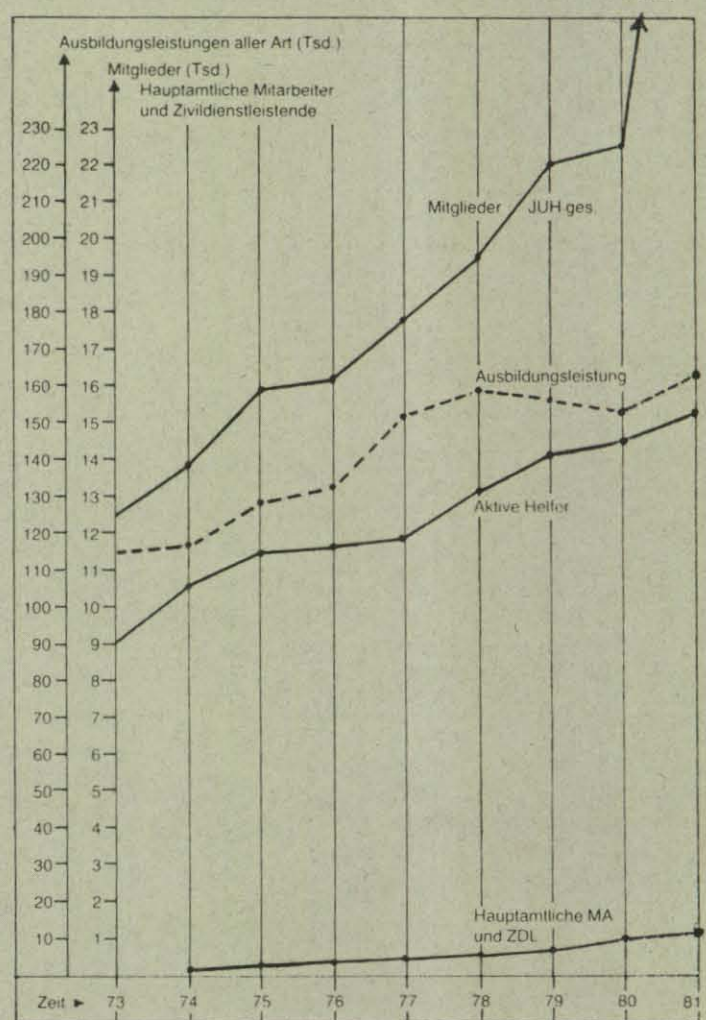
Der **Behindertenfahrdienst** hat mit 25% noch immer eine erfreuliche Ausweitung erfahren, aber nur die Hälfte des Aufwuchses von 1979 auf 1980 erreicht.

Die **Blut- und Organtransporte** werden im wesentlichen in Hessen und Nordrhein-Westfalen durchgeführt, die Steigerungsrate liegt bei 19%.

Bei einer weiteren Dienstleistung der JUH, **Essen auf Rädern**, ist ein Zuwachs von 50% zu verzeichnen.

Mitglieder und Ausbildung

Diagramm 1



Die registrierten **ehrenamtlichen Helferstunden** sind 1981 gegenüber 1980 um 18% gestiegen. Da sich andererseits die Zahl der Ehrenamtlichen nur um 5% erhöht hat, ergibt sich eine theoretische Durchschnittsstundenzahl für Ehrenamtliche von 220 gegenüber 195 im Jahr 1980. Hier zeichnet sich als Gegengewicht zu dem Anstieg der Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter eine erfreuliche Entwicklung ab.

Bei den **Krankentransport- und Rettungswachen** konnten die Wachen mit zeitweiser Bereitschaft und Bereitschaft nach Vereinbarung um über 40% reduziert werden, ein positiver Rationalisierungseffekt.

Die **Kfz-Bestände** der JUH sind insgesamt zahlenmäßig fast unverändert, es fällt jedoch auf, daß der Bestand von Rettungswagen und Krankentransportwagen um 10% zurückgegangen ist, während die Zahl der Behindertentransportwagen um 11% zugenommen hat.

So ergibt sich, daß theoretisch im Durchschnitt

1 RTW 770 (648) Einsätze

1 KTW 783 (672) Einsätze

1 BTW 2508 (2225) Behinderte

gefahren hat (Klammerzahl: 1980). Auch die Fahrzeuge sind damit rationeller eingesetzt worden.

Im Rettungs- und Krankentransportwesen scheint sich also bei

- einem etwas verringerten Kfz-Bestand
- reduzierter Bereitschaft der Wachen und

- dabei noch geringer Leistungssteigerung

eine Rationalisierung abzuzeichnen, die hoffentlich den Beginn einer Konsolidierung in diesem kostenintensiven Dienst bringt (**Diagramm 2**).

Im Behindertenfahrdienst sind dagegen in einigen Ländern noch - wenn auch verringert - Zuwachsraten zu erwarten.

Katastrophenschutz

Die Zahl der im **Inland** von Hauptverwaltungsbeamten anerkannten Katastrophenschutzeinheiten und die Helferstärke sind fast unverändert, im Gegensatz zu einer Zunahme von 22% von 1979 auf 1980. Hier wirkt sich auch aus, daß der Bund für den Erweiterten Katastrophenschutz keine Mittel für Neuaufstellungen in den nächsten fünf Jahren bewilligt. Die für Ausbildung und Unterhaltung der Einheiten zugeteilten Mittel reichen auch nicht aus, um eine gründli-

che Ausbildung durchzuführen. So mußten Ausbildungsveranstaltungen z. T. ausfallen.

Im **Ausland** war die JUH mit der Katastrophen-Einsatzleitung (KELA) im Auftrag des Diakonischen Werkes der EKD wiederum tätig.

Die im **süditalienischen Erdbebengebiet** Ende des Jahres 1980 begonnene Wiederaufbauarbeit wurde bis September mit der Einrichtung von 93 Fertighäusern, einem Kindergarten und Sonderbauten wie z. T. einer Überdachung

von Wohncontainern beendet. Im Einsatz waren 18 Mitarbeiter.

Auch beim Häuserbauprogramm des Diakonischen Werkes in **Somalia** waren zwei Kfz-Mechaniker der KELA beschäftigt.

Der bewaffnete Überfall auf den Einsatzleiter des Teams in **Uganda**, Dr. Hornetz, setzte der Arbeit der JUH im Hungergebiet Karamoja im Hospital Amudat ein jähes Ende. 1981 waren insgesamt elf Mitarbeiter, darunter drei Ärzte, im Einsatz. Die Johanniter waren mit die letzten Helfer, die sich dem Exodus auswärtiger Hilfen aus Karamoja anschlossen. Mitten aus einer großen Massenimpfaktion heraus wurde wegen der nicht weiter vertretbaren Gefährdung der Helfer der Einsatz abgebrochen. An eine Weiterführung ist zunächst noch nicht wieder zu denken.

Sowohl die Bundesgeschäftsführung mit der KELA als auch Landes- und einzelne Kreisverbände setzten früh mit der **Polen-Hilfe** ein. Fahrten wurden häufig für dritte Auftraggeber ausgeführt, den Johanniterorden, einzelne Dienststellen des Diakonischen Werkes, Ortskirchen u. a. m.

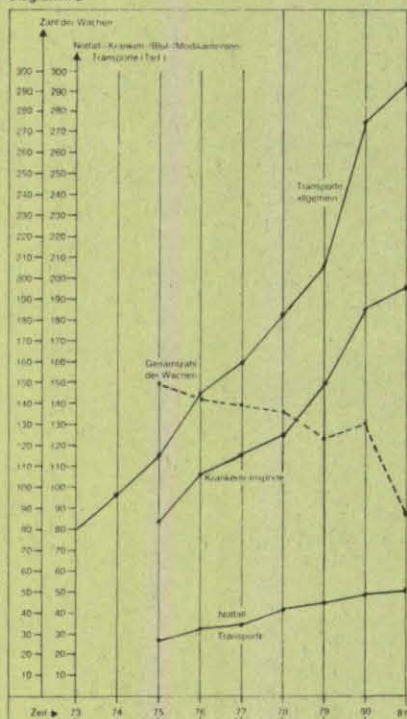
Zusammenfassung

Trotz der allgemeinen Rezession hat die JUH dank des großen Einsatzes der Helfer wieder eine weitere Aufwärtsentwicklung erfahren, wenn auch die Steigerungsrate des Einnahmeverolumens zurückgegangen ist. Damit parallel zu sehen ist die geringere Zunahme der Transporte im Rettungsdienst. Bei den hohen investiven Kosten im Rettungswesen einerseits und der Kosteneinsparung in den öffentlichen Haushalten andererseits läßt sich dieser Dienst meist nur noch mit verstärktem Einsatz von ehrenamtlichen Helfern kostendeckend betreiben. Bei weiteren Investitionen ist daher Zurückhaltung geboten.

Eine besondere Bedeutung kommt einer verstärkten Aus- und Fortbildung der Ausbilder bei rückläufiger Ausbilderstärke zu, wenn die bisherigen Ausbildungsleistungen weiter erbracht werden sollen. Ein größerer Einsatz von ehrenamtlichen Ausbildern und Führern entspräche auch dem Selbstverständnis unserer freiwilligen Hilfsorganisation.

Wenn es darüber hinaus gelingt, weiter fördernde Mitglieder im großen Umfang zu werben, könnten damit in Zukunft die Kürzungen der Zuschüsse und die Auswirkungen kostendämpfender Gesetze aufgefangen werden.

Rettungsdienst
Diagramm 2



Katholikentag 1982 in Düsseldorf

Rund um die Uhr im Einsatz

2800 Malteser stellten Sanitätsdienst und Behindertenbetreuung sicher –
Ministerpräsident Vogel besuchte Einsatzleitung –
Neues MHD-Feldlazarett erprobt



Wichtiges Führungsinstrument: das Fernmeldewesen.



Probeweise kam das neue Feldlazarett zum Einsatz (hier der containerartige Behandlungsbereich).

Helferinnen und Helfer aus allen Teilen der Bundesrepublik, vor allem aus Nordrhein-Westfalen, haben in den diesjährigen Katholikentag vom 1. bis 5. September in Düsseldorf rund 40000 Arbeitsstunden eingebracht. Die insgesamt 2800 Schichtkräfte hatten den Auftrag, bei den Groß-, Dauer- und Kleinveranstaltungen des Katholikentages den gesamten Sanitätsdienst zu versehen und die Beförderung behinderter Besucher zu leiten. Als medizinisches Zentrum kam probeweise das neue MHD-Feldlazarett zum Einsatz.

Hauptveranstaltungsort war das Düsseldorfer Messegelände. Andere, zum Teil zeitlich parallel laufende Veranstaltungen mit hoher Teilnehmerzahl, fanden auf

benachbartem Gelände und im Stadtkern statt. An allen Veranstaltungsorten und in den Gemeinschaftsquartieren leistete der MHD den Sanitätsdienst. 13 Sanitätswachen waren allein auf dem Messegelände täglich von 9 bis 23 Uhr eingerichtet. Für Großveranstaltungen außerhalb waren weitere technische Einsatzleitungen gebildet worden, die – je nach Besucherzahl – 50 bis über 200 Einsatzkräfte führten. Besondere Anforderungen an den Sanitätsdienst waren einerseits durch die Tatsache gestellt, daß die Veranstaltungsorte nahe beieinander lagen und es so zu einer ständigen Kumulation von Besuchern kommen mußte, andererseits bedurfte der hohe Anteil von behinderten Teilnehmern und die Unterbringung von etwa 30000 Per-



Blick in einen Lazarett-Container.

sonen in Gemeinschaftsunterkünften besonderer Aufmerksamkeit. Für behinderte Katholikentagsbesucher waren außerdem ein Fahrdienst eingerichtet worden, in dem verschiedene Hilfsorganisationen mitwirkten und der vom MHD geführt wurde.

Der Einsatzleitung, die zentral auf dem Messegelände untergebracht war, unterstanden neben den notwendigen Einheiten des Sanitätsdienstes auch Fernmelde- und Betreuungseinheiten. Mit der Leitung des Einsatzes war der MHD-Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen, Marion Nowak, beauftragt. Ihm standen erfahrene ehrenamtliche und hauptamtliche Kräfte verschiedener MHD-Diözesangliederungen, unter ihnen Diözesangeschäftsführer Albrecht Freiherr von Boeselager (Köln), zur Seite. Alle Einsatzkräfte des MHD wurden von eigenen Betreuungseinheiten gepflegt.

Medizinisches Zentrum für den Sanitätsdienst war das neue MHD-Feldlazarett, das am Haupteingang zum Messegelände aufgebaut war und probeweise zum Einsatz kam. Das Lazarett wurde aufgrund von Erfahrungen bei den MHD-Auslandseinsätzen vor allem in Vietnam und Thailand für Blitzeinsätze bei Auslandskatastrophen neu konzipiert. Seine Haupteinheiten bestehen nicht – wie

Mittagspause für die Schwesternhelferinnen.



bisher – aus Zelten, sondern aus zerlegbaren Containern, die künftig befriedigende Diagnostik und Therapie auch unter extremen klimatischen Bedingungen ermöglichen (ausführlicher Bericht folgt). Aus Anlaß des erstmaligen Betriebes nahm der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, während des Katholikentags die Segnung des Feldlazarets vor.

Prälät Dr. Hüssler, Präsident der internationalen und der deutschen Caritas – letztere hatte das Lazarett in Auftrag gegeben – betonte in seiner Ansprache während der Feier, der MHD nehme für den Caritasverband viele Auslandshilfseinsätze wahr. Er sei in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu einem wesentlichen Faktor in der internationalen Katastrophenhilfe geworden. Als sichtbaren Auftrag, „unsere Kirche bei Not im Ausland zu vertreten“, interpretierte MHD-Präsident Graf Landsberg-Velen das neue Lazarett bei der Begrüßung zahlreicher Gäste, unter ihnen Vertreter der Kirche, des DRK, des ASB und der JUH, die anschließend das Feldlazarett besichtigten.

Während des Katholikentags stellte das Feldlazarett rund um die Uhr die ambulante und stationäre ärztliche Versorgung der Besucher sicher. Neben den medizinischen Hilfskräften waren tagsüber fünf und nachts zwei Ärzte einsatzbereit. Glücklicherweise verlief der Katholikentag ohne besondere Zwischenfälle, so daß die Zahl der ambulanten Behandlungen auf 264, die der stationären Versorgungen auf 47 beschränkt blieb. Insgesamt war der Sanitätsdienst während der fünf Tage zu rund 800 Patienten gerufen worden.

Während des Einsatzes waren die Helferinnen und Helfer zeitlich stark belastet. Der tägliche Dienst dauerte durchschnittlich 14 Stunden. Viele zusätzliche Veranstaltungen, die entweder spontan und unvorangemeldet durchgeführt wurden oder bei denen ursprünglich mit ge-



Verpflegung für bis zu 1000 Einsatzkräfte täglich aus den mitgeführten Feldkochherden.

ringerer Teilnehmerzahl gerechnet worden war, mußten sanitätsdienstlich betreut werden. Auch im Behindertenfahrdienst, der unerwartet stark in Anspruch

genommen wurde, leisteten die Helfer Überstunden, weil sie die behinderten Besucher nicht enttäuschen wollten. Manche Helfergruppen fanden erst am vorletzten Veranstaltungstag die Zeit, sich für einige Stunden privat dem Katholikentag zu widmen.

Nicht minder gefordert war die Einsatzleitung. Weil häufig kurzfristig neue Einsätze vorzubereiten waren, mußte der Betrieb – fast pausenlos für den einzelnen Mitarbeiter – fortgeführt werden. Der Einsatz habe gut bewältigt werden können, schlußfolgerte Einsatzleiter Nowak am letzten Veranstaltungstag, weil mit dem erforderlichen technischen Aufwand und diszipliniert gearbeitet worden sei. Der Einsatz vieler erfahrener MHD-Führungskräfte aus den verschiedenen Regionen habe sich gelohnt.

Anerkennung für die Leistungen der MHD-Helferschaft und des Stabes zollte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel. Er stattete der Einsatzleitung zwischen zwei Veranstaltungsterminen spontan einen Besuch ab. Beeindruckt, so Vogel, sei er von dem Ausmaß der notwendigen personellen und technischen Vorbereitung eines solchen Einsatzes.

Auf dem Katholikentag war der Malteser-Hilfsdienst auch mit dem Auftrag vertreten, sich als katholischer Verband darzustellen. Mit vielfältigen Informationen über seine Aufgaben, über sein Selbstverständnis und über die Möglichkeiten, als aktives Mitglied mitzuwirken, warteten seine Vertreter an den Informationsständen in einer der Messehallen und in der Düsseldorfer Fußgängerzone den zahlreichen Besuchern auf. Zum ersten Male präsentierte sich dabei unter allen anderen katholischen Jugendorganisationen auch die Malteser-Jugend.

go



Bei durchschnittlich 18 Arbeitsstunden pro Tag war der Einsatz auch für die Leitung und den Stab strapaziös.

Keine Personalreduzierung bei Freiwilligen Feuerwehren

Kein Verzicht auf freiwillige, ehrenamtliche Hilfe

Nachfolgend ein Auszug aus einem Artikel, den der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, Ende September 1982 im neu erscheinenden Feuerwehr-Jahrbuch 82/83 veröffentlicht hat:

Ich freue mich und bin dankbar, daß wiederum alle am Brandschutz Beteiligten bereitwillig an dieser wichtigen Dokumentation des Deutschen Feuerwehrverbandes, dem Feuerwehr-Jahrbuch 82/83, mitgewirkt haben.

Durch die ständige Erweiterung des Inhalts ist es nicht nur eine Jahresdokumentation, sondern darüber hinaus ein Nachschlagewerk für mit dem Brandschutz zusammenhängenden Fragen geworden.

Da in den einzelnen Abschnitten dieses Buches die wichtigsten unseren Verband bzw. die Feuerwehren berührenden Probleme angesprochen sind, möchte ich mich an dieser Stelle auf einige wesentliche Punkte beschränken. Die zweite Hälfte des Jahres 1981 und die folgenden Monate waren im Deutschen Feuerwehrverband geprägt durch den Wechsel im Präsidentenamt, durch Veränderungen im Vorstand sowie die Neustrukturierung der gesamten Facharbeit und damit verbunden die Neubesetzung unserer Fachausschüsse. Die Neustrukturierung der Fachausschüsse hat eine grundlegende Aktivierung der Facharbeit des DFV zum Ziel.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitgliedsverbänden und den Mitgliedern der einzelnen DFV-Organen für das mir im ersten Amtsjahr entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit bedanken. Der Deutsche Feuerwehrverband wird durch eine konstruktive Arbeit auch in den nächsten Jahren – wie in der Vergangenheit – bemüht bleiben, die Interessen der ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen Aktiven

aller Feuerwehren zu vertreten. Als Fachverband wird er sich ständig mit den gegenwärtigen und künftigen Problemen des Brandschutzes beschäftigen und dabei die Interessen aller Feuerwehrsparten der Bundesrepublik Deutschland wahren. Dem Deutschen Feuerwehrverband gehören derzeit rund 1,02 Mio. männliche und weibliche Aktive sowie Jugendliche in den Freiwilligen Feuerwehren, Jugendfeuerwehren,



Werkfeuerwehren, Berufsfeuerwehren sowie den Brandschutzgruppen der Bundeswehr und der US-Armee an. Die Brandschutzgruppen der Bundeswehr konnten zum 1. 6. 1982 in den Deutschen Feuerwehrverband aufgenommen werden.

Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ministerien in Bund und Ländern, den Kommunalen Spitzenverbänden sowie den Institutionen, Organisationen und der Industrie ist als sehr positiv zu bewerten. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Schreiben des Bundesministers des Innern vom 10. 12. 1981 an den Deutschen Feuer-

wehverband, in dem das Vertretungsrecht der deutschen Feuerwehren im Bereich des „Erweiterten Katastrophenschutzes“ in klarer Form neu geregelt wird.

Die öffentlichen Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland sind Einrichtungen der Gemeinden, denen durch Landesgesetze die Aufgabe des Feuer-schutzes als Pflichtaufgabe übertragen worden ist; die Feuerwehren sind somit hoheitliche Einrichtungen. Daß die Freiwilligen Feuerwehren in ihren Gemeinden und Städten neben dem gesetzlichen Auftrag einen wichtigen kulturellen Faktor darstellen, ist unbestritten. Sie bilden einmal eine Einrichtung für die allgemeine Sicherheit der Bürger, andererseits aber einen Mittelpunkt im Leben der Gemeinde. Hiervon ausgehend kann es trotz angespannter Haushaltslage bei den Ländern und Kommunen nicht Platz greifen, daß Überlegungen angestellt werden, in den nächsten Jahren die Zahl der ehrenamtlich tätigen Bürger in den Freiwilligen Feuerwehren zu reduzieren, um dadurch im Haushalt eventuell einige hundert oder tausend Mark pro Jahr einzusparen. Nicht nur der Deutsche Feuerwehrverband, sondern alle seine Verbandsuntergliederungen müssen derartigen Überlegungen entgegen-treten. Denn gerade in einer Zeit der knappen Finanzmittel kann keine Kommune es sich leisten, auf die freiwillige, ehrenamtliche Hilfe zu verzichten. In die Zukunft gesehen würde die Reduzierung der Personalstärke bei den Freiwilligen Feuerwehren nicht zu Einsparungen, sondern zu erheblichen Mehrbelastungen der Kommunen führen!

Im Bereich der Technik müssen die Feuerwehren und Kommunen bestrebt bleiben, die vorhandene Ausstattung den neuen Einsatzgefahren und neuen technischen Erkenntnissen anzupassen. Die Führungskräfte der Feuerwehren werden auch in den kommenden Jahren weiterhin so pflichtbewußt handeln, daß keine unnötigen, nicht notwendige Investitionen im baulichen Bereich oder bei der Ausstattung beantragt werden. Von dieser Basis ausgehend bin ich überzeugt, daß auch im mittelfristigen Zeitraum die Kommunen, Kreise und Länder die benötigten Haushaltsmittel für die notwendigen Investitionen zur Verfügung stellen. Die gegenwärtige Finanznot darf nicht dazu führen, den derzeitigen modernen Ausrüstungsstandard der deutschen Feuerwehren zu verschlechtern. Dieses würde dazu führen, daß die Sicherheit und das Leben der Bürger gefährdet würden.

Deutscher Feuerwehrverband Medien-GmbH

Mit der Gründung der „Deutscher Feuerwehrverband Medien-GmbH“ am 19. Oktober 1981 hat der Deutsche Feuerwehrverband eine Gesellschaft gegründet, die sich vornehmlich dem gesamten Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit annehmen soll. Sie hat die Rechtsform einer GmbH und wurde unter der Handels-Registernummer B 3125 am 29. Januar 1982 beim Amtsgericht Bonn eingetragen. Geschäftsführer ist Albert Rau (Rottweil).

Gegenstand des Unternehmens ist:

- Förderung der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Feuerwehren mittels Werbeträgern in gedruckter Form, als Tonträger

und als Bild-/Tonträger sowie deren Verbreitung;

- Entwicklung von Druckschriften, Bild-/Tonträgern, Bildmaterial und Filmen für das Aufgabengebiet der Feuerwehrverbände und der Feuerwehren sowie Auftragsvergabe hierfür;
- Beteiligungsverträge mit Dritten im Rahmen der Aufgabengebiete der Feuerwehrverbände und der Feuerwehren;
- Verleihgeschäfte
- Anzeigenwerbung.

Anschrift: Deutscher Feuerwehrverband Medien-GmbH, Koblenzer Str. 133, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 33 1093

Sonderpreis des „Konrad-Adenauer-Preises“ an den Deutschen Feuerwehrverband

Mit Schreiben vom 16. Juli 1982 teilte die „Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands“ (kpv) dem Deutschen Feuerwehrverband u.a. mit:

„Wir freuen uns darüber, Ihnen mitteilen zu können, daß das Preisgericht für die Vergabe des Konrad-Adenauer-Preises für Kommunalpolitik 1982 einstimmig beschlossen hat, in diesem Jahr einen Sonderpreis im Rahmen des Konrad-Adenauer-Preises an den Deutschen Feuerwehrverband als Anerkennung für besondere Initiativen und die herausragenden Leistungen der Feuerwehrmänner und -frauen in unseren Städten und Gemeinden zu vergeben. Mit diesem Preis soll insbesondere auch die Bedeutung einer guten und stetigen Zusammenarbeit zwischen den Kommunalpolitikern und den Gemeinschaften der Feuerwehr unterstrichen werden. Wir meinen, daß gerade in den letzten Jahren durch immer neu auf die Feuerwehr zukommende Aufgaben zum Schutz unserer Mitbürger in allen menschlichen Bereichen der Stellenwert und die Bedeutung der Arbeit des Verbandes besondere Würdigung verdient.“

Mit diesem Konrad-Adenauer-Preis sollen besondere und beispielhafte Arbeitsergebnisse zum Wohl und im Interesse der Städte und Gemeinden und zur Förderung des Gedankens der kommunalen Selbstverwaltung herausgestellt werden. Auf dem Hintergrund dieser Be-

trachtung scheint uns der Deutsche Feuerwehrverband für eine solche Auszeichnung besonders geeignet. Die Entscheidung der unabhängigen Mitglieder unseres Preisgerichtes hat in den Gremien der Kommunalpolitischen Vereinigung, die rund 100 000 Kommunalpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland vertritt, ungeteilte Zustimmung gefunden.“

In einer Presseerklärung der „kpv“ lautet es hierzu:

„Einen Sonderpreis im Rahmen des Konrad-Adenauer-Wettbewerbs für Kommunalpolitik 1982 erhält der Deutsche Feuerwehrverband in Bonn als Anerkennung für die besonderen Initiativen und die herausragenden Leistungen der ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen in den Städten und Gemeinden.“

7. Brandschutzwoche

bundeseinheitlich – bundesweit

Motto:

„... sicherheitshalber –
Deine Feuerwehr“

17. 9.–25. 9. 1983

Eröffnungsfeier am 17. September 1983 im Rahmen des Bundeswertungsspiels des DFV in Grünberg/Hessen

Im Deutschen Feuerwehrverband sind die deutschen Feuerwehren vereinigt. Die Verbandsgründung erfolgte am 10. Juli 1853. Der Deutsche Feuerwehrverband ist der Fachverband der Feuerwehren, die zu den Fragen, die den Aufgabenbereich der Feuerwehr betreffen, Stellung nimmt, der die Interessen der Mitglieder wahrnimmt und die sozialen Belange der Feuerwehren vertritt. Er fördert auch die Jugendarbeit der Feuerwehren, kümmert sich um die Ehemaligen der Feuerwehr und beteiligt sich an der Öffentlichkeitsarbeit.

Mit dieser Auszeichnung soll besonders der Gedanke der Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit sowie der uneigennütigen Leistungen bei der Brandbekämpfung, bei den technischen Hilfeleistungen, beim Rettungsdienst, beim Katastrophenschutz, Umweltschutz, Strahlenschutz und vorbeugenden Brandschutz gewürdigt werden.“

In der wiederaufgebauten Alten Oper in Frankfurt wurde im Rahmen einer Feierstunde am 23. September 1982 dieser Sonderpreis an den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Struve, in Vertretung des CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl durch Ministerpräsident Späth überreicht.

Der Wettbewerb, der 1976 erstmals von der Bundeskpv ausgeschrieben worden war, findet alle drei Jahre statt. Teilnahmeberechtigt sind Einzelpersonlichkeiten, Vereine, Bürgerinitiativen, die aus eigenem Antrieb wichtige Leistungen zugunsten der Bürger erbringen, sowie Städte, Gemeinden und Kreise mit herausragenden und beispielgebenden kommunalpolitischen Leistungen. Bei der Bewertung durch die Prüfungskommission unter Leitung des Beigeordneten Werner Cholewa (Bonn) wurde das Kommunalpolitische Grundsatzprogramm der kpv aus dem Jahre 1978 zugrunde gelegt.

Unfall-Bilanz 1981:

Steigende Unfallzahlen im Feuerwehrdienst

Statistik-Bereich der Feuerwehrbeamten fehlt – Unfallursachen werden zu ungenau ermittelt

Im neuen Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83 berichtet der Deutsche Feuerwehrverband u.a. über das Unfallgeschehen in den Feuerwehren. Nachstehend ein Auszug aus dem Artikel und der Statistik:

Bei einem Vergleich der Unfallstatistik der Freiwilligen Feuerwehren des Jahres 1981 mit den Vorjahren ist festzustellen, daß sich die Gesamtzahl der Unfälle gegenüber den Vorjahren erneut erhöht hat und damit bisher die höchste Unfallzahl erreicht wurde. Der nach der Statistik der Jahre 1977/78 erhoffte Rückgang der Unfallzahlen ist nicht eingetreten.

In der Statistik sind die Unfälle bei den 67 Berufsfeuerwehren und den im Beamtenverhältnis stehenden Feuerwehrmännern der Freiwilligen Feuerwehren sowie den Aktiven der Werkfeuerwehren nicht enthalten, da es hierfür keine Erfassungen gibt! Seit Jahren bemüht sich der Deutsche Feuerwehrverband darum,

die Unfalldaten von den im Beamtenverhältnis stehenden Aktiven der Feuerwehren zu bekommen, welches aber nur mit Unterstützung der Innenministerien/-senatoren der Bundesländer und der Städte möglich sein wird. Bei einem Vergleich der Anteile an Einsätzen (FF = 32%, BF = 58%; WF = 10%) wird sehr deutlich diese Notwendigkeit unterstrichen, da rund zwei Drittel des Einsatzgeschehens nicht erfaßt werden.

Statistik nicht repräsentativ?

Die derzeit vorliegenden Unfallstatistiken sind für das tatsächliche Unfallgeschehen in den deutschen Feuerwehren nicht repräsentativ. Erst wenn die fehlenden Zahlen vorliegen, läßt sich eine annähernd genaue Unfall-Ursachenanalyse erstellen, nach der dann auch die notwendigen Maßnahmen im Rahmen der Unfallverhütung möglich sind.

Es ist unbefriedigend festzustellen, daß derzeit nicht einmal genaue Zahlen aus dem Bereich der Feuerwehrbeamten vorliegen, wieviel Todesfälle es hier im Berichtsjahr im Feuerwehrdienst gegeben hat.

Die derzeit vom DFV veröffentlichten Statistiken für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren werden dem DFV jährlich von den einzelnen Feuerwehr-unfall-Versicherungsträgern zentral über den BAGUV (München) zur Verfügung gestellt. Daß bei diesen statistischen Daten der Feuerwehrunfall-Versicherungsträger Verbesserungen notwendig sind, hat der DFV den Versicherungsträgern gegenüber schon mehrfach zum Ausdruck gebracht. Es bleibt nur zu hoffen, daß sich diese Schwachstellen in

Kürze verbessern lassen, um letztlich zu einer verlässlichen Analyse der Unfallsachen zu kommen. Gezielte Aufklärungsaktionen in der Unfallverhütung sind nur dann möglich, wenn die Unfallursachen annähernd verlässlich bekannt sind!

Steigende Unfallzahlen

Vergleicht man die Zahl der Unfälle mit der Zahl der versicherten Feuerwehrmitglieder, so ist festzustellen, daß im Jahre 1981 auf je 152 Mitglieder ein Unfall kam (1980 auf je 153; 1979 auf je 166; 1978 auf je 177 Mitglieder ein Unfall). Diese Steigerung der Unfallzahlen bedarf baldigst einer sorgfältigen Analyse, wodurch die Unfälle hervorgerufen wurden; ob es unvermeidbare Dienstunfälle waren oder ob ggf. durch eine verstärkte Aufklärungsaktion im Rahmen der Unfallverhütung Verbesserungen erzielt werden können.

Todesfälle gestiegen

Die Feuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland trauern um ihre 20 Kameraden, die im Jahre 1981 im Feuerwehrdienst ihr Leben opferten. Unter diesen Todesopfern befinden sich 19 Kameraden aus den Freiwilligen Feuerwehren und, soweit bekannt, ein Kamerad aus den Berufsfeuerwehren. Mit dieser Zahl tödlich Verunglückter wurde eine bisher noch nicht dagewesene Zahl erreicht; ein trauriger Rekord. Wir verneigen uns vor diesen tödlich verunglückten Kameraden.

Analyse

Von der Gesamtzahl der Unfälle in den Freiwilligen Feuerwehren verursachten

im Jahre 1981 insgesamt 80,8% eine Krankheitsdauer von länger als drei Tagen (1980 = 78,8%; 1979 = 79,8%; 1978 = 80,4%). Die Gesamtzahl der im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren der Bundesrepublik bestehenden Rentenfälle ist um 57 auf 1588 angestiegen.

Bei einer Analyse der Unfallsachen zeigt sich, daß der Anteil der Unfälle bei Einsätzen im Jahre 1981 rd. 36,2% (1980 = 39,6%; 1979 = 38,8%; 1978 = 38,9%) betrug und somit ein Rückgang vorliegt. Der Anteil der Unfälle bei Übungs-, Arbeits- und Werkstattdiensten liegt im Jahre 1981 bei 36,9% (1980 = 37,3%; 1979 = 36,8%; 1978 = 36,1%) und ist damit ebenfalls gefallen. Der Anteil der Sportunfälle im Jahre 1981 betrug rd. 11,4% (1980 = 11,1%; 1979 = 11,4%; 1978 = 11,8%) und ist damit wieder leicht gestiegen. Stärker angestiegen ist der Anteil bei den Wegeunfällen und Unfällen anlässlich von Feuerwehrversammlungen im Jahre 1981 auf nunmehr 14,1% (1980 = 12%; 1979 = 13%; 1978 = 13,2%).

Diese Auswertung der Unfall-Bilanz des Jahres 1981 gibt unter Berücksichtigung der anfänglich dargestellten unbefriedigenden Situation einen annähernden Überblick, wo im Rahmen der Unfallverhütung schwerpunktmäßig mit Aufklärungen anzusetzen ist. Bei den jährlich vorgeschriebenen Unterweisungen in der Unfallverhütung sollte auch das von den einzelnen Feuerwehrunfall-Versicherungsträgern kostenlos zur Verfügung gestellte Aufklärungsmaterial verwendet werden. Wo dieses Material fehlt, ist es von den Feuerwehren beim zuständigen Unfallversicherungsträger anzufordern.

Voßmeier

Statistik der Feuerwehrunfall-Versicherungsträger (1981) (Freiwillige Feuerwehren / ohne Beamte)

Versicherungs-jahre	Anzahl der versicherten Feuerwehrmitglieder	Unfallzahlen				Unfallursachen (in %)										Unfälle mit Todesfolge (Zahl)	derzeit bestehende Rentenfälle (Gesamt)
		Arbeitsunfähigkeit 1-3 Tage	Meidepflichtige Unfälle (Arbeitsunfähigkeit u. 3 Tage)	Gesamt	Brandbekämpfung	Abwehr sonstiger Gefahren	Übungsdienst	Arbeits- und Werkstattdienst	Sport	Wegeunfälle	Feuerwehrversammlungen	Krankentransporte	Katastropheneinsatz	Sonstige Tätigkeiten			
Summen / 1981	950 245	1 201	5 080	6 281	29,0	5,0	28,6	8,3	11,4	5,6	8,5	0,8	1,4	1,4	19 ¹⁾	1 588	
/ 1980	941 036	1 307	4 858	6 165	31,6	5,6	27,8	9,5	11,1	5,1	6,9	0,8	1,6	—	9 + 1	1 531	
/ 1979	898 300	1 091	4 313	5 404	32,6	4,7	28,5	8,3	11,4	5,7	7,3	0,7	0,8	—	16 + 1	1 523	
/ 1978	859 799	954	3 915	4 869	30,4	6,0	27,2	8,9	11,8	6,4	6,8	1,6	0,9	—	9	1 497	
/ 1977	845 637	652	4 443	5 095	29,3	5,0	27,0	8,8	10,0	8,0	9,5	1,8	0,6	—	14	1 695	
/ 1976	839 524	1 158	5 055	6 213	35,6	8,4	25,8	6,5	11,4	3,0	7,5	1,3	0,5	—	15	1 520	

¹⁾ plus 1 tödlich verunglückter Beamte bei den Berufsfeuerwehren

Organisationen mit Vertretung des DFV

In nachstehenden Organisationen arbeitet der Deutsche Feuerwehrverband auf Bundesebene durch Verbands-Vertreter mit (Auszug aus Feuerwehr-Jahrbuch 82/83):

Organisation:	Vertreter des DFV
Bundesministerien	wird beauftragt
Ständige Konferenz „Ret-tungswesen“	BGFü Voßmeier
Bundesministerium für For-schung und Technologie/ Sachverständigenkreis „Si-cherheit und Brandbekämp-fung“	Präsident Struve
Unterausschuß „Feuerwehr-angelegenheiten“ des AK V der AGdI	Präsident Struve BGFü Voßmeier
AGr „Ausbildung“ des UA „Feuerwrangelegenhei-ten“ im AK V	StBR Drutzel KBI Glöckner KBM Haist OBR Rust
AGr „Fernmeldewesen“ des UA „Feuerwrangelegenhei-ten“ im AK V	KBM Sensel Prof. Volkmar
Bundesarbeitsgemeinschaft der Unfallversicherungsträ-ger der öffentl. Hand (BA-GUV), FGr „Feuerwehren-Hilfeleistung“	BGFü Voßmeier
Zentralstelle für Unfallverhü-tung und Arbeitsmedizin des Hauptverbandes der ge-werblichen Berufsgenossen-schaften; Arbeitskreis „Feu-erschutz“	BGFü Voßmeier
AGBF /AK Grundsatzfragen /AK Technik	Präsident Struve KBI Köbler KBM Stolten-berg-Frick OBR Rust
/AK Ausbildung /AK Vorbeugender Brandschutz	HBM Hüser
AGBB/Bundesausschuß	BGFü Voßmeier
VFDB /Vorstand	Präsident Struve KBR Wiedemann BGFü Voßmeier
/Beirat „Feuer-wehren“	Präsident Struve KBR Wiedemann BGFü Voßmeier
/Referat 4	Dr. Köster
/Referat 7	BR Broemme
/Referat 8	BOR Münch
/Referat 10	Ing. Helbach
/Referat 11	BASS März BGFü Voßmeier
Normenausschuß Feuerwehrewesen	
FNFW /Vorstand	Präsident Struve
/Lenkungsausschuß	Präsident Struve KBI Köbler
/AA 1	WeLe Schmitt
/AA 2	BOR Münch BD Milcke
/AA 3	BOAR Schütz WBI Aust StBM Frech StBI Kramer LBFü Stahlbuhk KBM Stoltenberg-Frick
/AA 4	BD Döbbemann BD Korschinsky
/AA 5	WeLe Schmitt BGFü Voßmeier
/AA 6	OBR Passet Prof. Volkmar

/AA 7	StBR Junold KBM Spieth
/AA 8	HBM Schwaderlapp BGFü Voßmeier
/AA 9	HBM Hüser BBM Schröder
Normenausschuß Rettungsdienst und Krankenhaus	
/NARK 1.1	BD Milcke
/NARK 1.2	Dr. Stratmann

Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches / FA Feu-erlösch- u. Brandschutzanla-gen (DVGW)	KBM Spieth
AK „Feuerwehrheime“	BGFü Voßmeier
Nationales Komitee der Bundesrepublik Deutschland im CTIF	Präsident Struve BGFü Voßmeier
Internationales Komitee CTIF	Präsident Struve BGFü Voßmeier
Arbeitsgemeinschaft der Feuerwehrmuseen	BGFü Voßmeier
Verein Deutsches Feuer-wehrmuseum (Fulda)	Präsident Struve BGFü Voßmeier

Lehrgangsstatisik der Landes-Feuerweherschulen

(Auszug aus Feuerwehr-Jahrbuch 82/83)

An den 13 Landesfeuerweherschulen in der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahre 1981 insgesamt 1259 Lehrgänge durchgeführt und 31 684 Feuerwehrmänner geschult.

Landesfeuerweherschule	Lehr-gänge	Teil-nehmer
Baden-Württemberg	263	6 841
Bayern/Regensburg	90	3 236
Bayern/Würzburg	52	2 223
Berlin	52	870
Bremen	6	104
Hamburg	132	1 584
Hessen (Kassel u. Marburg)	129	3 079
Niedersachsen/Celle	130	4 545
Niedersachsen/Loy	84	2 209
Nordrhein-Westfalen	136	2 776
Rheinland-Pfalz	52	1 379
Saarland	31	601
Schleswig-Holstein	102	2 237
Summen/1981	1 259	31 684
Vorjahr/1980	1 245	30 601
Vorjahr/1979	1 161	29 295
Vorjahr/1978	1 099	27 520
Vorjahr/1977	1 044	25 104
Vorjahr/1976	977	24 187
Vorjahr/1975	964	23 455
Vorjahr/1974	821	21 019

Außerdem führten folgende Landesfe-uerweherschulen Ausbildungslehrgänge auf Kreisebene durch:

Staatliche Feuerweherschule Regensburg/ Würzburg	13	238
Strahlenschutz	(eintägige)	

Feuerweherschule des Saarlandes		
Atemschutzgeräteträger	11	185
Maschinisten	15	303
Sprechfunker	8	155
Abwehr gefährl. Stoffe	2	24
Techn. Hilfe	2	27
Verbrennen u. Löschen	1	42
Grundausbildung	2	38
Truppführer	9	100
Jugendfeuerwehr	1	30
	51	904

Aktion „Autofeuerlöscher“

Im neuen Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83 veröffentlicht der Deutsche Feuerwehr-verband nachstehenden Aufruf:

„Feuerwehrmitglieder, die das Feuer-wehr-Signet an ihrem Kraftfahrzeug führen, haben einen Feuerlöscher im Wagen – und helfen damit ihrem Näch-sten!“, ein Aufruf des Deutschen Feuer-wehrverbandes an alle Aktiven der deut-schen Feuerwehren.

Die Aktion „AUTOFEUERLÖSCHER“ sollte von jedem Feuerwehrmitglied auf-gegriffen und unterstützt werden. Bisher hat der Gesetzgeber leider keine ge-setzliche Regelung geschaffen, daß in jedem Kraftwagen ein geeigneter Feuer-löscher vorhanden sein muß. Viele Men-schen hätten schon gerettet werden können, wenn rechtzeitig ein Feuerlö-scher zur Hand gewesen wäre. Die Er-fahrungen haben gezeigt, daß es minde-stens ein 2-kg-Löscher sein sollte und kein 1-kg-Löscher!

Wer einen Feuerlöscher im Wagen hat und außerdem ein Feuerwehrmann ist, sollte das Feuerwehr-SIGNET gut sicht-bar an seinem Fahrzeug anbringen. Das SIGNET mit den vier Tätigkeitszeichen „löschen – bergen – retten – schützen“ könnte diese Aktion zu einem in der Be-völkerung allgemein bekannten Zeichen der Hilfsbereitschaft machen.

Aufgabe der Aktion „AUTOFEUER-LÖSCHER“:

- Kein Feuerwehrmann ohne geeigne-ten Feuerlöscher im Kraftwagen.
- Durch das Feuerwehr-SIGNET ist die-ser Kraftwagen erkennbar.
- Dieser Fahrer hilft nicht nur bei Feuer, er hilft in allen Notfällen.

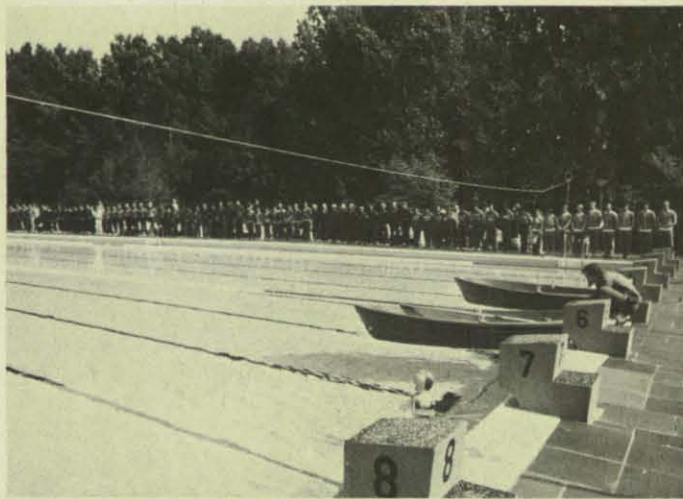
Kein Feuerwehrmann ohne Feuerlöscher im PKW



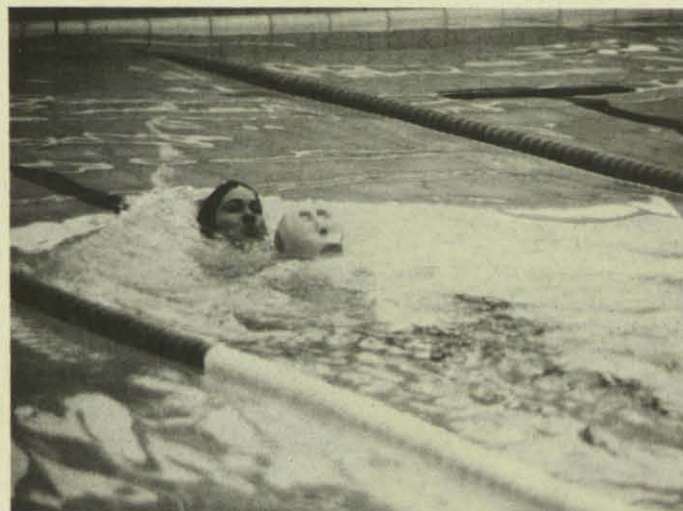
Sportstadt Warendorf stand eine Woche im Zeichen der Wasserrettung

Rettungsschwimmer aus acht Nationen beim 1. Europapokal-Wettbewerb

Sport und Spaß in fröhlicher Atmosphäre –
Hoher Leistungsstand dokumentiert



Die Mannschaften während der Eröffnungsfeier im Freibad der Stadt Warendorf.



Das „Retten einer Puppe“ gehörte zu den schwierigsten, für die Zuschauer aber optisch reizvollsten Disziplinen.



Aufmerksame Beobachter (von links nach rechts): Bürgermeister Dr. Drescher, DLRG-Präsident Prof. Dr. Schmitz, FIS-Präsident Pascual, Bundestags-Vizepräsident Windelen.

Diese Seiten erscheinen in Verantwortung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

„Sie kommen nicht nur angefliegen, machen Ihren Sport und verschwinden wieder. Sie bleiben eine Woche da und knüpfen auch Kontakte. Das finde ich eigentlich sehr vorbildlich. Ich wünsche Ihnen deshalb viel Erfolg für Ihren Europapokal, weil er der erste von hoffentlich vielen ist, der junge Menschen verschiedener Nationen zusammenführt“. Mit diesen Worten hieß der Schirmherr der Veranstaltung, Warendorfs Bürgermeister D. G. Drescher, 275 Rettungsschwimmer aus Italien, Spanien, Frankreich, Holland, Schweden, Polen, Bulgarien, der Bundesrepublik Deutschland sowie Beobachter aus Dänemark, Algerien und Tunesien willkommen. Sie alle waren in die westfälische Sportstadt gekommen, um einander kennenzulernen, einen fachlichen Gedankenaustausch zu pflegen und im sportlichen Wettkampf Kraft und technisches Können zu messen.

Neben den sportlichen Veranstaltungen, zu denen die Disziplinen Tauchschwimmstaffel, Rettungsstaffel, Rettungsleinenstaffel, Rettungsschwimmstaffel mit Puppe sowie Hindernisstaffel mit Flossen gehörten, standen Vergnügen und Freizeit auf dem Programm, das von der DLRG als Ausrichter des Pokals vorbereitet worden war. So veranstaltete man u. a. eine „Kennenlern-Party“, besuchte die Sportstätten Warendorfs sowie einen Landwirtschaftsbetrieb, veranstaltete ein Grillfest und eine Disco und besichtigte die Stadt Münster. Ein Empfang bei der Stadt Warendorf sowie die große Abschiedsparty auf einem Bauernhof waren weitere Höhepunkte eines abwechslungsreichen Programms.

Neben den Wassersport-Disziplinen gab es auch Wettbewerbe auf dem Lande. So nahmen 57 Rettungsschwimmer der am Europapokal beteiligten Nationen an einem Wiederbelebungsstest teil. Dabei wurde an einer Übungspuppe die optimale Wiederbelebung mittels Sauerstoffzufuhr sowie die korrekt ausgeführte Herzmassage getestet. Meßstreifen schließlich halfen bei der Kontrolle, wie gut oder weniger gut die Wiederbelebung durchgeführt wurde.

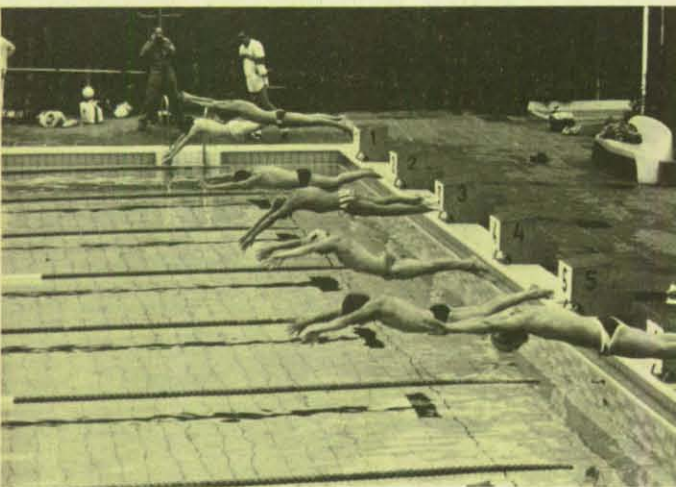
Sieger und damit Gewinner des von der Stadt Warendorf gestifteten Europapo-



Beim „Retten mit Boot“ mußte eine Boje zweimal umfahren werden.



Auch das passierte: „Leinensalat“ zwischen den Wettbewerben.



Alle Rettungswettbewerbe enthalten Übungen, die in einem engen Zusammenhang mit dem echten Einsatz stehen.



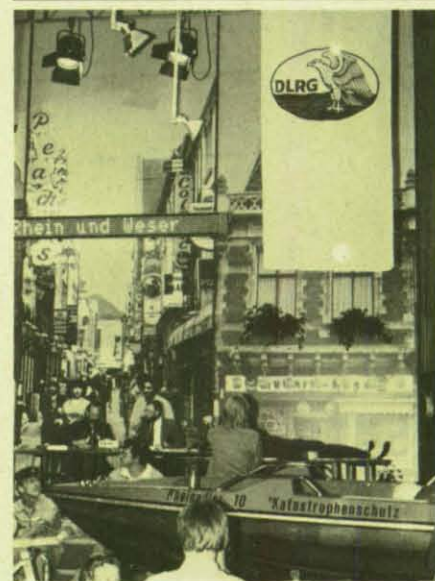
DLRG live: Aus dem WDR-Studio auf der Düsseldorfer Ausstellung „hifivideo 82“ wurde über den Europokal berichtet. WDR-Redakteur Heiken im Gespräch mit DLRG-Präsidiumsmitglied Schäfer.



Auch ein kräftiger Regenschauer während der Eröffnungsveranstaltung vermochte die gute Laune nicht zu verderben.



Das offizielle Plakat, gestaltet von Michail Tschernaev.



Ein DLRG-Banner, ein Motorrettungsboot sowie praktische Vorführungen prägten zeitweise das Bild des WDR-Studios.

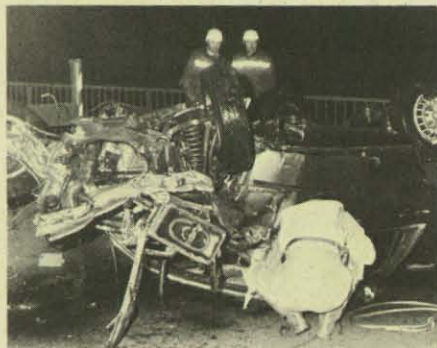
kals wurde die Mannschaft aus den Niederlanden vor Spanien und Italien. Und wengleich die bundesdeutsche Mannschaft „nur“ Platz 5 belegen konnte, so zeigten sich die DLRG-Verantwortlichen doch zufrieden: War es doch gelungen, den Begegnungscharakter von der rein sportlichen Motivation hin zum freundschaftlichen Miteinander zu verändern.

Bernd Schäfer

Schwieriger Nachteinsatz für DLRG- Rettungstaucher

Tragisch endete die Fahrt für einen 38jährigen Pkw-Fahrer in Mosbach-Zwingenberg, der infolge überhöhter Geschwindigkeit in einer Kurve ins Schleudern geriet, ein Schutzgeländer durchbrach und in die Fluten des Neckars stürzte.

Die sofort verständigte Feuerwehr und die Rettungstaucher der DLRG hatten die schwierige Aufgabe, zur Nachtzeit die Rettungs- und Bergungsarbeiten vorzunehmen. Nach mehreren Tauchversuchen unter Zuhilfenahme von Unterwasserscheinwerfern konnte der Pkw 10 Meter vom Ufer entfernt in einer Tiefe von 5 Metern geortet und die Stelle markiert werden. Schnell war der Fahrer aus dem Pkw befreit. Für ihn kam leider jede Hilfe zu spät; er war nicht angegurtert und wohl durch die erlittenen Unfallverletzungen bewußtlos geworden und ertrunken.



Große Mühe bereitete das Anbringen von Stahlrossen am total beschädigten Fahrzeug. Doch im Zusammenwirken aller Beteiligten gelang es schließlich, den Pkw aus dem Neckar zu bergen. Bei diesem Tauchereinsatz zeigte sich wieder einmal der gute Ausbildungsstand der DLRG-Rettungstaucher, auch wenn, wie in diesem Fall, für das Unfallopfer die Hilfe leider zu spät kam.

Herbert Dörder

Vizepräsident des DLRG-Landesverbandes Westfalen ausgezeichnet

Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für Dr. Konrad Gelzer

Schaffen und Leistung für die DLRG gewürdigt

Ministerialdirigent Ludwig Eulerling zitierte Konrad Adenauer: „Eine Ehrung ist, wenn die Gerechtigkeit ihren liebenswürdigen Tag hat.“ Und den hatte sie, als Eulerling dem Präsidenten der westfälischen DLRG, Dr. Konrad Gelzer (Münster), das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz 1. Klasse anheftete. Dazu Warendorfs Bürgermeister Dr. Günther Drescher: „Die Auszeichnung ist an den richtigen Mann gekommen.“

Im Ausbildungszentrum der westfälischen DLRG in Warendorf waren der Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtages, Richard Winkels, viele Vertreter des öffentlichen Lebens und auch der Landesverbandsrat der DLRG erschienen. „Es hieße Eulen nach Athen tragen, wolle man alle Verdienste Dr. Gelzers aufzählen“, gestand Ministerialdirigent Ludwig Eulerling unter dem Beifall der Anwesenden. Ehrenamtlich tätig zu sein, bedeute heute sehr viel, da eigennütziges Denken meistens das Primäre ist.

Und ehrenamtlich tätig war Konrad Gelzer eigentlich schon seit seiner Jugend. Mit achtzehn Jahren trat er der DLRG bei, wurde bald darauf Ausbilder und arbeitet seit 1956 in leitenden Funktionen.

Zunächst als Bezirksleiter in Arnsberg tätig, wurde er bald Mitglied im Landesverband und ist seit 1969 Präsident des Landesverbandes Westfalen. Daneben war er von 1968 bis 1980 Mitglied des DLRG-Bundespräsidiums. Bereits 1970 erhielt er die höchste Ehrung, die die DLRG zu vergeben hat, das Verdienstzeichen in Gold. Ihm ist es zu verdanken, daß heute der Landesverband organisatorisch und menschlich geordnet arbeiten und seine Aufgaben für die Allgemeinheit erfüllen kann. Das Schwerkraft dieser Aufgaben, denen sich Dr. Gelzer widmet, liegt in der Ausbildung, im Rettungswachdienst, der Jugendarbeit und im Katastrophenschutz.

Dabei sollte man nicht vergessen, daß Dr. Gelzer bis zu seiner Pensionierung Ende des vergangenen Jahres langjährig Senatspräsident beim Oberverwaltungsgericht in Münster und beruflich und ehrenamtlich überdurchschnittlich belastet war. Er ist Herausgeber und Schriftleiter einer Fachzeitschrift für das Baurecht und bekannt durch viele wissenschaftli-



che Veröffentlichungen. Beim Landeskirchenamt Westfalen ist er ehrenamtlicher Vorsitzender des Disziplinarausschusses und auch fast zwanzig Jahre im Presbyterium der Auferstehungsgemeinde in Münster tätig.

Nach der Verleihung der hohen Auszeichnung stellte Dr. Konrad Gelzer heraus, daß die hohe Ehre, die ihm zuteil wurde, auch seiner Familie gelte, die ihm die Möglichkeit gab, sich an der einen oder anderen Stelle einzusetzen. Bei der DLRG komme noch hinzu, daß man eingebunden in eine Kameradschaft sei, in der jeder seinen Teil gebe. So sei das Verdienstkreuz auch eine Auszeichnung für die Gemeinschaftsarbeit, die die westfälische DLRG geleistet hat.

Gotthardt

Feuerwehrmänner erlernten in Rheda-Wiedenbrück Tauch-Grundkenntnisse

Sieben Männer des Löschzuges Wiedenbrück der Freiwilligen Feuerwehr Rheda-Wiedenbrück gingen unter Wasser, um bei einem Lehrgang der DLRG-Ortsgruppe Rheda-Wiedenbrück das Schnorcheln – das Tauchen mit der Grundausrüstung, bestehend aus Brille, Flossen und Schnorchel – zu erlernen.

Die Männer im „blauen Rock“ hatten zunächst in zwei DLRG-Lehrgängen



Rettungsschwimmabzeichen in Silber und Gold erworben, bevor sie mit den Rettungstauchern der DLRG unter Wasser gingen. Mit Bavour meisterten die sieben Feuerwehrmänner alle Übungsteile des Schnorchellehrgangs, der eigentlich den richtigen Namen „Jugendtauchschein“ trägt.

Ob beim Tief- oder Streckentauchen, dem Bewältigen einer Hindernisstrecke unter Wasser, dem Flossenschwimmen oder dem Ab- und Aufsetzen der Brille auf dem Beckenboden sitzend, – das Schnorcheln bereitete allen viel Freude, besonders aber auch deshalb, weil als achte Lehrgangsteilnehmerin eine junge Frau den Feuerwehrmännern in keiner Weise nachstand.

Der Lohn des Lehrgangs: Urkunden, Anstecknadeln und Stoffabzeichen – und die Sicherheit, sich im und unter Wasser noch sicherer als bisher bewegen zu können.

Wieneke

DLRG-Landesverband Hessen in neuer Zusammensetzung

Über 100 Delegierte aus 26 Bezirken fanden sich in Hanau ein, um mit der Neuwahl des Landesvorstandes die Weichen für eine kontinuierliche Arbeit bis 1985 zu stellen. Durch die Verabschiedung einer neuen Satzung wurden neben dem LV-Präsidenten zwei Vizepräsidenten, welche mit speziellen Aufgaben betraut werden, berufen. An der Tagung nahm zeitweise auch Hessens Innenminister Ekkehard Gries teil.



Günter Walter (4. von links) wurde erneut zum Landesverbands-Präsidenten gewählt (das Foto wurde versehentlich in Zivilschutz-Magazin Ausgabe 6/82, Seite 60, dem Beitrag „DLRG-Führungskräfte informierten sich über Katastrophenschutzthemen“ zugeordnet).

Neues Motor-Rettungsboot getauft

„Swimmy“ für DLRG Rheine

Erfolgreiche Probefahrt auf der Ems



Auf den Namen „Swimmy“ taufte Sparkassendirektor Walter Martin das neue Rettungsboot der DLRG-Rheine. Dank einer großzügigen Spende über 8000 DM von der Sparkasse konnte das Boot angeschafft werden.

Mit dabei waren Bürgermeister Ludger Meier und Stadtdirektor Clemens Rikken. Auch diese Anwesenheit war wohl begründet: Der Stadt Rheine hat die

DLRG-Rheine es zu verdanken, daß der Außenbordmotor für rund 5000 DM angeschafft werden konnte.

Nach dem Taufakt konnten sich die Ehrengäste von der Tüchtigkeit des kleinen Renners bei der Probefahrt auf der Ems überzeugen. Bürgermeister, Stadtdirektor und Sparkassendirektor waren des Lobes voll.

DLRG Merzig-Wadern im Einsatz

Fallschirmspringer aus dem Wasser geborgen

Keine Zwischenfälle bei Wasserlandung im Losheimer See

Einen außergewöhnlichen Einsatz absolvierten die Rettungsschwimmer und Taucher des saarländischen DLRG-Bezirks Merzig-Wadern: Beim jährlichen Seefest in Losheim galt es diesmal, die Wasserlandung eines Fallschirmjägerbataillons der Bundeswehr zu sichern und Springer und Gerät aus dem Wasser zu bergen.

40 Soldaten des saarländischen Fallschirmjägerbataillons 261 nahmen an der Sprungübung in den Losheimer See teil. Unter den kritischen Augen tausender Zuschauer wurden je Anflug drei Fallschirmspringer abgesetzt. Dabei wurden alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen; u. a. waren die Soldaten mit Schwimmwesten ausgerüstet, und es stand je Springer ein motorisiertes Rettungsboot mit Tauchern und Rettungsschwimmern der DLRG zur sofortigen Hilfeleistung bereit. Zwischenfälle gab es bei der Wasserlandung der Fallschirmspringer und Freifaller keine.

Georg Lauer



Presseschau des Inlands

Dr. Möcklinghoff: Zivilschutz geht vom Grundsatz der Selbsthilfe aus

Während für alle denkbaren „zivilen Katastrophenfälle“ Vorkehrungen zu deren Bekämpfung und zum Schutz der Bevölkerung getroffen sind, nicht zuletzt aufgrund des niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes, sieht es mit dem Zivilschutz im Spannungs- bzw. Verteidigungsfall nicht gerade rosig aus.

Wie der niedersächsische Innenminister Dr. Egbert Möcklinghoff kürzlich in Hannover mitteilte, geht der Zivilschutz von dem Grundsatz der Selbsthilfe der Bevölkerung aus, die je nach Teilbereich in unterschiedlichem Umfang durch behördliche Maßnahmen ergänzt wird. Ein zentraler Teilbereich des Zivilschutzes sei – neben Warndienst, Schutzbau, Aufenthaltsregelung sowie Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und von Kulturgut – der Selbstschutz der Bevölkerung. „Er umfaßt alle Maßnahmen der Bevölkerung, die dazu dienen, die in ihrem engeren Wohn- und Arbeitsbereich durch Waffenwirkungen drohenden oder eingetretenen Schäden, insbesondere an Leben und Gesundheit, zu verhindern, zu mildern oder zu beseitigen“, sagte der Innenminister.

Den Gemeinden obliege es, den Selbstschutz der Bevölkerung aufzubauen, zu fördern und zu leiten, sagte Möcklinghoff weiter. Hierzu gehörten insbesondere die Unterrichtung der Bürger über Gefahren und Schäden, die ihnen durch Angriffswaffen drohen, und die Ausbildung zur selbstschutzmäßigen Schadensvermeidung und Schadensbekämpfung. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedienen sich die Gemeinden des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), einer bundesunmittelbaren Körperschaft des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Bundesinnenministeriums untersteht.

Der BVS sei der maßgebliche Träger der Aufklärung, Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung auf dem Gebiet

des Selbstschutzes. Er solle in der Bevölkerung ein Bewußtsein für die drohenden Gefahren wecken, die durch eine mögliche militärische Auseinandersetzung auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland entstehen können; er solle um Verständnis für Notwendigkeit und Vorbereitung von Zivilschutzmaßnahmen werben, zu Selbstschutzvorkehrungen anregen und schließlich die dazu notwendige praktische Unterweisung und Anleitung geben.

Der Bundesverband für den Selbstschutz sei die einzige Organisation, die sich mit dem Selbstschutz der Bevölkerung befasse, sagte der Innenminister.

Die Gemeinden seien jedoch bei der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages, den Selbstschutz der Bevölkerung aufzubauen, zu fördern und zu leiten, sowohl auf die Zusammenarbeit mit dem BVS als auch auf die aktive Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen. Die Länder wirken in der Auftragsverwaltung des Bundes mit, der letztlich maßgebend und verantwortlich ist und auch die Kosten zu tragen hat. Für die Landesregierung zeichnen sich nach Möcklinghoffs Meinung mittelfristig als Schwerpunkte ab:

Mitwirkung bei der Überarbeitung des geltenden Zivilschutzrechtes sowie einer gesetzlichen Regelung für die gesundheitliche Versorgung, Verbesserung der Planung für die Aufenthaltsregelung der Bevölkerung und Förderung des privaten und öffentlichen Schutzraumbaus. (Ostfriesen-Zeitung, Leer)

Krankentransport: Mietwagen konkurrieren mit Sanitäts- organisationen

Um den Transport von Kranken ist ein heftiger Streit entbrannt: Nachdem Gesunde im Zuge wachsender Sparsamkeit immer seltener in Mietwagen und Taxen einsteigen, hat sich eine steigende Zahl dieser privaten Unternehmer offenbar auf Krankentransporte verlegt.

Das jedenfalls ist die Erfahrung der Hilfsorganisationen und kommunalen Feuerwehren, die entsprechend den Rettungsdienstgesetzen der Bundesländer an der Not- und Unfallhilfe beteiligt sind und die sich jetzt in ihrer Domäne bedrängt sehen. „Die Stimmung zwischen Mietwagenunternehmern und Sanitätsorganisationen ist auf dem Nullpunkt“ – so ein Sprecher des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Das Nebeneinander von pri-

vatem und öffentlichem Krankentransport ergibt nach den Worten des Bundesgeschäftsführers des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) in Köln, Wilhelm Müller, „ein Ungleichgewicht zu Lasten der Rettungsorganisationen“, das die Einsätze unnötig verteuere.

Und der für den Rettungsdienst zuständige Walter Kahn im Kölner Generalsekretariat des Malteser Hilfsdienstes (MHD), fürchtet „mit großer Sorge“ um die Qualität des Rettungswesens. Es sei zweifelhaft, ob die privaten Fahrer bei Zwischenfällen während der Fahrt fachlich helfen könnten.

Durch wachsende private Aktivitäten bei den Krankentransporten ist allein im Bereich der Kölner Notruf-Leitstelle die Gesamtzahl der Einsätze nach Auskunft eines Abteilungsleiters der Feuerwehr im vergangenen Jahr um 2000 auf 71 000 zurückgegangen. Das ist sicherlich auch eine Frage der Gebühren: Kostet die Fahrt mit dem Krankenwagen der am Rettungsdienst beteiligten Organisationen 141, mit dem Rettungswagen sogar 251 Mark, können die „außenstehenden“ Organisationen erheblich billiger fahren. Denn sie bieten in der Regel ja keine 24-Stunden-Bereitschaft, noch übernehmen sie schwierige Transporte, zu denen spezielle Einrichtungen und besonders ausgebildetes Personal benötigt würden.

Wer aber einen kostendämpfenden Effekt darin sehen würde, die „einfachen“ Krankentransporte den billigeren privaten Unternehmen zu überlassen, sieht die Angelegenheit nach übereinstimmender Ansicht aller am öffentlichen Rettungsdienst Beteiligten zu pauschal. Sie sprechen vielmehr von einer Verteuerung des Rettungswesens durch diese Entwicklung: „Die privaten Organisationen fahren uns in immer größere Defizite“. Ökonomisch sinnvoll könne nur ein Rettungswesen arbeiten, in das der Krankentransport integriert ist. Denn schließlich blieben die Personal- und Vorhaltekosten der 24-Stunden-Bereitschaft. Das würde zwangsläufig die übrigen Einsätze verteuern.

Übereinstimmend fordern die Hilfsorganisationen deshalb eine Änderung des Personalbeförderungsgesetzes des Bundes, die allein den „Außenstehenden“ Einhaltung gebieten könnte. Denn nach diesem Gesetz kann derzeit jeder Besitzer einer Personenbeförderungserlaubnis beispielsweise die Krankenhäuser abfahren und Verträge zum Transport von Patienten zu verhältnismäßig erheblich günstigeren Bedingungen abschließen. (Bonner Generalanzeiger)

Presseschau des Auslands

Erdbebenübung für 13 Millionen Japaner

Rund 13 Millionen Japaner nahmen am 1. September 1982 in mehreren Städten des Landes an einer Katastrophenschutzübung teil, bei der das Verhalten bei einem schweren Erdbeben geübt werden sollte. Die Übung fand am 59. Jahrestag des großen Erdbebens von Tokio, bei dem in der japanischen Metropole und Umgebung mindestens 140000 Menschen getötet wurden, statt. Die Übungen konzentrierten sich darauf, Schulen, Ministerien und bestimmte Wohngebiete zu evakuieren sowie Panik in überfüllten Bahnhöfen und unterirdischen Einkaufspassagen zu verhindern.

Am frühen Morgen warnten die Behörden über Lautsprecher vor „anormalen seismischen Schwankungen“. Um 10.30 Uhr schließlich gab es die Durchsage: „Ein Erdbeben der Stärke acht hat Zentraljapan heimgesucht. Bleiben Sie ruhig. Dies ist eine Übung.“ In den Hauptbahnhöfen von Tokio, Yokohama und fünf anderen Städten wurde die Zahl der Passagiere pro Zug begrenzt.

(Kölner Stadt-Anzeiger)

Schweiz: Das eine tun, ohne das andere zu lassen . . .

Die Schweizer haben ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Sicherheit. Das äußert sich einmal im privaten Bereich: Nach den neuesten Erhebungen legt die durchschnittliche Schweizer Familie 14,8 Prozent ihrer Ausgaben für Versicherungsprämien aus . . . Der stärkste Ausdruck dieses Bedürfnisses ist aber die Sicherheitspolitik, in welcher Armee und Zivilschutz ihren festen Platz haben.

Der Zivilschutz ist nun seit gut einem halben Jahr ein „Thema“; Kritiker aus zwei höchst unterschiedlichen Richtungen haben sich seiner angenommen; zum einen Zivilschutz-Profis, die am notwendigen Ernst, mit dem Zivilschutz derzeit betrieben wird, zweifeln. Da Schlendrian im sicherheitspolitischen Bereich als suspekt und die Kritik daran

logischerweise als „konstruktiv“ empfunden wird, machte sich die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats umgehend auf zu Inspektionsbesuchen und fand tatsächlich allerhand heraus, das besser gemacht werden müßte. Darüber wird diese Woche im Rat diskutiert. Während die Kritik aus dieser Richtung „aufbauend“ – für seriöseren Ausbau – ist, erweist sich jene aus der andern Richtung – Friedensrat – im wörtlichen Sinne als „abbauend“: Sie stellt nämlich die Berechtigung eines Zivilschutzes als solchen in Frage.

Auf dem Flugblatt, das der Friedensrat am Ostermarsch verteilt hatte, stand: „Die Ursache des Krieges ist seine Vorbereitung. Verhindern wir deshalb heute die Vorbereitung auf den Krieg.“ Diese Aussage ist sicher nicht total falsch – aber auf den Schweizer Zivilschutz läßt sie sich nicht anwenden. Oder kann man in guten Treuen behaupten, die Vorbereitungen für den Schutz der Bevölkerung eines Kleinstaates könnten irgendwie zur Verursachung eines Krieges beitragen? Wohl kaum.

Die Flugblatt-Feststellungen gehen auch davon aus, daß ein Atomkrieg ohnehin nicht überlebbar sei, daß der Zivilschutz aber den unberechtigten Glauben an seine Überlebarkeit fördere. Ein Atomkrieg apokalyptischen Ausmaßes wäre sicher nicht überlebbar – was auch niemand behauptet. Da wäre der Schutzraum tatsächlich nichts anderes als ein Schutzraum. Aber „unterhalb“ dieses größten aller Schrecknisse sind auch Konflikte vorstellbar, in denen man noch so froh wäre um einen guten Zivilschutz.

Das Flugblatt gibt schließlich die Devise heraus: „Gegen die Scheinsicherheit von Zivilschutzorganisationen und für eine aktive Friedenspolitik der Schweiz“. Diese Alternative ist nicht überzeugend: Der Kleinstaat Schweiz, dem niemand im Ernst irgendwelche militärischen Aggressionsgelüste nachsagen kann, ist bestens legitimiert, sowohl seine Selbstverteidigung als auch eine Friedenspolitik zu betreiben. Das Rezept wäre also nicht die Alternative, sondern: Das eine tun und das andere nicht lassen. Wobei allerdings in Sachen Friedenspolitik noch mehr getan werden könnte.

(Jürg Schoch
im Tagesanzeiger, Zürich)

Großbritannien: Zivilschutz- übung „Hard Rock“ abgesagt

Innenminister Whitelaw wollte vom 29. September an für eine Woche „Hard Rock 82“ üben lassen. Doch weil es sich dabei um alles andere als nur eine Musikveranstaltung, sondern um eine Zivilschutzübung handelte, lief Whitelaw damit auf bei den Atomgegnern: Diese nämlich stachelten 20 Gemeinden zum Widerstand auf. Sie wollen einfach die alle zwei Jahre stattfindende Zivilschutzübung boykottieren; nachdem die gegenwärtigen Zivilschutzgesetze von 1948 zwar den Gemeinden die – freilich von vielen mißachtete – Pflicht zum Zivilschutz auferlegten, jedoch nicht die Teilnahme an Zivilschutzübungen, die Ausbildung von Freiwilligen oder die Einrichtung von „Hauptquartieren des Zivilschutzes“ vorschreiben. Damit mußte William Whitelaw die Konsequenzen ziehen – und seine „Hard-Rock-82“-Übung vorläufig abblasen.

Doch gibt der Innenminister sich damit nicht geschlagen. Nach dem Motto „Bist du nicht willig, brauch' ich Gewalt“, will er jetzt durch neue Gesetze die Gemeinden an die Kandare nehmen, selbst auf die Gefahr hin, dann Britanniens bisher noch völlig unorganisierten, namenlosen und erst im Ansatz vorhandene „Grünen“ nicht nur zu einigen, sondern auch eventuell zu einer politischen Kraft – wie in der Bundesrepublik – zu machen.

Mit ihrem Boykott gegen die Zivilschutzübung schlossen sich 20 von 54 Gemeinden, die die „Hard-Rock-82“-Übung durchführen sollten, nun den schon 50 Gemeinden an, die ihr Gebiet zu einer „atomwaffenfreien Zone“ erklärten, wie dies unter anderem auch Londons regierender Bürgermeister, der Labour-Linke Ken Livingstone, mit Groß-London tat, ohne das freilich letztlich durchsetzen zu können. Denn das Staatsrecht geht über Gemeinderecht. Innenminister William Whitelaw genügte aber der „prinzipielle Widerstand“ der 20 Rebellen-Gemeinden gegen einen Atomkrieg, um die geplante Zivilschutzübung vorläufig aufzuschieben und an neue Gesetze zu denken.

(Hans-Heinz Schlenker
in den „Stuttgarter Nachrichten“)

Wissenschaft & Technik

Neue Medizintechnik gegen Herzstillstand

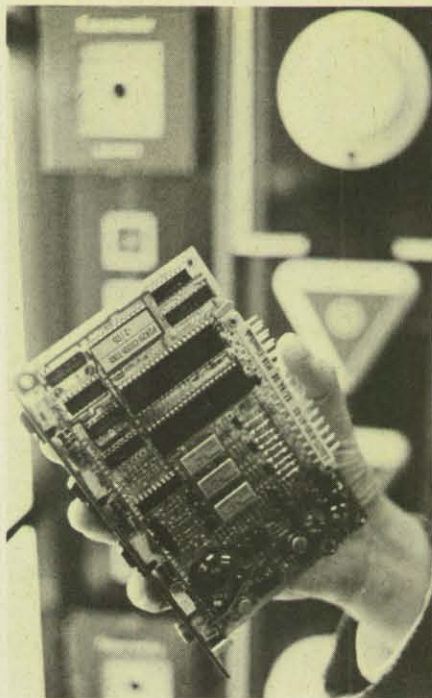
Auf dem 5. Rettungskongreß des Deutschen Roten Kreuzes wurde erstmals ein neues Gerät, mit dem in akuten Fällen eines Herzstillstandes sehr wirksam und häufig wiederholbar der Herzschlag wieder angeregt werden kann (Herzstimulation), der Öffentlichkeit vorgestellt. Dies neuartige Verfahren arbeitet elektromechanisch: In einem Elektromagneten wird ein Anker durch einen Stromstoß beschleunigt und dieser dann – innerhalb weniger Tausendstelsekunden – auf einer Prallplatte, die nur etwa 2,5 cm Durchmesser mißt, abgebremst. Der dabei entstehende Druckpuls wirkt über eine Druckplatte direkt auf den Brustkorb ein.

Das Gerät, dessen Entwicklung und Erprobung vom Bundesministerium für Forschung und Technologie seit 1979 mit über 600000 DM gefördert wird, ist vor allem für den Einsatz in Notfällen gedacht. Gegenüber heute üblichen Verfahren weist es verschiedene Vorteile auf: Es ist für den Patienten schonender, denn die mit der sogenannten „Faustschlagmethode“ verbundene Gefahr von Rippenbrüchen ist nicht gegeben. Einschnitte in den Brustkorb, wie sie mit dem Einbringen von Elektroden bei elektrischer Herzstimulation verbunden sind, sind nicht erforderlich. Im Unterschied zu Herzmassage und Faustschlagmethode, die den Arzt außerordentlich anstrengen, kann dieses Gerät über längere Zeiträume eingesetzt werden. Weitere Einsatzmöglichkeiten werden erwartet, wie z. B. beim Austausch von Herzschrittmachern.

Die jetzt in fünf Instituten durchgeführte klinische Erprobung wird ebenfalls vom BMFT gefördert.

„Pulsmeldesystem“ unterscheidet echte und falsche Alarme

Auf der „Security 82“, der 5. Internationalen Sicherheitsfachmesse, die vom



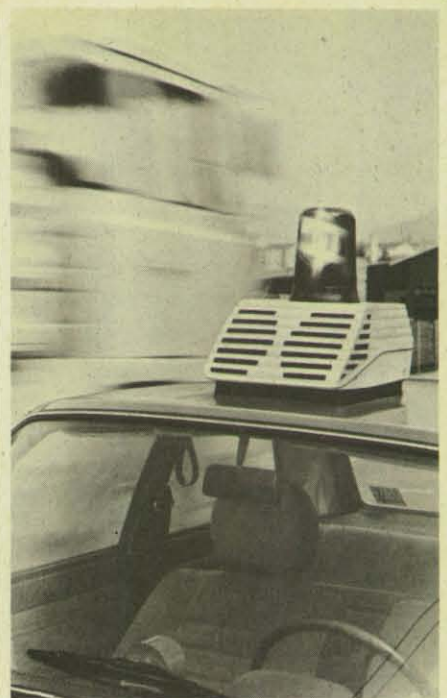
14. bis 17. September 1982 in Essen stattfand, stellte ein großer deutscher Elektrokonzern das „Pulsmeldesystem“ vor: Dieses System arbeitet nach einem völlig neuartigen Verfahren, mit dem sich Brandmeldeanlagen noch weitaus sicherer und genauer betreiben lassen. Nicht mehr der einzelne Melder entscheidet hier, ob er ansprechen und damit einen Brand signalisieren soll, sondern ein Mikroprozessor in der Meldezentrale, der ständig analoge Meßwerte der Melder abfragt und entsprechend auswertet.

Da die Melder je nach Art der Beeinflussung – etwa Verschmutzung, Alterung, nur kurz andauernde Umwelteinwirkungen oder auch Brand – ganz charakteristische Meßwerte liefern, lassen sich mit dem Pulsmeldesystem erstmals echte Brandalarme mit hoher Sicherheit von Täuschungs- oder Fehlalarmen unterscheiden. Auch sind die Löschkräfte schneller am Brandort oder die Wartungstechniker gezielt am gestörten Melder, da die Meldezentrale jeden Melder „namentlich“ und somit auch seinen Standort kennt.

Die Elektronik des Pulsmeldesystems kann in jede bestehende Meldezentrale des gleichen Herstellers nachgerüstet werden; sie ist in einem kleinen Einschub (siehe Foto) untergebracht.

Für Einsatzfahrzeuge: Weitwinkel-Schallabstrahlung und durchdringende Tonstruktur

Eine Spezialfirma für den Bau elektronischer Warn- und Kommandoanlagen



stellt in Frankfurt zur Internationalen Automobil-Ausstellung eine neue elektronische Kompakt-Warnanlage für Einsatzfahrzeuge vor. Neu sind die Form mit einem niedrigen c_w -Wert und die spezielle Anordnung der Lautsprecher. Dadurch wird das akustische Signal gezielt dort wirksam, wo Verkehrsteilnehmer gewarnt werden müssen, auch rechts und links in den Seitenstraßen und hinter dem Fahrzeug. Hinzu kommt die durchdringende Tonstruktur für mehr Wirkung ohne mehr Lärm. Signalform und Leistung übertreffen DIN 14610.

Den Namen „Kompakt-Warnanlage“ verdient die Einrichtung deshalb, weil auf kleinstem Raum auf dem Dach Rundum-Kennleuchte, Lautsprecher und Verstärker untergebracht wurden. Dadurch ergibt sich eine enorme Raumsparnis im Wageninnern. Steckmodule gewährleisten einen schnellen und problemlosen Service.

Die Anlage ist anpassungsfähig an die unterschiedlichsten Aufgabenstellungen.

Sie kann eingesetzt werden als Signal- und Kommandoanlage, mit oder ohne aufgesetzter Rundum-Kennleuchte, mit oder ohne Sprechfunk-Aufschaltung usw.

Die optischen und akustischen Signale der Warnanlage helfen den Mannschaften in Fahrzeugen bevorzogter Wegebeneutzer, sicher den Einsatzort zu erreichen. Ein weiteres Plus: die ohrenfreundliche Signallautstärke im Wageninnern, die auch bei laufendem Warnsignal Sprechfunk ermöglicht.

Neue Bücher

Feuerwehrlhelme – Eine Entwicklungsgeschichte

Von Thomas W. Herminghaus
EFB-Verlagsgesellschaft mbH, Hanau

Kein anderes persönliches Ausrüstungsstück des Feuerwehrmannes wird so emotional, mit soviel Lob oder Ablehnung behandelt wie der Feuerwehrlhelm. Das Buch versucht, Zusammenhänge aufzuzeigen und Ansatzpunkte zur weiterführenden Diskussion zu bieten. Es schildert die Entwicklung des Feuerwehrlhelms in Deutschland anhand der verschiedenen Helmformen und der unterschiedlichen Materialien von den Anfängen bis zur Neuzeit. Daneben werden auch Helme aus Europa und Übersee vorgestellt. Die Präsentation einiger neuentwickelter Prototypen erlaubt einen Blick auf mögliche zukünftige Helmformen und -techniken.

Das Buch ist gleichermaßen interessant für Sammler von Helmen und Militaria, für Historiker der Feuerwehr – und nicht zuletzt für denjenigen, dessen Leben und Gesundheit letztlich oft vom Helm abhängt: den Feuerwehrmann. Durch die repräsentative Ausstattung und die reichhaltige farbige Illustration bietet sich das Buch auch als Geschenk an.

Hessisches Brandschutzhilfeleistungsgesetz – Kommentar

Von Endrick Lankau

Deutscher Gemeindeverlag GmbH,
Mainz

Der Kommentar, der jetzt in der 3. Auflage vorliegt, geht in bewährter Weise ausführlich auf die besonderen Anforderungen der Praxis ein. Die vollständig überarbeitete Kommentierung ist vor allem durch die textliche Hervorhebung zahlreicher Stichworte für den Benutzer leichter und schneller zugänglich. Durch die Aufnahme weiterer neuer Rechtsvorschriften – wie die Feuerwehrgesetzverordnung – wurde der Anhang wesentlich erweitert. Das Fundstellenverzeichnis wurde ebenso wie das Stichwortverzeichnis auf den neuesten Stand gebracht. Das umfassende Werk

ist für jeden mit der praktischen Anwendung des Brandschutzrechts befaßten Verantwortlichen ein wertvolles Nachschlagewerk.

Brandschutz-Taschenwörterbuch Deutsch-Englisch/Englisch-Deutsch

Von Klaus P. Hecker

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Das vorliegende Wörterbuch bietet im handlichen Taschenformat eine schnelle Information über die Fachbegriffe des Brandschutzwesens und der angrenzenden Bereiche. Es enthält über 6000 Stichworte aus dem Vorbeugenden und Abwehrenden Brandschutz, Krankentransport, der technischen Hilfeleistung, Humanmedizin, DIN-Normung, Fahrzeugtechnik sowie aus der Chemie und dem Versicherungswesen. Das CTIF-Englisch sowie fachliche Formulierungen der Fahrzeug- und Gerätehersteller sind ebenfalls enthalten.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Rolf-Heinz Müller

Druckgase

30. Ergänzungslieferung

Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden

Die Lieferung enthält u.a. verschiedene der Verordnung zur Ablösung von Verordnungen nach §24 der Gewerbeordnung angepaßte Zuständigkeitsregelungen. Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die zahllosen Zuständigkeiten der Gewerbeaufsicht jeweils in einer Rechtsverordnung zusammengefaßt, die ebenso aufgenommen wurden wie weitere Bauartzulassungen für Druckgasbehälter und poröse Massen sowie baumustergeprüfte Druckbehälter. Außerdem sind die Änderungen der Technischen Regeln Druckgase berücksichtigt und die Technischen Regeln für Gas-Hochdruckleitungen dem neuesten Stand angepaßt.

Birth/Lemke/Polthier

Handbuch Brandschutz

2. Ergänzungslieferung

ecomед-Verlagsgesellschaft mbH,
Landsberg

Das Handbuch wird durch die Ergänzungslieferung aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Sie enthält u.a. im Bereich des vorbeugenden

Brandschutzes den „Baulichen Brandschutz“ und die speziellen Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Neben ausführlichen Adressenlisten über Tag- und Nacht-Informationen bei Vergiftungen und über Krankenhäuser für Verbrennungen beinhaltet die Lieferung in dem neuen Kapitel „Vorschriften und Richtlinien“ die Feuerwehrdienstvorschriften. Das Verzeichnis der Stoffe und Kennzeichnungsnummern nach Anhang B. 5 zum ADR wurde in alphabetischer Reihenfolge neu aufgenommen.

Zivilschutz und Zivilverteidigung

Herausgeber: Heinz Kirchner, Hans Günther Merk

Teil F „Schutz von Kulturgut“

Dr. Goeckel/Beßlich

Teil G „Zivilschutz-Völkerrecht“

Beßlich/Dr. Goeckel

in einem Band, 360 Seiten

Südwestdeutsche Verlagsanstalt,
Mannheim

Der Schutz von Kulturgut gehört als Teilbereich zu den Maßnahmen des Zivilschutzes; im Teil F der Fachschriftenreihe „Zivilschutz und Zivilverteidigung“ wird ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung, eine Definition des Begriffs sowie eine Darstellung der möglichen und geplanten Maßnahmen des Kulturgutschutzes gegeben. Denjenigen, denen die Aufgabe des Schutzes von Kulturgut obliegt, soll vor allem die Planung und Durchführung der Maßnahmen erleichtert werden.

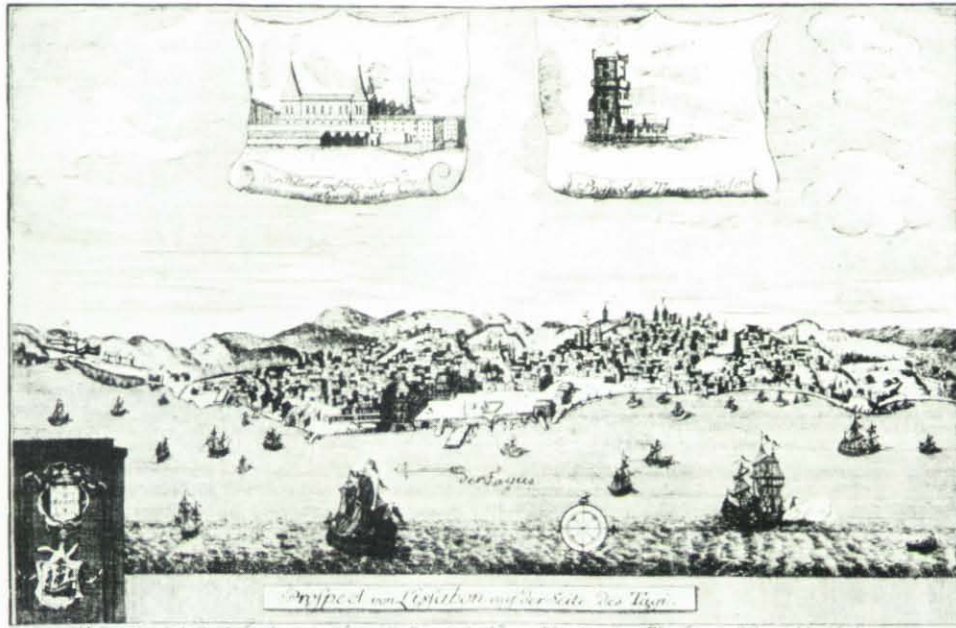
Teil G der Schriftenreihe – mit dem vorerwähnten Teil F in einem Band – betrifft das Zivilschutz-Völkerrecht. Das Zivilschutz-Völkerrecht spielt bei nationalen und internationalen Überlegungen und Maßnahmen im Bereich der zivilen Verteidigung eine zunehmend wichtige Rolle. Verfasser und Herausgeber haben sich zum Ziel gesetzt, mit diesem Beitrag das Zivilschutz-Völkerrecht übersichtlich und zusammenhängend darzustellen und gleichzeitig eine vollständige Sammlung aller einschlägigen Rechtsgrundlagen anzubieten.

Mit dem benutzerfreundlichen Aufbau, noch ergänzt durch ein ausführliches Sachregister, soll den für den Zivilschutz Verantwortlichen auf allen Verwaltungsebenen und den Katastrophenschutzorganisationen, für deren freiwillige Helfer dieses Rechtsgebiet besondere Bedeutung hat, ein in dieser oder ähnlicher Form bisher nicht vorhandenes Informationsmittel an die Hand gegeben werden.

Blick in die Geschichte
Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

Die Katastrophe kam an Allerheiligen

Heute: Das Erdbeben von Lissabon im Jahre 1755



„Die See erhob sich brüllend und tobend im Hafen von Lissabon und vernichtete mit einem Schläge sämtliche im Hafen vor Anker liegenden Schiffe; eine riesige Feuersbrunst brach in der Stadt aus; große Mengen von Asche bedeckten die Straßen und Plätze; Hunderte von Häusern, öffentliche Gebäude und zahlreiche Kirchen stürzten ein; 30 000 Männer, Frauen und Kinder hatten binnen wenigen Minuten den Tod gefunden.“ So berichtet Voltaire über das große Erdbeben von Lissabon.

Die Iberische Halbinsel wurde seit jeher von Erdbeben heimgesucht, doch am schwersten hatte die Region um Lissabon unter den Beben zu leiden. So soll es nach der Überlieferung dort schon im Jahre 377 v. Chr. große Zerstörungen gegeben haben. Ein Beben, das man noch in Nordafrika spüren konnte, zerstörte am 26. Januar 1531 große Teile der Stadt.

Aber alle bisherigen Beben wurden in ihrer Schrecklichkeit von der Katastrophe von 1755 übertroffen.

Die Hauptstadt Portugals stand damals in voller Blüte. Durch den Handel mit den überseeischen Ländern war sie eine der reichsten Städte der Welt geworden. In ihren Mauern beherrgte sie Bauten von seltener Pracht, die Bürger der Metropole lebten in Reichtum und Luxus. Und doch sollte dieses blühende Handelszentrum in wenigen Minuten zerstört werden.

Am Morgen des 1. November 1755 rüsteten sich die Bürger, nach dem Kirchgang an diesem Allerheiligentage die Gräber ihrer Angehörigen aufzusuchen. Da erschütterten gegen 10 Uhr drei Erdstöße die Stadt. Die Stöße waren von solcher Heftigkeit, daß sie die Stadt schlagartig in einen einzigen Trümmerhaufen verwandelten. Ausgelöst durch das Beben erhob sich das Meer zu einer 15 Meter hohen Flutwelle, die gegen die Stadt brandete. Dreimal kehrte die ungeheure Wasserwoge wieder und verschlang und zerstörte alles, was ihr in den Weg kam.

Einen erschütternden Bericht über die Katastrophe gibt ein

Augenzeuge in einem Brief. Der Schreiber schildert: „... Da hörte ich auf einmal ein entsetzliches Prasseln; ich lief hinaus zu sehen, was da wäre, und kam glücklich mit den übrigen in unsern Hof, allwo wir die ganze Stadt übersehen konnten. O ewiger Gott! Wie betrübt war das anzusehen! Die Erde ging Ellen hoch und nieder. Die Häuser aller Orten fielen mit einem entsetzlichen Prasseln alle übereinander. Die Carmeliter, so auf einem Berg über uns wohnten, Kirch und Kloster, so sehr groß, ging hin und her, so daß wir besorgten, alle Augenblicke davon bedeckt oder von der Erde lebendig verschlungen zu werden. Es war die Sonne so verfinstert, daß wir einander nicht sahen.

Wir glaubten, und waren gänzlich beredt, daß das letzte Gericht herbeigekommen. Diese entsetzliche Bewegung dauerte was über eine achtel Stunde; alsdann war es wieder ein wenig stille; da wir unsere Flucht nahmen, ein jeder in seinen Nachtkleidern, nicht weit von uns auf den großen Platz, allwo wir über zerfallene Häuser und

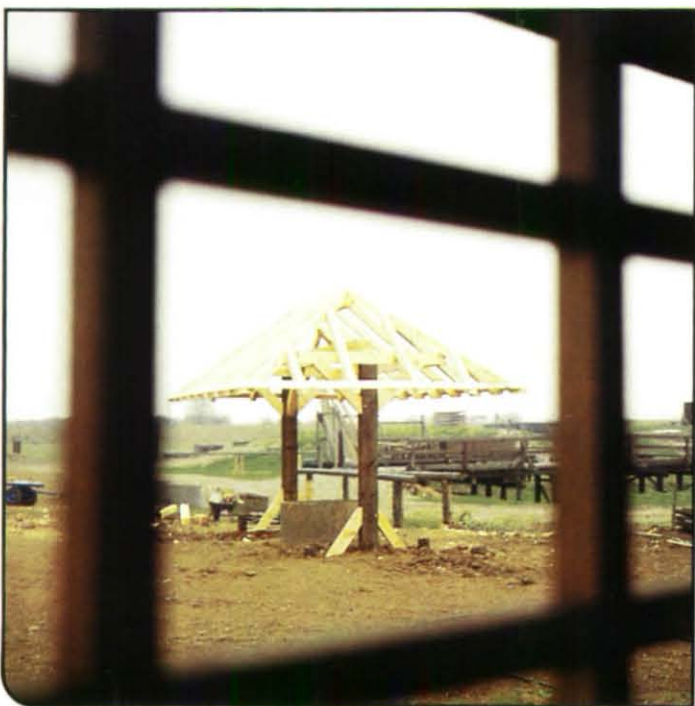
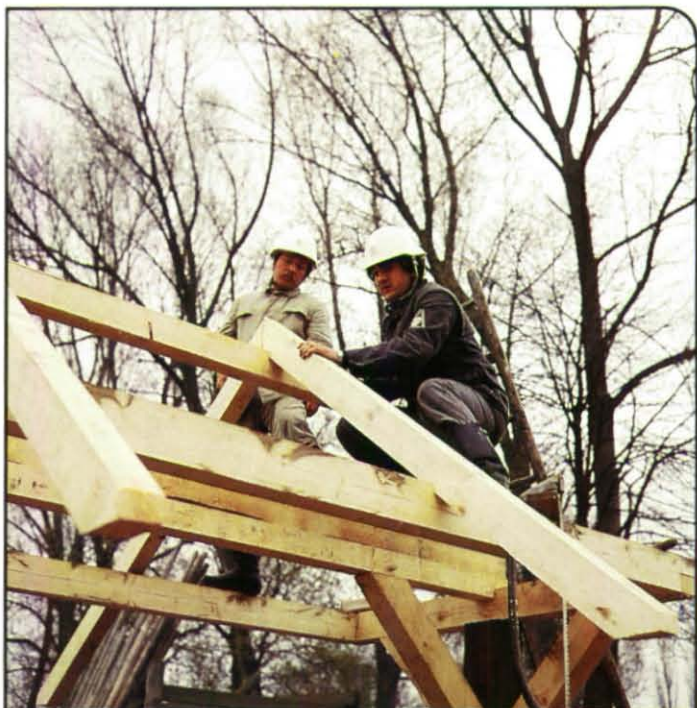
Menschen mit größter Lebensgefahr angelangt. Wir blieben allda etwa drei Stunden lang und waren schon über viertausend Menschen schon versammelt, einige in bloßen Hemden, andere ganz nackt; der Tod auf allen Gesichtern gemalt; mit unzähligen Blessierten, welche alle um Gottes Barmherzigkeit anrufen, und war das Geschrei erbärmlich...

Hier kam wieder die Erdbebung, so ungefähr noch ein achtel Stunde dauerte. Darauf wir etwa eine Stunde Ruh, bis das Gerücht von der See kam, daß das Wasser über alle Maaßen gestiegen und wenn wir nicht flüchteten, wir untergehen würden... Alle Gassen waren verstopft, durch den Unfall von Häusern; jedennoch wagte ich alles mit ethlichen Freunden; wir klammerten uns über die Steine und todten Menschen und solches über eine Viertel Stunde lang; allwo wir endlich, dem Höchsten zu Dank! unter vieler Todesgefahr auf das freie Feld gerathen. Ich habe viel Todesangst ausgestanden. Gott sei gelobt! daß er mir bis anhero geholfen...“

Dreimal hatte die Erde gebebt, und dreimal brandete die Flutwelle gegen die portugiesische Hauptstadt. Als ob sie das Vernichtungswerk vollenden wolle, brach anschließend eine Feuersbrunst aus, die im Gebälk der geborstenen Häuser reichlich Nahrung fand und fünf Tage lang in der Stadt wütete. Wer sich retten konnte, floh aus Angst vor neuen Erdstößen aus der Stadt, von Rettungsarbeiten konnte keine Rede sein. Auf der Trümmerstätte übernahmen Plünderer und Leichenfledderer ihr schändliches Regiment.

Die Stadt blutete aus tausend Wunden, die schönsten Gebäude, die herrlichen Paläste und Kirchen, alles war zerstört. Nach amtlichen Berichten wurden 15 000 Häuser, 300 Paläste und Patrizierhäuser und 200 Kirchen zerstört. Doch weit mehr als der materielle Verlust, der nie abgeschätzt werden konnte, wiegt der Verlust an Menschenleben: Über 30 000 Menschen fielen der Katastrophe zum Opfer.

Die Technik der Holzbearbeitung



Im Lehrgangsplan der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, wird – unter vielen anderen Ausbildungen – den Helfern des Instandsetzungs- und Bergungsdienstes des Technischen Hilfswerks auch ein Sonderlehrgang „Holzbearbeitung“ angeboten. Als Lernziele sind das Herstellen von Elementen aus Holz und gleichwertigen Materialien für den Bau von Notunterkünften angegeben.

Im Vordergrund steht natürlich die praktische Ausbildung, die von berufserfahrenen Lehrkräften durchgeführt wird. Dabei wird auf die Handhabung von Holzbearbeitungswerkzeugen besonderer Wert gelegt. Auch der Helfer ohne einschlägige Vorkenntnisse lernt den Umgang mit Säge, Stechbeitel und Stemmeisen sowie mit mechanischen Geräten wie Kettensäge und Bohrmaschine.

An Übungsobjekten versuchen die Lehrgangsteilnehmer, die erlernten Schneide-, Säge- und Stemmtechniken praktisch umzusetzen. Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite zeigen den Bau einer Brunnenüberdachung mit einer Walmdachkonstruktion. Eine sorgfältige vorherige Planung sowie handwerkliche Fertigkeiten sind nötig, um ein solches Werk zu erstellen (siehe auch Beitrag im Innern dieses Heftes).